

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.10 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.30 Mark halbjährlich, 6.60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Einzelne Nummer 5 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für vollzeile und gewerkschaftliche Betriebs- und Berolmungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 19. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Moderne Arbeiterbewegung, Streiks und Krawalle.

Es gibt Leute, welche die Streiks für eine Erfindung der modernen Arbeiterbewegung halten, und die es namentlich der modernen, das heißt der sozialistischen Arbeiterbewegung aufs Konto setzen, wenn Streiks in Krawalle ausarten, oder wenn aus Anlaß von Streiks Krawalle entstehen.

Wer ehrlich diese Ansicht hegt, kennt die Geschichte nicht. Wer aber die Geschichte kennt, kann nicht ehrlich sein, wenn er solche Ansichten zum Besten gibt.

Seit Menschen für andere Menschen arbeiten mußten, hat es, ob direkte Gewalt, ob in Rechtsverhältnissen verhüllte Gewalt oder ob wirtschaftliche Ungleichheit allein diesen Zwang bewirkte, Aufsehnungen der Arbeitlosen gegen ihre Arbeitsherren gegeben. Und diese Aufsehnungen spielten sich in beinahe regelmäßiger Abfolge in um so gewalttätigeren Formen ab, je weiter wir in der Geschichte zurückgehen.

Man weiß von blutigen Sklavenaufständen — ja, Sklavenkriegen im alten Rom; Kämpfe, die sich Jahre lang hinzogen und bei denen Raub und Mord im großen Stil an der Tagesordnung war. Aber die Aufstände, von denen die Geschichtsschreiber erzählen, erschöpfen durchaus nicht das Kapitel der Aufsehnung der Sklaven wider ihre Herren und die ihnen von den Herren bereitete Lage. Sie sind nur unter besonderen Umständen erfolgte Zusammenfassungen von dem, was sich als ewiger Kleinkrieg durch die ganze Geschichte der Staaten mit Sklavewirtschaft zog. Von ihm erzählt die Chronik der Feitereignisse die Geschichte der Gesetzgebung und der Staatskunst der Alten. Die „weiße“ Gesetzgebung Spartas, in der unkritische Zeitalter Sozialismus zu entdecken glaubten, was war sie in Wirklichkeit anderes, als eine in ein System gebrachte Organisation der „Freien“ zur Niederhaltung der Sklaven und Zinsbauern? Es war ein unausgesetzter Terrorismus von oben, zu dem es schwerlich ohne wiederholte gewalttätige Aufstände der Sklaven und Zinsbauern gekommen wäre. Er war auch nicht überall durchzuführen. Anders werden durch solche Aufstände Reformen erzwungen. Namentlich in der uns näher liegenden römischen Geschichte ist der Zusammenhang zwischen den Gesetzen zur Milderung der Schuldnenschaft und Notlage bedrückter Volksklassen und Aufständen dieser aufs deutlichste zu verfolgen. Eine der folgenreicheren politischen Reformen der römischen Republik, die Schaffung des Instituts der Volkstribunen wird auf den Urtypus der Generalstreikidee, den Auszug der Plebejer auf den heiligen Berg zurückgeführt. Das ist noch halb Sage. Aber das vierte, dritte und zweite Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung sahen Rom immer wieder als den Schauplatz wilder Kämpfe zwischen der Volksmasse und den bevorrechteten Klassen, bei denen das Blut in Strömen fließt und die um Bodenverteilung und politisches Recht handeln. Und wie in Massen importierte Sklaven die Schindelarbeit verrichten müssen, zu der man die Freien nicht herabdrücken konnte, sieht die Aera der Sklavenkriege ein.

Die revoltierenden Sklaven wurden besiegt und grausame Rache ward jedesmal an ihnen genommen. Aber die Sklaverei zu verewigen gelang doch nicht. Sie wurde mit der Zeit verdammt kostspielig bezw. unwirtschaftlich. Denn wenn er nicht revoltiert, hilft sich der Sklave durch — Sabotage. Dies scheinbar modernste Kampfmittel ist eines der ältesten Zufluchtsmittel der gewaltsam Unterdrückten. Nur unter dem brutalsten Zwang und solange Rassenachschäbe den Preis der Sklaverei auf dem tiefsten Stand halten, bezahlte sich Sklaverei. Überall hat man das erfahren. Der Sklave hat kein Pflichtbewußtsein, kann es nicht haben. Er kennt kein Interesse an der Arbeit. Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand sind ihm gleichgültig. An ihnen läßt er daher je nachdem seine üblen Launen aus. Wertvolle Tiere starben unter den Händen von Sklaven schnell hinweg. Die Wirtschaftsgeschichte des römischen Reiches hat die Unberechenbarkeit der Sklaverei mit dem Fortschritt der Wirtschaft aufs deutlichste bewiesen. Als die Massenimporte von Sklaven nachließen und deren Preise stiegen, wurde die Sklaverei unrentabel. Hier war in der Tat das Trödeln und Verberben bei der Arbeit ein Faktor der Befreiung. Es ist die urwüchsige, aus der Natur der Dinge herausgewachsene Waffe der Verflachten. Die „Sabotage“ ist die Alternative des organisch-organisatorischen Kampfes um rechtliche und materielle Befreiung, und so hat sie denn auch in der Gegenwart ihre Verkländer und Anhänger bezeichnenderweise in dem Großstaat Westeuropas gefunden, wo die Organisation der Arbeiter am meisten zu wünschen übrig läßt: in Frankreich.

Frankreich ist das klassische Land bis in die neueste Zeit hinein sich fortziehender gewalttätiger Aufstände. Das Mittelalter ist überall der Schauplatz heftiger, in Gewalttätigkeiten sich zuspitzender Kämpfe in Stadt und Land: in den Städten der Hünste und der sonstigen niederen Bevölkerung wider die Geschlechter und später der Gefellen wider die Meister, auf dem Lande der Bauern wider die adeligen und geistlichen Herren. Kaum irgendwo führen diese Kämpfe aber zu wilderen Zusammenstößen wie in Frankreich. Unsere Bauernkriege verblaffen vor den französischen Jacquerien, und den Kämpfen der Railloins und Cabochiens im 14. Jahrhundert haben

wir in Deutschland gleich terroristische Volkserhebungen nicht entgegenzusetzen, wie wir ja auch keine Bartholomäusnacht in der Geschichte haben. Und die Ueberlieferung dieser mittelalterlichen und spätmittelalterlichen Kämpfe beeinflusst die Kämpfe der frühkapitalistischen Epoche und wirkt noch heute im Volke fort. Unterstützt durch die Rückwirkungen der Rivalitätskämpfe der oberen Klassen lebt im französischen Volk das Vertrauen, im Notfall durch die Revolte das Seinige zu erreichen, und hält die Masse der Arbeiter ab, sich den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anzuschließen. Eine in der französischen Gewerkschaftswelt heute vorherrschende Richtung aber macht aus der Rot eine Tugend und erklärt die Massen in der Organisation für entbehrlich, sofern nur ein zielbewußter Kern organisiert ist, um, wenn der „psychologische Moment“ kommt, die Führung zu übernehmen und die Massen mit sich fortzureißen (Emile Pouget, La Confédération Générale du Travail, p. 33). Das ist jedoch eine Auffassung, die dem Frühstadium der kapitalistischen Entwicklung entspricht.

In der Frühperiode des Kapitalismus spielen sich überall die Arbeiterkämpfe tumultuarisch ab. Im 17. und 18. Jahrhundert sind die Klagen über die Unbotmäßigkeit der Arbeiter, über Zusammenrottungen, Gewalt- und Racheakte der Gefellen, geheime Verbindungen und Verabredungen in Mittel- und Westeuropa allgemein. In Deutschland erzählen Reichstagsabschiede wider die Gefellenverbindungen von ihnen, in England Petitionen der Wähler und Bürger an das Parlament sowie Proklamationen von König und Parlament wider die aufrührerischen Gefellen. Solch eine Proklamation ward u. a. am 4. Februar 1718 gegen die Volkämmer und Weber des südwestlichen England erlassen. Aber diese königlichen Donnerworte, die auf der Londoner Handelsbörse verlesen wurden, verfehlten ihren Zweck, denn die Tagebücher des Hauses der Gemeinen für 1723 und 1725 enthalten wiederholte Klagen über Fortbestehen dieser Verbindungen, die während des ganzen achtzehnten Jahrhunderts hindurch beständig von sich hören machen“ (S. und B. Webb, Geschichte des englischen Trade Unionismus, deutsche Uebersetzung, S. 25, 26). „Durch die ganze Manufakturperiode“, schreibt Marx, „läuft die Klage über den Disziplinmangel der Arbeiter.“ (Kapital, Bd. I, IV, 5.) Zertrümmerung von arbeitsparenden Maschinen, Wegnahme oder Zertrümmerung des Werkzeuges von Gefellen, die wider die Verabredung fortarbeiteten, und größte körperliche Mißhandlung solcher Gefellen und sonstiger „Eindringlinge“, alles das ist Generationen, Jahrhunderte hindurch in Übung, ehe es eine moderne Arbeiterbewegung gab. Wie wild es in dieser Hinsicht Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts in England ausfiel, dafür hat Friedrich Engels in der Lage der arbeitenden Klassen amtlich festgestelltes Material in Fülle erbracht, und wer seine Blaubücher und wissenschaftliche Abhandlungen lesen mag, der lese in Dickens' Roman „Darnaby Rudge“ die meisterhafte Schilderung der schauerhaften Verwüstungen, welche die Volksmasse Londons im Juni 1780 während der Gordonischen Katholikenhetze aufführte, oder in Mrs. Gaskells klassischem Roman „Mary Barton“ die Beschreibung der wilden, bis zum Mord gehenden Streikzügen, deren Schauplatz Lancashire zu Anfang des 19. Jahrhunderts gewesen war.

Und wie im sozialen Kampf, so in Vergnügen. Ohne Kaufereien ging es in der guten alten Gefellenzeit fast nie ab. Noch in der Mitte der fünfziger Jahre waren in Berlin die Tanzböden Sonntags der Schauplatz wilder Kämpfe, die Gefellen des einen Handwerks gegen Gefellen des anderen Handwerks ausführten. In Schlägereien machte sich die überschüssige Energie Luft, da sich andere Betätigung nicht bot.

So findet die sozialistische Bewegung der Neuzeit und die von ihr geistig beeinflusste Arbeiterbewegung den Arbeiter vor; so überliefert ihm der Kapitalismus in seiner Jugendblüte. Was hat sie aus ihm gemacht? Hat sie ihn roher, zu Gewalttätigkeiten geneigter, blinder um sich schlagend gemacht? Keim ernsthafter Sozialforscher, und sei er sonst noch so reaktionär, kann oder wird das behaupten. Denn das genaue Gegenteil ist der Fall. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat jene Tendenzen nicht nur nicht gesteigert, sie hat im Gegenteil die einen beseitigt, die anderen gemildert. Gerade der Vergleich moderner Arbeiterfeste mit den ehemaligen Gefellenvergnügen illustriert das aufs drastischste.

Um aber bei den Streiks zu bleiben — die sozialistische Bewegung hat die Streiks nicht erfunden. Sie waren vor ihr da, grassierten, als sie aufkam. Anfangs verhielten sich die Sozialisten sogar direkt ablehnend zu den Streiks. Dabei konnte es nun freilich nicht bleiben, der Sozialismus konnte die Aufsehnungen der Arbeiter gegen die Unterdrückungs- und Verelendungstendenzen des Kapitalismus nicht ignorieren. Aus der Verbindung des Sozialismus mit der elementar sich entwickelnden Arbeiterbewegung entstand die Sozialdemokratie und die von sozialdemokratischem Geist erfüllte Gewerkschaft. Ihr Wert in bezug auf jene Kämpfe war, daß sie ihnen organischen Charakter verlieh — man könnte das viel mißbrauchte Wort hier mit Zug anwenden und sagen, daß sie sie zivilisierte.

Vor 19 Jahren sagte in England in der königl. Untersuchungskommission über die Arbeiterfrage der Chef einer der größten englischen Schiffbauunternehmen, Sir Benjamin Drowne: „Seit wir große Gewerkschaften haben, haben wir

weniger Streiks.“ Und in der Tat sind in England die Streiks in den gut organisierten Gewerben seltene Erscheinungen geworden. Selten, wenn man auch selbst in England noch nicht so weit ist, daß nicht von Zeit zu Zeit große Fragen durch den Streik zur Entscheidung gebracht werden müssen. So hat denn England auch jetzt wieder u. a. seinen Kampf in der Schiffbauindustrie. Aber nie anders geht es bei ihm zu als bei den Vergarkeitem in Wales. Warum? Die in Betracht kommenden Schiffbauarbeiter haben seit Jahrzehnten eine festgegliederte Organisation mit echt gewerkschaftlichem Leben, während die walfischer Vergarkeitem bis vor kurzem von der Gewerkschaft nicht viel mehr als die Form hatten, vielleicht auch heute noch nicht viel mehr haben. Außerdem fehlt der englischen Arbeiterbewegung der starke geistige Zusammenhalt, über den die deutsche Arbeiterbewegung mit ihrer so kräftig entwickelten Presse gebietet.

Aber in Deutschland haben die Streiks doch zugenommen, mag hier ein Klugredner einwenden. Gewiß, aber wie stark hat nicht auch in Deutschland die Industrialisierung, die Zahl der Arbeiter zugenommen. Wir haben in Deutschland in einem Vierteljahrhundert den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess durchgemacht, der in England von Anfang des 19. bis Ende des 19. Jahrhunderts gewährt hat, und wie in England mußten auch in Deutschland die Unternehmer erst dazu erzogen werden, mit ihren Arbeitern als organisierter Kraft zu verhandeln. In dem Maße, als dieses Werk nicht durchgeführt ist, werden auch die Streiks nicht abnehmen. Aber daß sie in der erdrückenden Mehrheit der Fälle sich heute in unendlich geordneterer, humanerer Form abspielen als vor dreißig, vierzig Jahren, wird jeder Unternehmer bestätigen, der jene Zeit noch erlebt hat. Und das ist in hohem Grade der Durchdringung der Arbeiterbewegung mit dem sozialistischen Gedanken, dem wachsenden Verständnis für den Wert systematischer Organisationsarbeit zuzuschreiben. Ed. Bernstein.

Die fromme Polizei.

Der Freitag war der erste Tag des Roabiter Prozesses, an dem die Staatsanwaltschaft einigermaßen auf ihre Kosten kam. Vor dem Tische des Gerichts, der mit verbeulten Schymannshemden, Uniformstücken, Säbeln, Stöcken und anderen Trophäen bedeckt ist, stand der Polizeimajor Klein und gab eine Schilderung der vier „Revolutions“tage, die sich ziemlich gefährlich anhördte. Sonderbar berührt nach diesen Erzählungen, in denen von Hunderten von Schüssen auf die Polizei die Rede ist, daß kein Beamter anzutreiben ist, der von einer Kugel getroffen wurde — an anderen Verletzten aus den Reihen der Polizei werden einige 80 genannt. Uebrigens hat der Herr Major nicht alle Erwartungen der Anklagebehörde erfüllt. Der Herr Erste Staatsanwalt hätte gern von ihm gehört, daß der Charakter der Unruhen, die ganz besondere Erbitterung der Bevölkerung gegen die Polizei auf revolutionäre Bestrebungen, auf politischen Hintergrund, auf die Dirigierung der Bewegungen durch ein Revolutionskomitee oder dergleichen schließen ließe. Aber der Zeuge konnte Herrn Steinbrecht hier nicht folgen und gab die Erklärung, daß die Vorfälle in dem Haß der Arbeiter gegen die Arbeitswilligen und in dem „Beklagenswerten“ Haß der Bevölkerung gegen die Polizei ihre Wurzel hätten. Woher dieser „Beklagenswerte“ Haß gegen die Polizei stammt, dafür hat der Major allerdings nur unzulängliche Erklärungen, denn nach seiner Darstellung sind die Polizeibeamten alle durch die Volk Leute, die an Geduld und Befonnenheit und Höflichkeit und Menschlichkeit alle Sterblichen übertreffen. Der Zeuge konnte die wahrhaft bewundernswürdige Ruhe, die die Schupleute während der anstrengenden Tage bewahrt haben, nicht genug herausstreichen, er hat auch nie gesehen, noch gehört, daß irgend ein Polizist eine Ausschreitung verübt hat, glaubt nicht, daß Leute, die höflich bitten, durch eine Polizeikette durchgelassen zu werden, groß angeschauert oder gar geschlagen werden, ebenso hält er es für ganz ausgeschlossen, daß Leute in Arbeiterkleidung schlechter als gutgekleidete Personen behandelt werden. Ihm ist überhaupt absolut nichts bekannt, was gegen die Polizei spricht. Er hat kaum einen Menschen gesehen, der durch Säbelhiebe verletzt wurde, noch viel weniger hat er etwas davon gemerkt, daß auf dem Kohlenhof von Kupfer u. Co. die Prügelkolonne der Arbeitswilligen die Verhafteten bearbeitet hat. Was er über die Haltung der Schupleute befandete, war derart, daß man sagen muß: Weniger wäre mehr gewesen! Herr Major Klein ist sichtlich überzeugt von dem, was er befandete hat, aber er wird wenige Leute finden, die ihm glauben, daß seine Schupleute die wahren Engel sind. Der Herr Major ist sichtlich auch kein Wüterich, keiner, der Befriedigung beim Anshauen einer Straßenschlacht empfindet, aber er ist preussischer Polizeibeamter in jeder Faser und zweifelt nicht daran, daß die Pflicht der Polizei, die Ordnung bezw. ihre Autorität aufrecht zu erhalten, der Pflicht, den Verkehr zu sichern, weit voran geht. Er ist durchdrungen davon, daß alle Maßnahmen der Polizei vortrefflich waren und daß keine Veranlassung war, die Straßensperrungen dem Publikum bekannt zu geben, obgleich die gepörrten Straßen in den Abendstunden für Tausende, die vom Bahnhof Beusselstraße kommen, der gewohnte Heimweg sind. Der Herr Major ist der Meinung, daß die Menge, die zuerst die Polizei angegriffen habe, aus Arbeitern und nicht aus Janhagel bestand, gesteht aber zu, daß jene Schaar, die in der Nacht zum Dienstag bei der Reformationskirche speltakelte, Wertlose des Janhagels aufwies; auch nach Meinung seiner Beamten ist sie mit Janhagel gemischt gewesen. Es ist das jene Menge, aus der einzelne Teilnehmer einige Bogenheiden der Kirche einwarfen.

Sehliche Verbindungen machte Herr Polizeikommissar Holtz; die Staatsanwaltschaft, die sich noch immer um den Nachweis bemüht, daß die Arbeiterbewegung für die Unruhen verantwortlich ist, erließ die Verfügung, daß dieser Zeuge einen „Vorwärts“-Artikel als Schandfleck an den Ausschreibungen hinstelle — weil in diesem Artikel, der von dem Verlust der Firma Kupfer erzählt, Streikbrecher heranzuziehen, gesagt wird, die Streikenden würden die Arbeitswilligen mit allen Mitteln fernzuhalten suchen und die Arbeiter aller Branchen würden aufgefordert, ihnen dabei beizustehen. In dem Passus „mit allen Mitteln“ will der Herr Zeuge die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten erkennen. Vom Verteidiger darauf aufmerksam gemacht, daß das natürlich doch heißt „mit allen legalen Mitteln“, meinte der Zeuge zunächst, daß die Arbeiter nicht gebildet genug seien, um das zu erkennen, schließlich zog er sich auf seine subjektive Auffassung zurück. Lediglich schlägt der Herr Zeuge dem Einfluß des „Vorwärts“ auf die Bevölkerung sehr hoch an: der „Vorwärts“ braucht nur zu schreiben, daß die Sozialdemokraten an den Unruhen nicht beteiligt sind und sofort flauen die Unruhen ab. Aber sowohl aus diesem wie aus dem ersten Zeugen vermochte die Staatsanwaltschaft vergeblich etwas über Momente herauszubekommen, die sich als Anzeichen einer Einwirkung der Sozialdemokratie deuten ließen. Die Zeugen wußten in dieser Beziehung nicht einmal so viel zu sagen, wie menschlich der Polizeipräsident in London, der dort bekanntlich kategorisch erklärt hat, daß sich dem Beobachter „aus dem planmäßigen Auftreten der Tammanyanten“ gewisse Schlussfolgerungen auf eine geheime Leitung aufdrängen müßten. Die näheren Beobachter unter seinen Beamten waren vorsichtiger. . . .

Eröffnet wurde die Verhandlung mit einem geharnischten Protest des Verteidigers Heine gegen die im „Vorwärts“ schon gestern geschilderte Beschuldigung der Entlastungszeugen — Herr Steinbrecht beehrte sich, von der Polizei abzurücken und schleunigste Abhilfe zu verlangen.

Die Krise in England.

Die Krone im Streit der Parteien.

London, 16. November. (Fig. Ver.)

Die unerwartete Verletzung des Unterhauses auf Freitag hat uns wieder in den politischen Nebel zurückgeführt, in dem das Hinundherwischen den Stoff zu den mannigfaltigsten Spekulationen liefert. Es wäre müßige Spielerei, sich mit all den Hypothesen und Behauptungen zu befassen, mit denen sich die bürgerliche Presse die geheimen Vorgänge zu erklären versucht. Sonderbarerweise geht diese Presse um den Hauptpunkt wie die Kacke um den heißen Brei herum. Es kann wohl kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß sich die Krone in den Streit gemischt hat und dem Minister Asquith Schwierigkeiten macht. Um diese Schwierigkeiten zu verstehen, muß man sich die Erklärung ansehen, die Asquith im April dieses Jahres abgab. Er sagte damals, um die Rebellen im eigenen Lager und die Irländer zu beruhigen: „Sollten wir uns nicht in der Lage befinden, in der wir es gewiß machen können, daß dieser Politik (d. h. der Vetopolitik) in diesem Parlament gesetzliche Wirkung verschafft wird, so werden wir entweder unsere Demission einreichen oder die Auflösung des Parlaments empfehlen. Lassen Sie mich noch hinzufügen, daß wir in keinem Falle eine Parlamentsauflösung empfehlen werden, es sei denn unter Bedingungen, die es sicher stellen, daß in dem neuen Parlament das Urteil des Volkes, wie es in den Wahlen zum Ausdruck kommt, Gehör wird.“

Es ist sehr erklärlich, daß König Georg in seinem Krönungsjahr einen großen politischen Spektakel vermeiden möchte. Auch ist es kein Geheimnis, daß die Sympathien des neuen englischen Königs, der sich während der Zeit, in der er Prinz von Wales war, so sehr für die imperialistische Idee ins Zeug gelegt hat, auf der Seite der Konservativen zu stehen sind. Die Krone, daß der König bemüht sein soll, den Ausbruch der Feindseligkeiten und die Parlamentsauflösung bis nach der Krönung zu verschieben, entbehrt daher nicht der Wahrscheinlichkeit. Das würde auch die Latenz der konservativen Partei erklären, die eine unverzügliche Inangriffnahme der Vetobill verlangen. Eine regelrechte parlamentarische Behandlung der Vetobill, die im Unterhause in erster Lesung angenommen worden ist, könnte mindestens so lange hinausgezögert werden, bis sich die konservative Partei reorganisiert und eine ausreichende Wahlparole gefunden hätte.

Alles scheint jetzt davon abzuhängen, wie Herr Asquith, der im Aus- und Unterlegen noch seinen Meister sucht, seine oben zitierten Worte auslegen wird. Gibt ihm die Krone nicht die Garantien, daß nach der Wahl im Falle eines liberalen Sieges die Vetobill auch gegen den Willen der Lords Gesetzeskraft erlangen wird, so ist er genötigt — immer unter der Voraussetzung, daß seine Worte keinen anderen als den gewöhnlichen Sinn haben — von der Regierung zurückzutreten und damit seiner Partei die faktischen Vorteile zu nehmen, die die regierende Partei besitzt.

Für die Liberalen wäre es jetzt ein Vorteil, wenn sie sich vor kurzem gar nicht so monarchistisch gebärdet hätten. Als König Eduard starb, war es gerade die liberale Presse, die an byzantinischen Lobeshymnen das Neugeborene leistete. Heute ist das englische Volk mehr monarchistisch gestimmt denn je und gerade heute wäre es für die liberale Partei notwendig, dem neuen König die Krallen zu weisen, um ihn gestügigt zu machen. Hier sind wir nun bei dem Dilemma der Regierung angelangt. Vermag sie keinen Druck auf den König auszuüben, so wird König Georg höchstwahrscheinlich nicht mit den Garantien herausrücken. Versucht sie aber in ihrer Presse, dem König den Standpunkt klarzumachen, so spielt sie den Konservativen in die Hände und macht ihre Gegner um eine mächtige Wahlparole reicher. Der liberalen Partei wird es schwer fallen, gegen die monarchistischen Vorurteile, die sie in diesem Jahre im Volke befestigt hat, mit einem Male anzukämpfen.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten.

London, 18. November. (Unterhaus.) Das Haus war wegen der erwarteten Erklärung des Premierministers in allen Teilen dicht besetzt. Die Mitglieder des Parlaments selbst waren in so großer Anzahl erschienen, daß mehrere von ihnen keinen Sitz fanden. Balfour und Asquith wurden bei ihrem Eintritt in den Sitzungssaal von ihren Anhängern enthusiastisch begrüßt. Zu Beginn seiner Rede stellte Premierminister Asquith in Abrede, daß sich in den Plänen der Regierung irgend etwas geändert habe. Die Regierung habe sich niemals mit dem Gedanken befaßt, die Budgetvorlage fallen zu lassen. Sie schlage vor, daß das Haus die wesentlichen Teile des Budgets erledige, nämlich den Kezoll, die Einkommensteuer und den Amortisationsfonds. Nachdem Asquith noch zwei andere minder wichtige Maßnahmen erwähnt hatte, die noch in diesem Jahre erledigt werden müßten, und mitgeteilt hatte, daß die Regierung beabsichtige, im nächsten Parlament eine Entscheidung für die Mitglieder des Hauses in Carlisle zu bringen, teilte er mit, daß die Regierung dem König geraten habe, nach Beendigung der erwähnten parlamentarischen Arbeiten die

gegenwärtige Session und das jetzige Parlament zu schließen. (Lebhafter Beifall bei den Ministeriellen.) Asquith erinnerte an die Annahme der von der Regierung beantragten Vetopolitik, die im April durch starke Mehrheiten im Hause erfolgt sei, und an den präzedenzlosen Vorgang, daß bei dem Tode des geliebten Königs Eduard die beiden bereits in Schlichtordnung stehenden Parteien ihre Waffen niedergelegt und die Führer sich zu einer geheimen Konferenz zurückgezogen hätten. Was diese Konferenz angehe, so schäme er sich nicht zu gestehen, daß er fast bis zum letzten Augenblick auf die Möglichkeit einer Verständigung gehofft habe. (Beifall auf Seiten der Ministeriellen.) Er glaube, diese Hoffnung sei von allen Mitgliedern der Konferenz geteilt worden. (Beifall.) Obwohl diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen, so sei der Versuch doch der Mühe wert gewesen. (Beifall.) Er sei entschieden der Ansicht, daß niemals ein ehrlicherer Versuch von Männern starker Meinungsverschiedenheiten gemacht worden sei, die beiderseitigen Ansichten zu verstehen, wenn möglich, eine gemeinschaftliche Basis für eine Verständigung zu finden und auf dieser Basis einen Pakt zu errichten, der wenigstens eine Aussicht auf Stabilität und Dauer gewähre. Sie hätten sämtlich die Lösung dieser Aufgabe nur mit Widerstreben aufgegeben, aber sie hätten sie doch aufgegeben, weil sie die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß es für den Augenblick nutzlos sei, die Lösung weiter zu versuchen. Es sei müßig anzunehmen, daß die Verständigung, die sich selbst unter so günstigen Verhältnissen als unerreichbar erwiesen habe, in diesem Parlament in dem Lärm und dem Ungeklüm des Parteikampfes ausgehandelt werden könnte. (Beifall auf Seiten der Ministeriellen.) Das Resultat ist, fuhr Asquith fort, daß wir wieder zum Kriegszustand gelangen. (Beifall auf Seiten der Ministeriellen.) Die Regierung weiß, daß, wenn die Lords eine Gelegenheit wünschen, um vor der Wahl zu der von dem Unterhaus gebilligten Politik Ja oder Nein zu sagen, diese Gelegenheit in der nächsten Woche geboten werden wird. Es würde aber die reinste Fiktion sein, wenn man irgendwelchen Zweifel äußern würde, welches die wirkliche Entscheidung der Lords über die Vetobill sein wird. In dem jetzigen Stadium der Angelegenheit handele es sich nicht um Amendements oder Umwandlungen, sondern um eine Annahme oder Ablehnung des Ganzen. (Beifall auf Seiten der Ministeriellen.) Wir haben es daher für unsere Pflicht gehalten, der Krone die Auflösung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, nämlich zu Anfang der übernächsten Woche, anzuraten, und wir sehen keinen Grund, warum dieser Tag nicht Montag, der 28. dieses Monats, sein sollte. (Lauter Beifall auf Seiten der Ministeriellen.) Die allgemeine Wahl kann zeitig vor Weihnachten beendet sein und wird daher nur eine ganz geringe Störung der Interessen des Geschäftslebens und der allgemeinen Bequemlichkeit der Nation verursachen. Nachdem zwei aufeinanderfolgende Unterhäuser dasselbe Urteil gefällt haben, ist die Zeit gekommen, diese Streitfrage, die der fortschrittlichen Gesetzgebung den Weg völlig sperrt, dem Schiedspruch der Nation zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten. (Lauter Beifall auf Seiten der Ministeriellen.)

Nach der Rede des Premierministers ergriff Balfour das Wort. Er spottete über die Entscheidung der Regierung, nur einen Teil des Budgets zur Debatte zu bringen. Die Regierung fürchte sich anscheinend, Zeit zur Erwägung der Sachlage zu geben. Sie habe eine sehr schwere Verantwortlichkeit auf sich genommen durch den Rat, den sie dem König erteilt habe. Als ein Mann, der die Traditionen und die Konstitution von Königen und Ministern respektiert zu sehen wünsche, gebe er seinem tiefen Bedauern über die Politik der Regierung Ausdruck.

Der Abgeordnete Beloe (liberal) lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Tatsache, daß Asquith nichts über die von der Krone zu gewährenden Garantien gesagt habe. Asquith erwiderte auf eine Anfrage bezüglich seiner bekannten Erklärung, über die Stellung der Regierung zur Oberhausfrage, die er am 14. April abgegeben: Diese Erklärung repräsentiert jetzt wie damals die Intentionen der Regierung. Ich weigere mich und werde mich immer weigern, irgendeine Erklärung bezüglich eines Rates abzugeben, den ich als verantwortlicher Minister der Krone gegeben haben mag oder vielleicht später geben werde. Der König steht außerhalb der politischen und der Wahlkontroversen. Es ist die Pflicht seiner Untertanen, diese vom Parteikampf abgesonderte Stellung zu erhalten und zu sichern.

Nach weiterer Debatte wurde die zu Anfang der Sitzung beantragte Resolution, den Rest der Session für die Regierungsvorlagen zu verwenden, angenommen und die Sitzung darauf verlegt.

Sitzung des Oberhauses.

London, 18. November. Oberhaus. Carl of Crewe gab eine ähnliche Erklärung ab wie die von Asquith im Unterhaus. Lord Lansdowne bezeichnete die Auflösung als ein parlamentarischer Kanber, das mit dem größten Jynismus angeführt werde. Er stellte die kategorische Frage, ob die Regierung die erbetene Garantie erhalten habe und unter welcher Bedingung.

Carl of Crewe gab keine direkte Antwort. Er erklärte: Der Rat, das Parlament aufzulösen, ist der Krone auf Grund der Annahme erteilt worden, daß die Lords die Vetobill nicht annehmen werden. Wenn Lord Lansdowne mir die Versicherung gibt, daß er die Vetobill annehmen will, so wie sie ist, so werde die Frage erneut erwogen werden. Ich nehme an, daß die Lords, wenn die Regierung mit einer genügenden Mehrheit aus den Wahlen hervorgeht, bereit sein werden, dem Willen des Volkes nachzukommen, so wie er bei den Wahlen zum Ausdruck gelangt sein wird.

Die Wahlparole der Konservativen.

London, 17. November. Balfour erklärte in einer Rede in Nottingham bezüglich der Veto-Konferenz, wenn die unionistischen Mitglieder den Bedingungen zugestimmt hätten, unter denen allein eine Einigung möglich gewesen sei, so hätten sie ihre Sache verraten. Die Tarifreform sei nach wie vor die vornehmste schöpferische Politik der Unionisten. Wenn sie eine Belastung der um Lohn arbeitenden Massen bedeute, so würde er sie nicht anrühren. Wenn sie zu einer Erhöhung der Ertragspreise führe, so müsse eine Entschädigung durch Ermäßigung der Zölle auf Tee, Zucker und dergleichen gewährleistet werden. Bezüglich des Oberhauses erklärte Balfour, eine zweite Kammer sei notwendig. Es müsse eine zweite Kammer geben, die fähig sei, einen mächtigen Einfluß auf die Geschäfte des Landes auszuüben, obwohl das Unterhaus das dominierende Element in dem Zweikammersystem bleiben müsse. Das reformierte Oberhaus sollte aus drei gleichwertigen Elementen bestehen, erstens aus Männern, die durch ihr öffentliches Amt dafür geeignet seien, zweitens aus Mitgliedern, die von den Wählern selbst gewählt worden seien, drittens aus solchen, die durch irgendein außerhalb des Oberhauses einzuführendes Wahlverfahren oder auf andere Weise in das Oberhaus gebracht würden. Er sei gegen eine gewählte zweite Kammer, weil sie die Stellung der Ersten usurpieren würde. Die treibende Macht hinter der Vetobill der Regierung bestehe aus den Sozialisten und der irischen Partei. Die Regierung sei im Begriff, die Konstitution zu vernichten, nicht im Interesse der Demokratie,

sondern nach dem Willen der amerikanischen Reichsarmee für die Home Rule-Fonds, also von Leuten, die nicht einmal das britische Bürgerrecht besitzen. „Wenn wir ihren Forderungen nachgeben,“ schloß Balfour, „so werden wir nicht länger ein Land sein, das sich selbst regiert.“ Er appellierte an alle, darauf zu achten, daß Großbritannien seine eigenen Angelegenheiten auch weiter leitet.

Eine Demonstration der Suffragettes.

London, 18. November. Eine Abordnung von Anhängerninnen des Frauenstimmrechts versuchte heute nachmittags mit Gewalt in den Hof des Parlamentsgebäudes einzudringen, wurde aber durch eine starke Abteilung Polizisten daran gehindert. Die Polizei räumte den Platz vor dem Parlament. 88 der demonstrierenden Frauen wurden verhaftet.

London, 18. November, 5 Uhr nachmittags. Fortwährend treffen auf dem Platz vor dem Parlament Abordnungen von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts ein. Die Frauen hängen sich auf die Schuttmannsseite und werden sofort auf die Waage gebracht. Ein junges Mädchen drang durch die Reihe der Schuttmanns und lief nach dem Parlament. Schuttmann holten sie ein und verhafteten sie.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. November 1910.

Thron und Altar.

Dem Zentrum ist die Ansprache des Kaisers in der Venediktiner-Letzi Deuron sehr gelegen gekommen. In langen Leitartikeln schlichten die liberalen Blätter den Vorlauf der Rede für ihre politischen Zwecke aus, indem sie einerseits mit Demütigung konstatieren, daß Wilhelm II. dem Merus wieder sein Wohlwollen zugewandt hat, und andererseits aus dem Ausdruck des Kaisers, Thron und Altar gehören zusammen, die Folgerung ziehen, wenn das Interesse der Krone und der katholischen Kirche das gleiche sei, dann müsse der Einfluß dieser Kirche in Deutschland vermehrt werden, d. h. alle Gehebe, die die Propaganda der geistlichen Orden in Deutschland hindern, müßten fallen. So heißt es z. B. am Schluß eines langen Leitartikels der „Germania“ über die Deuroner Kaiserrede:

„In der katholischen Kirche ist die Ehesucht vor Altar und Thron zugleich zu Hause; gerade der überzeugte Katholik erfährt es mit ganzer Seele, daß diese beiden zusammen gehören und nicht getrennt werden dürfen. Und deshalb bedauern wir es und nicht zuletzt im Interesse der Krone und des Staates, wie wir es schon bei der Besprechung der Moabiter Kravalle getan haben, daß man die Katholiken immer mehr zurückdrängen und den Einfluß ihrer Kirche immer mehr zu lähmen sucht. So berauben die Regierungen sich und die Krone der besten und zuverlässigsten Stütze; und das eine Schwächung des katholischen Glaubens auch eine solche des evangelischen nach sich zieht, ist ohne weiteres einleuchtend. Gerade jetzt werden merkwürdigerweise im protestantischen Lager wieder Stimmen laut, um die Regierung gegen Rom, d. h. gegen die katholische Kirche aufzureizen. Zum Vorwand müssen die letzten päpstlichen Erlasse über den Modernismus und die Pfarrveranstellung dienen. Aber wir haben das Vertrauen zu den leitenden Männern, daß sie sich durch solche Heher nicht beirren lassen und der katholischen Kirche ihre Eigenart nicht zu verkürzen suchen werden, zumal diese dem Staat nie und nimmer zum Nachteil, wohl aber zum Vorteil gereicht. Diese Erwägungen, zu denen die Deuroner Kaiserrede anregt, mögen alle, die es angeht, würdigen und dadurch zu der Ueberzeugung gelangen, daß es endlich an der Zeit wäre, dafür zu sorgen, daß die Gleichberechtigung der Katholiken in Preußen und Deutschland nicht lediglich auf dem Papier steht, sondern auch wirklich durchgeführt werde.“

Jedenfalls hat die liberale Presse bei diesen Deduktionen die Logik auf ihrer Seite.

Uebrigens ist die These von der Zusammengehörigkeit von Thron und Altar recht abgedrückt. Sie spielt, wie die „Voll. Jg.“ mit Recht hervorhebt, seit 150 Jahren eine Rolle im Kampf der Weltanschauungen. Es stammt aus Frankreich, wo es seit etwa 1705 ein Lieblingsausdruck der katholischen Geistlichen in ihren Predigten wider die aufklärerischen „Euzystopäden“ war. Als Antwort gegen die „Unstürzler“ drang es in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts in die deutsche Sprache ein. Ludendorfs „Schlagwörterbuch“ bietet als ältesten deutschen Beleg für das Wort eine Stelle aus Wieland von 1776. Vier Jahre später spricht Isaac Melein in der Anknüpfung seiner „Ephemeren der Menschheit“ (September 1779) von „jener blendenden Austerweidheit, deren süßhe und strahlende Annehmlichkeiten Thron und Altar bedroheten“. Der Schweizer Gelehrte glaubte damals prophezeien zu dürfen, diese Austerweidheit „verschwinde nach und nach“. Das Gegenteil war, wie sich 1789 herausstellte, der Fall. Die große französische Revolution gab dem Wort seine Flügel. In Frankreich und in Deutschland war es im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts in aller Munde. In Frankreich lärmten die Königtrennen wider die freigeitlich gestimmten Volksvertreter, die sich — wie es in der Flugchrift „Adresse aux vrais patriotes“ heißt — als Abgeordnete nur beständig hätten, „pour renverser le trône et l'autel“. Die Freiheitsfreunde warfen dagegen den gegen Frankreich kämpfenden Verbündeten vor, sie seien beschränkt, „Thron und Altar auf Haufen von Leichen wieder aufzurichten“ („Révolutions de Paris“ vom 27. Frimaire des Jahres II). In Deutschland weiterten die Revolutionsfeinde wider die „Insamien“ der französischen „Thronen- und Altar-Stürmer“, wider „jene gotteslästerliche Horde, die den Altar und den Thron umgestürzt hat, um ihrer schrecklichen Tyrannei den Weg zu bahnen“. („Politisches Journal“ vom Mai 1793.) In einer deutschen „Parodie des Marquis de Maréchal“ von 1794 heißt es:

„Was wollen diese Vetterhorden?
Sie stürzen frech Altar und Thron.“

Unter dem Feldgeschrei „l'autel et le trône!“ schritten Charette und die „Chouans“ der Vendée gegen die Republik. Während der Kaiserzeit Napoleons I. verstummte das Wort vorübergehend. Der Begriff „Thron“ war ein Nichts in den Augen des Mannes, der einmal gesagt hat: „Was ist denn ein Thron? Vier Holzstücke mit etwas Samt darüber!“ Nach der Rückkehr der Bourbonnen wurde das alte Schlagwort aber die Stiefelsohle der Königtrennen. In den Reden und Liedern aus den Jahren 1815 und 1816 spielt das Wort eine große Rolle. Besonders eifrig gebraucht es der Graf de Marcellus, von dem man, nach dem Buch „Biographie des Députés“ (1822), spöttisch behauptet, er fange alle seine Reden an mit den Worten „Thron und Altar“ und schließe sie mit den Worten „Altar und Thron“.

In Deutschland hat das Wort in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine große Rolle als Schwere zur Verpötlung der „Reaktionären“ gespielt. Es ist bekannt, wie Heine 1836 das Schlagwort kämpfte, wie Börne sich 1830 gegen das Schlagwort kämpfte, wie Börne sich 1832 in den „Wespen aus Paris“ über die „Freunde des Throns und des Altars“ lustig

maße. Seit 1848 ist das Wort ein Lieblingsausdruck der preussischen Konservern, die es in neuerer und neuester Zeit mit Vorliebe in Reden und Schriften gegen die Liberalen und die Sozialdemokraten verwendet haben.

Zur Reichsfinanzlage.

Die Reichseinnahmen haben sich in den letzten Monaten wesentlich verbessert. Für die sieben Monate vom 1. April bis Ende Oktober betragen die Einnahmen an Zölle 350,7 Millionen Mark. Die Tabaksteuer brachte 7,7, die Zigarettensteuer 13,2, die Zuckersteuer 36,9, die Salzsteuer 31,4, Verbrauchsabgaben für Branntwein 87, Schamweinsteuer 5,6, Verbrauchsteuer 5, Grundsteuer 7,8, Brausteuer und Uebergangsgeld 1, von Bier 12,1, Spielkartensteuer 1, Wechselstempelsteuer 11, Reichsstempelabgaben: a) Wertpapiere 23,7, b) für Gewinnanteile, Zinsen und Zinsbogen 2,8, c) für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 13,8, d) Lotterielose: Staatslotterie 15,8, Privatlotterie 11,9, e) Frachttarifen 9,4, f) Personenscheine 13, g) Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge 2,1, h) Vergütung an Mitglieder von Aufsichtsräten 3, i) von Schecks 2,2, k) von Grundstücksübertragungen 23,9 Millionen. Die Erbschaftsteuer brachte 24,1, die statistischen Gebühren 1 Million.

Die gesamte Einnahme des Reichs für die ersten sieben Monate beträgt 830,8 Millionen, während nach dem Voranschlag die Einnahme für das ganze Rechnungsjahr 1910 mit 1540 Millionen berechnet waren. Die Zölle waren auf 881,9 Millionen veranschlagt worden, die Tabaksteuer auf 14,4, Zigarettensteuer auf 23,7, Zuckersteuer auf 147,3. Der Grundstücksübertragungsstempel war auf 25,5 Millionen veranschlagt, hier ist der Voranschlag jetzt bereits überschritten. Der Stempel für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände war auf 13,5 Millionen veranschlagt worden, ist also ebenfalls fast erreicht.

Zur Fleischnot.

In der heutigen Sitzung des Lebensmittelversorgungsausschusses der Stadt München gab, wie die „Allgem. Fleischereitung“ meldet, der Vertreter des Königlich bayerischen Staatsministeriums des Innern, Regierungsrat Dr. Attinger, offiziell bekannt, daß zur Linderung der Fleischnot bereits folgende Maßnahmen bei der Reichsregierung erwirkt worden seien:

1. Zulassung der Einfuhr lebenden Viehes aus Frankreich. Mit der Einfuhr kann bereits in den nächsten Tagen begonnen werden.
2. Aushebung der Seeguarantäne und Tuberkulinimpfung für dänisches Vieh für Norddeutschland, damit dadurch der bayerische Markt entlastet wird.
3. Aufhebung des Einfuhrzoll für Mais und Futtermittel, sowie Ermächtigung der Frachten für sämtliche Futtermittel.

Insichtlich der Zulassung lebender Schweine aus Oesterreich-Ungarn erklärte der Vertreter des Ministeriums, daß die Reichsleitung diesen Antrag abgelehnt habe. Auch könne die vorübergehende Aufhebung der Bestimmungen des § 12 Absatz 1 des Reichs-Viehseuchengesetzes ohne Zustimmung des Reichstages nicht erfolgen.

Der Lebensmittelversorgungsausschuss erkannte diese Maßnahmen zwar dankbar an, erklärte sie aber nicht für ausreichend, um der herrschenden Fleischnot wirklich abzuhelfen, es wurde daher eine neue Vorstellung im Staatsministerium beschlossen, daß dasselbe auch eine Ermächtigung der Einfuhrzölle von Vieh- und Fleisch bei der Reichsleitung erwirke.

Aus den elsässischen Bezirkstagen.

Die drei Bezirkstage in Elsass-Lothringen haben die am Montag eröffnete diesjährige Tagung wie üblich schon nach dreitägiger Dauer geschlossen. Diese Körperschaften tagen noch immer unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Ein auch in diesem Jahre eingetragener Antrag der drei Sozialdemokraten im oberelsässischen Bezirkstag auf Zulassung der Presse zu den Sitzungen wurde erst mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen, dann aber am Nachmittag mit 18 bürgerlichen Stimmen gegen die 3 sozialdemokratischen wieder aufgehoben, als der Bezirkspräsident Freiherr v. Wamer erklärt hatte, er erbehe gegen den Beschluß Einspruch. (Die Verungung des Bezirkspräsidenten auf die Rechtslage ist unhaltbar, da dieselben gesetzlichen Bestimmungen über die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen in Elsass-Lothringen auch für die Gemeinderäte bestehen und die Presse in den größeren Gemeinden nun seit Jahren doch zugelassen wird.) Zur Behebung der Fleischnot beschloß der Bezirkstag des Unterelsass auf Antrag unserer Genossen, die Regierung um Zulassung der Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh nach sämtlichen Schlachthäusern Elsass-Lothringens zu ersuchen, während der oberelsässische Bezirkstag den auf völlige Deckung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch lautenden sozialdemokratischen Antrag annahm. Zur Verfassungsreform nahm der Bezirkstag für Oberelsass mit sechs Stimmen bei einer Anzahl Enthaltungen den sozialdemokratischen Antrag an, die Einführung der republikanischen Staatsreform fordert; für den Antrag stimmten mit den Sozialdemokraten Emmel, Widj und Bucher die bürgerlichen Abgeordneten Humenhal, Preis und Ostermeyer. Die übrigen Merkmalen enthielten sich der Stimmabgabe, da sie der republikanischen Volksströmung nicht entgegenzutreten wagen. Zur Wahlrechtsfrage sprach sich der Bezirkstag für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aus, lehnte jedoch mit Stimmenmehrheit das Proportionalwahlrecht und das Frauenwahlrecht ab. Im Interesse der noleidenden Winzer wurde in beiden elsässischen Bezirkstagen Steuererleichterung gefordert.

Der Kampf um die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Der Mecklenburgische Landtag wurde heute eröffnet. Eingegangen ist ein Reskript der Schweriner Regierung, in dem angeführt wird, daß die Verfassungsborlage vom 19. November 1909 dem Landtag wieder zugehen wird und zwar zunächst zur kommissarisch-deputatistischen Beratung. Ferner ist dem Landtag ein Entwurf zur Reform der bestehenden Steuererhebung zugegangen, welcher eine progressive Einkommensteuer und eine Ergänzungsteuer vorsieht. Außerdem sind Vorlagen eingegangen betreffend Gehaltserhöhungen für Beamte.

Der Polizeikrawall in Köln-Deutz.

Der Kampf am 3. Oktober ereignete, hat nachträglich ein Menschenleben gefordert. Der Gestorbene ist aber keiner der verletzten Bürger, sondern ein Polizeibeamter, der in den dreißiger Jahren stehende Schuttmann Georg Kassel. Es soll durch die Obduktion der Leiche festgestellt werden, ob der Beamte durch einen Pfeilerkrawall oder durch einen Stich mit einem den Schutzleuten entziffenen Säbel zu Schaden gekommen ist. Uebrigens ist diese

Verletzung eine Verletzung des Schwerts, nicht derart gewesen, daß sie nach ihrer Natur den Tod hätte herbeiführen müssen. Nach mehr als fünfjährigem Krankenslager wurde dem Kranken der Arm amputiert, und in der Nacht darauf starb er. Vielleicht erfährt man noch näheres darüber, ob der Beamte sonst noch krank gewesen ist und dadurch der Tod herbeigeführt wurde.

Der von der Kölner Behörde herausgegebene Polizeibericht überhaupt, der gestorbene Beamte sei zu Tode gekommen, als er „zum Schutze von Arbeitswilligen einschritt“. So greift man der kommenden Gerichtsverhandlung vor. Von den ausständigen Bauhilfsarbeitern wird auf das bestimmteste erklärt, daß sie an den Vorgängen vom 3. Oktober gar nicht beteiligt gewesen seien. Die Menschenansammlungen an der betroffenen Arbeitsstelle in Deutz seien verursacht durch das probatorische Benehmen der Arbeitswilligen und durch das ebenso überflüssige wie grobe Polizeigebot; nicht Streikende, sondern Neugierige seien die Beteiligten. In der Tat sind die von der Polizei mißhandelten Leute fast ausschließlich Nichtstreikende, von der Arbeit in benachbarten Fabriken heimkehrende Arbeiter oder Angestellte. Die Beamten haben auf völlig unbeteiligte, ahnungslose Leute eingeschlagen, die zum Schutze die Hände emporhielten, in einem Fall auf jemanden, der hilflos am Boden lag. Jedenfalls muß jede Beschuldigung der Streikenden nach wie vor als unbegründet zurückgewiesen werden.

Der „Landfriedensbruch“-Prozess, der wegen der Deutzer Vorgänge stattfinden soll, ist auf Veranlassung des Ministers des Innern durch die Kölner Polizei herbeigeführt worden. Es finden fortwährend Vernehmungen statt, und es sind in den letzten Tagen mehrere Verhaftungen erfolgt.

Nationalliberal-fortschrittliches Wahlbündnis in Württemberg.

Zwischen den Nationalliberalen und den in der Fortschrittlichen Volkspartei auf gegangenen Demokraten Württembergs ist es für die nächste Reichstagswahl zu einem festen Wahlbündnis gekommen. Vor einigen Wochen haben die Nationalliberalen ihre Zustimmung zu einem Wahlbündnis davon abhängig gemacht, daß der Abg. Hauptmann in der Agitation einen anderen Ton gegen sie anschläge. Dieser Wunsch scheint nun erfüllt worden zu sein, denn die beiden Parteien haben die 17 württembergischen Mandate brüderlich unter sich verteilt. Die Fortschrittliche Volkspartei stellt in 10, die nationalliberale Partei in 7 Wahlkreisen einen Kandidaten auf. Gegenwärtig sind von den 17 württembergischen Reichstagswahlkreisen 8 im Besitz der Fortschrittlichen Volkspartei, einer im Besitz der Nationalliberalen, 4 werden vom Zentrum, 3 vom Bund der Landwirte und 2 von den Sozialdemokraten vertreten.

Die österreichische Regierung gegen die deutschen Schiffsahrtabgaben.

In der österreichischen Delegation verurteilt der Minister des Aeußern, Herr v. Lehrenthal, in Verantwortung einer Interpellation über die Stellung der Regierung zur Frage der durch den deutschen Gesandtschaftsbesuch bedrohten Abgabefreiheit der Elbgeschiffahrt darauf, daß diese Abgabefreiheit durch internationale Verträge garantiert sei. Die österreichische Regierung habe an anderer Stelle ihrer Anschauung über die Aufrechterhaltung der Abgabefreiheit Ausdruck verliehen, und er könne sich diesen Äußerungen nur anschließen.

Der auf Betreiben der Zunker, die die billigen Getreidefrachten auf den Wasserstraßen verteuern wollen, eingebrachte Gesandtschaftsbesuch über die Schiffsahrtabgaben ist in der Tat nicht nur volkswirtschaftlich schädlich, sondern steht auch zu den internationalen Rechtsverpflichtungen im schärfsten Widerspruch.

Nationalliberaler Wahlterrorismus.

In Reunirchen, im „Königreich Stumm“, haben für die am vergangenen Donnerstag begonnenen Gemeindevahlen die Nationalliberalen mit den Stummischen Werten und den stummischen Betrieben ein Wahlbündnis getroffen. Die Gegenkandidaten gehören dem Zentrum an. Wie dem „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, hat nun die Firma Gebrüder Stumm am 14. November beim Stimmwechsel durch ihre Beamten an alle Wähler der dritten Klasse unter ihren Arbeitern folgende Aufforderung in geschlossenem, persönlich adressierten Kuvert zu stellen lassen:

„Gemeinderatswahlen 1910.
An Herrn Hier
Wir erwarten von Ihnen, daß Sie zur Wahl erscheinen und den von uns mit anderen Wählergruppen vereinbarten Kandidaten der anliegenden Liste Ihre Stimme geben.
In der Wählerliste der . . . Klasse sind Sie mit Nr. . . . eingetragen.
Reunirchen, den 15. November 1910.
Gedrückt durch die
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.“

Zu den Inhabern dieser Firma gehört auch der Reichstagsabgeordnete Generalleutnant v. Schubert, der der nationalliberalen Fraktion als Hospitant angehört.

Noch eine Verächtigung der Essener Eisenbahndirektion.

Es wird und geschrieben:
Königliche Eisenbahndirektion.
Essen, den 15. November 1910.
Bemerkend auf Ihre und erst jetzt zur Kenntnis gelangte Notiz in Nr. 243 Ihrer Zeitung vom 10. Oktober d. J. „Zur Verächtigung der Eisenbahndirektion Essen“ erwidern wir gemäß § 11 des Reichsdruckgesetzes vom 7. Mai 1874 um Aufnahme nachstehender Verächtigung:
1. Es ist, wie wir bereits in unserer Verächtigung vom 11. Oktober 1910 (Nr. 240 Ihrer Zeitung) hervorgehoben haben, unzutreffend, daß die Eisenbahndirektion Essen wegen einer Gebührensatzung von einem Völkumer Rechtsanwalt wiederholt gemahnt worden ist.
2. Ebenfalls unrichtig ist es, daß eine Zwangsvollstreckung durch das Amtsgericht Essen vorgenommen worden ist. Die Zahlung der dem Rechtsanwalt zustehenden Gebühren ist vielmehr erfolgt, ohne daß irgend welche Mahnung erfolgt ist. Ein Antrag des Rechtsanwalts auf Zwangsvollstreckung beim Amtsgericht Essen, von dem wir erst nach erfolgter Zahlung Kenntnis erhalten haben, ist durch rechtskräftigen Beschluß desselben Gerichts vom 18. Oktober 1910 kostenpflichtig abgelehnt worden.
3. Es sind mithin keinerlei Kosten entstanden, zu deren Zahlung wir verpflichtet gewesen wären. Dr. Fiebach.
Unser Korrespondent wird sich zu dieser verspäteten Verächtigung äußern.

Frankreich.

Briand als Diktator.

Paris, 18. November. Der frühere Marineminister Pelléan beschuldigt im heutigen „Matin“ den Kabinettschef Briand, unlängst 22 Präzedenzen nach Paris heraufzuholen zu haben, um sie aufzufordern, ihre Haltung seiner persönlichen Politik anzupassen. Es soll sich darum handeln, alle Abgeordnete zu boykottieren, welche gegen das neue Kabinett gestimmt haben. Die Zahl der zu boykottierenden Abgeordneten soll 188 betragen.

Belgien.

Die Adressdebatte und die Opposition.

Brüssel, 17. November. (Fig. Ver.) Der Senatadresse der Majorität — als Antwort auf die Thronrede — haben die Vertreter

der Opposition eine die Thronrede kritisierende Ergänzung geschlossen. Für die sozialistische Gruppe hat Genosse Lafontaine den Bericht redigiert, der, ebenso wie der liberalen Verächtlicher Goblet, das gründliche Ausschweigen der Thronrede über die wichtigsten, vom Volk geheißenen Reformen feststellt. Abgesehen davon, daß sie die wichtigste politische Reform: die des Wahlrechts unerwähnt läßt, geht sie auch über die notwendigen sozialen Reformen: die Abschaffung des § 310 des Strafgesetzes, die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, die Fixierung von Minimallohnen hinweg. Die Sozialisten können sich auch nicht den Beschwörern der Adresse anschließen, in einem Augenblick, wo das Volk unter den schärfsten finanziellen Lasten zusammenbricht, der wichtigsten Mittel für sein moralisches und materielles Dasein entbehrt.

Nächste Woche beginnt im Abgeordnetenhause die Debatte über die Adresse — die des Senats wurde heute eröffnet. Für die sozialistische Gruppe wurde Vanderelde designiert. Besonders in der Deputiertenkammer wird es der Debatte an Schärfe und schroffer Kritik über die Kammerthronrede nicht fehlen. Auch die Partei wird ihr demnächst eine deutliche Antwort geben. Wie der Generalrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, wird in der nächsten Zeit die Propaganda für das allgemeine Wahlrecht und die Kammerauflösung mit einer Reihe von Meetings im ganzen Land einleiten. Das Ausschweigen der Thronrede wird eine laute und berechtigte Antwort finden — das wird die Regierung alsbald zu sehen bekommen.

Mexiko.

Eine Verschwörung.

San Antonio (Texas), 18. November. Geheimagenten der Vereinigten Staaten entdeckten eine Verschwörung gegen den Präsidenten und die Regierung von Mexiko. Die Erhebung war für morgen geplant. Die Verschwörer verfügten über reiche Mittel, sie kauften in den Vereinigten Staaten Waffen. Ihre Waffendepots in San Antonio und an anderen Orten stehen unter Ueberwachung und werden mit Beschlag belegt werden, wenn man versuchen sollte, die Waffen über die Grenze zu schaffen.

Rußland.

Ein neuer Anschlag gegen die sozialdemokratische Dumafraktion.

Schon vor der Eröffnung der vierten Dumasession suchte die Regierung die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten mit allen Mitteln zu hindern, indem sie sie hermetisch von den Wählern abschloß, ihre Immunität auf ein Minimum reduzierte, ihre Briefschaften durchsuchte und sie auf die unerschämteste Weise beschimpfte. Nun aber hat Herr Stolypin folgenden Coup vorbereitet: Drei Jahre nach den Wahlen, bei denen namentlich die sozialdemokratischen Kandidaten auf das sorgfältigste unter die Lupe genommen und auf alle nur erdenkliche Weise des Wahlrechts beraubt wurden, erklärt er, der sozialdemokratische Abgeordnete von Tiflis, R. S. Tschcheidse, sei auf Grund falscher Dokumente, an Stelle seines verstorbenen Bruders, in die Duma gewählt worden. Auf Grund dieser Anschuldbildung, die dem Stempel der plumpsten Lüge auf der Stirn trägt, verlangt der Chef der russischen Regierungsterroristen im Namen der Geschlossenheit und der Gerechtigkeit den Ausschluß Tschcheidses aus der Duma.

Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits durch den Genossen Gegetschori die Erklärung abgegeben lassen, daß die Anschuldigung Stolypins eine Lüge ist. Sie hat auch genügend Beweise in Händen, um die insame Insinuation Stolypins und seines Dumalafaten Gutschkow zu widerlegen. Trotzdem ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die Regierung und das ihr ergebene Duputiertenpaar den Versuch machen, den Genossen Tschcheidse wenigstens provisorisch aus der Duma zu entfernen. Bei dem fanatischen Hohn, den die Regierungsparteien diesem trefflichen Redner der sozialdemokratischen Fraktion entgegenbringen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie vor keiner Inzucht zurückschrecken werden, um den Willen ihres Herrn und Gebieters Stolypin zu vollstrecken. Es kommt noch hinzu, daß der Dumapräsident Gutschkow, der nur mit einer geringen Majorität wiedergewählt wurde und darum aus Rache gegen die Opposition den Ergeßnen der junkerlichen Stoffnechte vollkommen freien Lauf läßt, bei dem Anschlag gegen die sozialdemokratische Fraktion seine Hand mit im Spiele hat. Genosse Gegetschori warf ihm nach der Abgabe der erwähnten Erklärung die Anschuldigung ins Gesicht, daß er „im Solde dunkler Mächte stehe“ und führte dadurch eine Situation herbei, die jedenfalls die Klärung beschleunigen wird.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Beigeordneter.

Bei der am Mittwoch in Reunirchen in Hessen vorgenommenen Wahl eines Beigeordneten wurde Genosse Wenker mit 51 Stimmen gewählt. Auf den bisherigen bürgerlichen Beigeordneten entfielen 520 Stimmen. Ob die herrliche Regierung den Willen der Wählerschaft respektieren wird, bleibt abzuwarten.

Die Organisationen zum Parteitag.

Sachsen-Coburg-Gotha.

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Landesvereins in Coburg erstattete der Delegierte, Genosse Stegner den Bericht vom Magdeburger Parteitag. In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit dem auf dem Parteitag gefassten Beschlüssen einverstanden. Einstimmig fand eine Resolution Annahme, die den Beschlüssen, besonders in der Budgetfrage, zustimmt und erwartet, daß in Zukunft derartige Verstöße gegen die Parteieinheit unterbleiben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die sogenannte Passennummer des „Wahren Jakob“ läßt übereifrige Staatsanwälte noch immer nicht zur Ruhe kommen. Jetzt, nach reichlich einem Vierteljahr, versucht man in Mannheim in der noch vorhandenen Exemplare habhaft zu werden. Von den Buchhändlern und Kolporteurs wird verlangt, daß sie die Listen ihrer Abonnenten der Staatsanwaltschaft einreichen. Ein Ansuchen, das natürlich die Befugnisse der Untersuchungsbehörde überschreitet. Auch in Pforzheim hat eine Hausdurchsuchung in den Geschäftsräumen unseres dortigen Parteiorgans stattgefunden, um der vielbegehrten Nummer habhaft zu werden. Das Ergebnis war gleich null.

Begen angeblicher Verleumdung einiger Knappschaffsbeamten wurde Genosse Steinlump vom Völkumer Volksblatt zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Der Vorsitzende lehnte den Antrag des klagenden Rechtsanwalts, die Vorklagen zu verlesen, mit der Begründung ab, daß bei dem Stande des Angeklagten eine Kollusion mit dem Prozeß sehr natürlich sei.

Die Essener Polizeibeamten sollen die der polnisch-sozialistischen Partei angehörenden Genossen Wojciechowski, Dortmund und Jalicz-Essen beleidigt haben. Die Verleumdung wurde gefunden in einem polnischen Flugblatt über den preussischen Wahlrechtskampf. Genosse J. wurde als Verleuger von der Strafkammer in Essen wegen der vermeintlichen Verleumdung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Genosse J. dagegen freigesprochen, weil ihm keine Verbreitung des Blattes nachgewiesen werden konnte. Der Staatsanwalt hatte gegen Wojciechowski sechs Monate und gegen Jalicz zwei Wochen Gefängnis beantragt.

Gewerkchaftliches.

Ein Protest der Berliner Gasarbeiter.

In den Kreisen der Berliner Gasarbeiter gärt es gewaltig. Überall herrscht Empörung über die Art, wie die Gaswerks-Deputation die Forderungen der Arbeiter behandelt hat. Noch niemals kamen die Gasarbeiter in solchen Massen zusammen, wie am Donnerstagabend in Frey's Festsaal in der Kopenstraße. Der Saal und die Galerien konnten die Anhängenden nicht fassen; alle Tische wurden entfernt und Kopf an Kopf, unter großer Stille im Saal, lauschten die Versammelten dem Vortrage von Emil Buch, der an der Gaswerksdeputation und ihrem ablehnenden Verhalten den berechtigten Forderungen der Arbeiter gegenüber eine ruhige und sachliche, aber einschneidende Kritik übte. Will die Gaswerksdeputation den Krieg? so fragen jetzt die Gasarbeiter, die so lange geduldig und bescheiden gewartet haben, daß man sich an den maßgebenden Stellen ihrer Wünsche erinnere und endlich ein Entgegenkommen zeige. Man läßt die Arbeitervertreter nicht zu Worte kommen; man setzt nicht einmal die verlangte Unterkommission zur Prüfung der Arbeiterforderungen ein. Man ist sogar soweit gegangen, daß man den Arbeitern statt der erwarteten Verbesserungen noch Verschlechterungen anbietet, indem man zum Beispiel den Krankengeldzuschuß bei den Gasarbeitern davon abhängig machen will, daß ein Vierteljahr Dienstzeit vergangen sein muß, ehe er gewährt wird. Die Gasarbeiter sind schlechter gestellt als die Arbeiter in manchen anderen städtischen Betrieben. Die Gasarbeiter verdienen in der Wehrzahl 25 bis 26 M. pro Woche, das ist ein Jahreseinkommen von 1300 bis 1350 M., während bei der Straßenreinigung 1423,50 bis 1697,25 M. Jahreseinkommen erzielt wird, freilich wenig genug, aber doch über die Hungerlöhne der Gasarbeiter hinaus. Und die Leistungen stehen im allgemeinen auf gleicher Stufe. — In den Vororten erhalten die Gasarbeiter mehr als gewöhnlich in Berlin. So gar in Nixdorf werden 4,25 bis 4,75 M. pro Tag bezahlt, wo in Berlin 4,05 bis 4,23 M. bezahlt werden. Und was die Arbeiter von den Nebenarbeiten über die „dauernde Stellung“ zu halten haben, wissen sie ganz genau. Oft genug hat derjenige, der einmal krank wurde, gleich seine Entlassung bekommen. Die Stadt Berlin erkennt die Tarife, nach denen die Privatindustrie die Arbeiter entlohnt, nicht an und bezahlt oft viel schlechtere Preise. Und in jeder Beziehung ist die Entlohnung erbärmlich; man zieht die Feiertage ab, und zu einem Aufschlag für Überstunden hat man sich jetzt erst entschlossen. Die Gasarbeiter machen sehr viel Überstunden und erzielen erst dadurch manchmal einen annehmbaren Wochenverdienst. Buch wies besonders darauf hin, um etwaigen trügerischen Aufstellungen über die Höhe der Löhne der Gasarbeiter zu begegnen. Er hatte eine Reihe Lohnzettel zur Hand und zeigte an mehreren Beispielen, wie „hohe Löhne“ erreicht werden. Da hatte ein Arbeiter 63 Stunden gearbeitet und — nach Abzug der Krankenkassenbeiträge usw. — 28,79 M. als Lohn erhalten, ein anderer bekam für 90 Stunden als Wochenlohn 43,64 M., ein dritter hatte gar 100 Stunden in einer Woche gearbeitet und erhielt 46,18 M. Die Unzufriedenheit unter den Gasarbeitern ist immer größer geworden; sie verlangen mit Entschiedenheit eine Berücksichtigung ihrer Forderungen, die, kurz zusammengefaßt, folgendermaßen lauten:

Regelung resp. Erhöhung der Löhne auf der Basis des Wochenlohnes für 8 Arbeitstage gleich 54 Stunden bzw. 6 Arbeitstagen gleich 48 Stunden. Durchgehende Festlegung fünfjähriger Lohnskalen mit alljährlichen Steigerungen (nach einer bestimmten Tabelle). Für Überstundenarbeit in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends 50 Proz., für nicht arbeitsplanmäßige Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit (9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) 100 Proz. Zuschlag. (Für die regelmäßige Nachtarbeit im Dreischichtsystem kommt der Zuschlag nicht in Betracht.) Aenderung des Sommerurlaubs dahin, daß nach einjähriger Dienstzeit eine Woche, nach fünfjähriger Dienstzeit zwei Wochen Urlaub gewährt werden. Aenderung der Bestimmungen über die Einrichtung von Arbeiterauschüssen.

Die Vertrauensmänner haben sich mit der gegenwärtigen Lage der Dinge eingehend beschäftigt und in einer geheimen Abstimmung mit 123 gegen eine Stimme beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, eine Lohnkommission einzusetzen, die mit der größten Energie und unverzüglich an die Arbeit geht, um entsprechenden Schritte in dieser Richtung vorzunehmen und der Gesamtarbeiterschaft der städtischen Gaswerke eventuelle Vorschläge zu machen. Die Empfehlung wurde in die folgende Resolution, in der die Stimmung und Ansicht der Versammlung klar zum Ausdruck kommt, mit einbezogen. Die Resolution lautet:

„Die am 17. November 1910 im Kellerischen Saale, Kopenstraße 20, tagende und von über 3000 Personen besuchte Protestversammlung der Handwerker und Arbeiter in den städtischen Gaswerken Berlins ist tief entrüstet über die wiederholte brutale Ablehnung der von den Arbeiterauschüssen eingereichten Forderungen seitens der Gaswerksdeputation.

- Die Versammelten stellen fest:
1. daß die Löhne der breiten Masse der Berliner Gasarbeiter seit 1905 keine Aufbesserung erfahren haben, obwohl inzwischen die Existenzbedingungen durch die immer schlimmer werdende Teuerung unhaltbar geworden sind;
 2. daß der übergroße Teil der Gasarbeiter gegenüber den Arbeitern anderer städtischer Betriebe erheblich schlechter entlohnt wird und trotzdem bei den diesjährigen Lohnaufbesserungen wiederum übergangen worden ist;
 3. daß trotz der gegenseitigen öffentlichen Behauptungen des Degenerenten der Gaswerke auch diesmal von den in Lohnfragen allein zuständigen Stellen, der Direktion und Deputation, mit den Arbeiterauschüssen nicht verhandelt wurde und letztere bis heute noch nicht einmal eine Antwort von der Deputation haben.

Die Versammelten erheben entschieden Protest gegen eine derartige, jedes sozialen Verständnisses bare Behandlung der Arbeiter und ihrer Vertreter in den Arbeiterauschüssen. Die Versammelten beschließen einmütig, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchsetzung ihrer bescheidenen Forderungen zu betreiben, und beauftragen die Obleute der Arbeiterauschüsse, unverzüglich an den zuständigen Stellen vorstellig zu werden und in kürzester Zeit das Resultat der Verhandlungen einer neuen Versammlung zu unterbreiten.

Heberzeugt, daß die Durchführung des Kampfes nur durch solidarisches und geschlossenes Handeln der Gasarbeiter möglich ist, machen die Versammelten es den noch fernstehenden Kollegen zur Pflicht, ungehäumt der gewerkchaftlichen Organisation sich anzuschließen.

Einmütig wurde die Resolution nach einer kurzen Diskussion angenommen und als Lohnkommission die neun Obleute der Arbeiterauschüsse gewählt. Ein Antrag, der eine Erklärung der Versammlung herbeiführen wollte, daß die Gasarbeiter auch zu einem Streik bereit seien, wurde zurückgestellt. Noch hofft man, in Frieden alle Differenzen zu schlichten.

Berlin und Umgegend.

Adlung, Metallarbeiter! Es ist in den letzten Tagen versucht worden, Arbeitskräfte für Süddeutschland (Wforzheim) anzuwerben. Wir machen darauf aufmerksam, daß in Wforzheim ein großer Kampf tobt und Zugung dahin streng zu meiden ist.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik in den Schraubenfabriken

ist, wie er am Donnerstagabend beschlossen wurde, einmütig durchgeführt worden. Gestern vormittag fand die erste Streikversammlung statt, ebenso zahlreich besucht wie die am Vorabend des Streiks. Otto Sande berichtete über die Arbeitsniederlegung. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Schraubenfabriken haben, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, den Streikbeschuß ohne weiteres erfüllt. Die Arbeitgeber waren, wie sie den einzelnen Werkskommissionen gegenüber zum Ausdruck brachten, größtenteils überrascht, daß der Kampf so plötzlich entbrannt ist. Einige meinten, das sei nicht richtig, daß man so schnell mit der Arbeitsniederlegung bei der Hand war; hätte man nochmals verhandelt, so wäre wohl noch eine Einigung möglich gewesen. Mit dieser Auffassung steht jedoch das Verhalten der Arbeitgeberkommission bei den Verhandlungen am Donnerstag in Widerspruch. Wenn den Arbeitgebern jetzt durch die Arbeitsniederlegung große Unannehmlichkeiten erwachsen, so haben sie das denjenigen ihrer Vertreter zuzuschreiben, die einer annehmbaren Einigung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegensetzten. Uebrigens ist die Stellung der Arbeitgeber zu dem Streik sehr verschieden; einige sind zu Verhandlungen bereit, während andere den absoluten Herrenstandpunkt herauskehren. Bei einer Firma wurde den Vertretern der Arbeiter gesagt: „Wagen Sie es ja nicht etwa, Arbeitswillige abzuhalten, sonst werde ich sofort zu Herrn von Jagow fahren und es kann so kommen wie in Mosbit!“ Der betreffende Herr scheint also Lust zu haben, einen kleinen Strafkontrollat zu probieren, wird aber sicherlich keinen Erfolg damit erzielen. Die Streikleitung wie die Streikenden selbst werden sich natürlich nicht das gesetzliche Recht nehmen lassen, etwaige Arbeitswillige über die Tatsache des Streiks und die Pflicht der Solidarität aufzuklären, werden aber ebenso eifrig bestrebt sein, der Polizei auch nicht einmal einen Scheinring zum Einschreiten zu geben. Eine Reihe von Firmen hat nun Verhandlungen nachgesucht, und mit ihnen wird die Streikleitung natürlich auch verhandeln, um nach Möglichkeit eine Einigung herbeizuführen. Sollten hier und da, wie das ja in der Regel zu geschehen pflegt, einige Arbeitgeber versuchen, private Verhandlungen mit ihren Arbeitern anzuknüpfen, so kann dem nicht nachgegeben werden. Die Arbeiter werden nur durch die Organisationsleitung verhandeln.

Buchbinder! Streikarbeit von Hannover nach Berlin abisert. Zigarettenfabrik der Firma Schrader-Bremen, gedruckt von der Firma K. Petersen-Hannover ist nach Berlin zur Fertigstellung gefandt. Auf diese Arbeit ist zu achten und vorkommendenfalls sofort dem Bureau zu melden.

Die Ortsverwaltung.

Lohnbewegung der Kranzbinder. Den Tarif unterschrieben hat noch die Firma Kleiner, Grenadierstraße. Wir bemerken, daß alle abgeschlossenen Tarife auf ein Jahr gelten, also auch für die Zeit bis zum Totenfest 1911.

Geipert sind noch folgende Firmen: Peißke, Streifher Straße 2 (Nächst Markthalle Norderstraße), Kalbe, Elisabethstraße 12, Droczyowski, Nixdorf, Osterstraße. Die letzteren zwei liefern vielfach für Nixdorfer Wamengeschäfte.

Kollegen aus den Wamengeschäften, sorgt dafür, daß keine Ware aus den gesperrten Kranzbinderereien verarbeitet wird.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Berichtigung der Zigarettenfabrik Wilhelm Mertens in Cleve schreibt uns unser Korrespondent:

Der Syndikus des Arbeitgeber-Verbandes für das Tabakgewerbe, Dr. Schöda, gab am 31. Oktober in der bürgerlichen Presse bekannt, daß die auf Beschluß des Ruhrlocher Ortsverbandes der Zigarettenfabrikanten erfolgte Kündigung auf Veranlassung des Bezirksarbeiter-Verbandes vorläufig zurückgezogen worden ist. Als Grund hierfür wurde in derselben Meldung angegeben, es habe sich bei Nachprüfung des Protokolls über die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen herausgestellt, daß bei acht Zigarettenfabriken die Angaben der betreffenden Firma über die bisher gezahlten Löhne um 10 bis 50 Pf. pro Wille höher gelautet hätten als die Angaben der Arbeiterorganisationen.

Dr. Schöda ging am 30. Oktober in Begleitung der Fabrikanten Willstädtler und Maier jun. in Ruhloch von Fabrik zu Fabrik und kündigte mit ganz derselben Begründung die Zurückziehung des Aussperrungsbeschlusses an. Die gegen Mertens erhobenen Anschuldigungen sind bis heute noch nicht entkräftet. Nicht einmal der Arbeitgeber-Verband hat einen Widerruf seiner ersten Erklärung veröffentlicht; der „vorläufig zurückgezogene“ Aussperrungsbeschuß wurde nicht wieder erneuert. Mertens mußte sich in Ruhloch mit „seinen“ Arbeitern ohne das „Hilfsmittel“ Aussperrung verständigen, und zwar davor, daß er die Forderungen der Tabakarbeiter größtenteils erfüllte.

Wie Herr Mertens zu seinen „Helfern“ kam, darum können sich die Arbeiter nicht bekümmern. Tatsache ist, daß die Unternehmer sich auf Grund der falschen, von Mertens gelieferten Zahlen zur Fassung des Aussperrungsbeschlusses verleiten ließen. Die Führer des Tabakarbeiterverbandes halten ihre Darstellung über die Lohnverhältnisse bei Mertens nach wie vor für die richtige. Der Arbeitgeber-Verband hat bis zur Stunde nicht erklärt, daß Mertens Unrecht geschehen sei. Zugewandt wird von den Arbeitern, daß vielleicht in zwei von den acht strittigen Punkten wirklich ein Versehen vorliegen kann. Nach Art des Verlaufes der Verhandlungen ist aber sonst ein Irrtum in dem Sinne, wie es Mertens darstellt, ausgeschlossen.

Der **Stickerstreik in Oelsnis i. S.** ist zugunsten der Arbeiter beendet worden. Die Stickermaschinenbesitzer bewilligten pro 1000 Stuch 1 Pf. Lohnzulage, was für die Sticker einer Lohnzulage von 2 M. pro Woche gleichkommt. Die Arbeiterinnen sollen nach Leistung bezahlt werden, doch bewilligten einige Firmen auch wöchentliche Zulagen von 1 M. und 1,50 M. Dieser Erfolg in Oelsnis wird sicherlich eine gute Wirkung auf die Streikbewegung in Pflauen ausüben.

Aus Industrie und Handel.

91%, Millionen Mark Dividende.

Der Spießer, der seine Kenntnis über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aus der Unternehmerpresse schöpft, muß längst davon überzeugt sein, daß die Eisengroßindustrie am Rande des Zusammenbruchs steht. Besonders in der letzten Zeit nehmen ja in den Organen der Unternehmer die Klagen über ruinöse Belastung der Industrie durch Steuern und soziale Ausgaben einen sehr breiten Raum ein. Dazu kommen die Lamentationen über hohe Löhne und schlechte Verkaufspreise. Angeblich ist die Konkurrenzfähigkeit der Industrie aufs schwerste bedroht, und zu ihrer Sicherheit soll gar eine Einschränkung des Koalitionsrechtes erforderlich sein, damit die bösen Gewerkschaften, die gar keine Rücksicht nehmen auf die Sorgen und Qualen der Dividendenstürmer, die Löhne und damit die Gestehungskosten nicht noch höher treiben können. Bei dieser Forderung merkt man schon, daß das Jammern der Industriemagnaten einen Zweck hat. Man will Stimmung machen für die verlangte Arbeiternebelung. Und um diese Stimmung zu erzielen, wird die Öffentlichkeit in der größtmöglichen Weise irreführend. Den besten Beweis für diese Behauptung liefern die Geschäftsergebnisse der großen Hüttenwerke. Sie dokumentieren eine glänzende Verzinsung des in der Eisengroßindustrie angelegten Kapitals und für das letzte Geschäftsjahr eine ganz bedeutende Gewinnsteigerung! Die „Reinwessal. Btg.“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der Ergebnisse von 17 Hüttenwerken, die ungefähr über die Hälfte der insgesamt in der Hüttenindustrie investierten Kapitalien verfügen. Bei 14 Gesellschaften schließt das Geschäftsjahr mit dem 1. Juli, bei 3

am 1. Januar. Die Werke umfassen rund 20 Prozent der gesamten deutschen Eisenproduktion und circa 50 Prozent der Roheisen-erzeugung. Der Anteil an der Roheisengewinnung und den Walzfabrikaten geht noch über 50 Prozent hinaus. Danach kann man sich ein Bild machen von der Bedeutung dieser Werke im deutschen Wirtschaftsleben. Ihre finanziellen Ergebnisse erlauben ein allgemeines Urteil, sie zeugen von einer glänzenden Lage der — Kapitalisten.

Nachfolgende Zusammenstellung der Ergebnisse aller 17 Gesellschaften aus dem letzten Geschäftsjahre illustriert das. Es betrug nämlich:

	1908/09	1909/10	Zunahme
	in Millionen Mark		in Prozent
das Aktienkapital	609,8	654,2	12,2
der Rohgewinn	125,5	147,5	17,6
die Rücklage	107,8	231,9	17,2
die Dividendensumme	89,5	91,7	31,9
die Dividendenverteilung	26,6	27,5	1,9
die Robrienerzeugung	5,9	6,5	10,0
die Roheislerzeugung	5,6	6,1	8,9
die Herstellung von Walzfabrikaten	5,2	5,6	7,7

Das sind hochinteressante Zahlen. Zunächst zeigen sie, daß in der Zeit, aus der die herzerbrechenden Klagen über die ungeheure Belastung der Industrie stammen, der Gewinn bedeutend gewachsen ist. Die Durchschnittsdividende stieg von 11,4 Proz. auf 13,4 Proz. Die vorletzte Dividende kann sicherlich schon eine ziemlich weitgehende Provisionszufuhr befriedigen, sie recharakterisiert das steinerweichende Geklammer über ruinöse Belastung. Aber die Kohlenbarone waren damit nicht zufrieden; die Löhne wurden beschnitten und so konnte die Dividende noch um 2 Proz. hinaufgesetzt werden. Weiter ergibt sich, daß auch das Geschäft über schlechte Preise unbedeutend war, ist doch der Gewinn viel stärker gestiegen als die Produktion. Die Einheitspreise müssen demnach ebenfalls hinaufgegangen sein. So zeigt sich im Lichte der Geschäftsergebnisse, daß die Gesellschaften auf Kosten der Arbeiter die Gewinne gesteigert haben und alle die Klagen über unerträgliche Ausgaben unwohler sind. Man will damit die Öffentlichkeit täuschen über die Habgier und die politische Gefährlichkeit des Scharfmachertums.

Die Kohlenhändler als „Herren im eigenen Hause“.

Die Rheinische Kohlenhandels- und Reederei-Gesellschaft m. b. H. in Wülheim a. d. Ruhr, das sogenannte Kohlenkontor arbeitet seit Jahren dahin, den gesamten Kohlenhandel in die Hand zu bekommen. Das zeigt ein Vertrag, den das Kohlenkontor mit allen Großhändlern abgeschlossen hat. Im nachfolgenden bringen wir die wichtigsten Bestimmungen; sie lauten:

Die sowohl für die vom Kohlenkontor bezogenen, als auch für sämtliche andere geführten Brennmaterialien festgelegten Preise und Bedingungen sowie etwa im Laufe des Jahres von der Versammlung beschlossenen Änderungen sind von den unterzeichneten Firmen auf das genaueste innezuhalten. Preisnachlässe, mit Ausnahme der besonders vereinbarten, sind in keiner Form und in keinem Falle gestattet. Die Vertragsteilnehmer übernehmen die Verpflichtung für sich selbst, für ihre Stellvertreter, Angestellte, Agenten, Provisionsreisende oder Rechtsnachfolger sowie für ihre Unternehmern. Ausnahmen, welche für einzelne Geschäfte auf besonderen Wunsch des Kohlenkontors erfolgen, fallen nicht unter die Bestimmungen des Vertrages.

Als Sicherheit für die gewissenhafte Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen stellt jeder der Unterzeichneten eine Kaution von Mark in per Sicht zahlbaren Solawechseln a 100 M. auf die Firma aus.

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die festgelegten Preise und Bestimmungen seitens einer der unterzeichneten Firmen verpflichten sich diese, eine Strafe auf sich zu nehmen. Diese kann im Höchstfalle, wenn es sich um Mengen bis zu zehn Tonnen handelt, mit 20 M., für jede weitere zehn Tonnen mit zwanzig Mark mehr bemessen werden. In Wiederholungsfällen kann die Strafe mit je hundert Mark pro zehn Tonnen festgesetzt werden. Die Kommission bzw. Berufungskommission entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges hierüber.

Bei der Auflösung von Verträgen seitens eines Unternehmers ist in gleicher Weise zu verfahren, wie bei den Unterbedingungen seitens eines der Unterzeichneten.

Die Kommission hat das Recht, bei einem Verstoß die Entziehung der Lieferung zu beschließen; sie kann jedoch von diesem Recht absehen, wenn der Unterabnehmer freiwillig die nach obigen Bestimmungen zu berechnende Konditionalstrafe zahlt. Wird bei einem Unterabnehmer zum wiederholten Male eine Nichterhaltung der festgelegten Preise und Bedingungen konstatiert, so ist die Kommission verpflichtet, die Lieferung zu sperren.

Der Vertrag zeigt, wie wenig die Kohlenhändler und ihre Unterabnehmer im Kohlenhandel noch zu sagen haben. Sie sind nur noch Sklavenarbeiter. Und diese Herren, die geschlossene Gesellschaften zur Ausbeutung der Allgemeinheit bilden, stört kein Staatsanwalt und kein Richter. Es sind ja auch staatsfreie Elemente, deren Sinn nur auf Ausbeutung der Konsumenten gerichtet ist.

Letzte Nachrichten.

Ein dreifacher Mord.

Lübeck, 18. November. (W. L. V.) Heute nachmittag drang ein 20jähriger Mensch namens Hartmann in die Wohnung eines in der Jürgenborststraße wohnenden 73 Jahre alten Fräuleins Jensen, überreichte einen Expressbrief und gab, als die Dame seine Forderung ablehnte, einen Schuß auf sie ab, durch den sie auf der Stelle getötet wurde. Der Mörder wurde verhaftet.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 18. November. (W. L. V.) Die Deputiertenkammer nahm heute den Justizetat mit 393 gegen 155 Stimmen an. Aus Anlaß der Debatte über die Schaffung eines Handelsgerichts in Salon (Bouches du Rhone) kam es zu einem Zwischenfall zwischen dem Unterstaatssekretär im Finanzministerium Lesèvre und dem Finanzminister Aloy. Während nämlich alle Minister für die Schaffung eines Handelsgerichts in dem genannten Ort stimmten, stimmte Lesèvre, der den Wahlkreis Aix vertritt, im Interesse des bereits in Aix bestehenden Handelsgerichts dagegen. Aloy und Lesèvre hatten darauf in den Wandelgängen der Kammer eine lebhafte Auseinandersetzung, die vielfach besprochen wurde.

Die Cholera.

Petersburg, 18. November. (W. L. V.) Die Randschurei ist für choleragefährlich erklärt worden. Für die Dauer der Epidemie werden sibirische Arbeiter in das Küstengebiet nicht zugelassen.

Drei Arbeiter erschüttert.

Jelaterinodskan, 18. November. (W. L. V.) Bei Gorskowa im Bezirk Bachmut stürzte in einem Bergwerksschachte eine Erdschicht 300 Meter tief hinab und erschütterte drei Arbeiter.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Siebenter Tag.

Spiegel werden zurückgeholt.

Vor Eintritt in die gestrige Verhandlung bemerkte Rechtsanwalt Heine: Zwei von mir benannte Zeugen sind gestern von Polizeibeamten in Zivil, die sich unter falschem Namen und unter falschen Vorisegeln bei ihnen einfanden. Über die Vorgänge, welche diesem Prozeß zugrunde liegen, ausgefragt worden. Ein Beamter hat sich als Akquisiteur der „Morgenpost“ ausgegeben, ein anderer gab vor, er sei der Bruder eines der Angeklagten. In diesen Fällen wurden ja die Leute erkannt und erreichten ihre Absicht nicht. Es ist ja das Recht der Staatsanwaltschaft, Erkundigungen über Zeugen einzuziehen zu lassen, aber diese Art, wie von uns genannte Zeugen belästigt werden, verbitte ich mir ganz entschieden. Ich ersuche die Staatsanwaltschaft, dafür zu sorgen, daß solche Belästigungen der Zeugen unterbleiben.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht versichert, daß er dem Verlangen des Verteidigers entsprechen werde. Hierauf begann die

Vernehmung der Zeugen.

Polizeimajor Klein gibt eine sehr eingehende Schilderung von den Vorgängen, die er, seiner Angabe nach, teils aus eigener Wahrnehmung, teils durch Mitteilungen der ihm untergebenen Beamten kennen gelernt. Major Klein hatte in Moabit das Kommando über die Schutzmansschaft. Er gibt in der Hauptfrage an: Am 19. September, nachdem der Streik ausgebrochen war, verließ ich die Mannschaften im zuständigen Revier. Bis zum 23. war es ruhig. Dann wurden Kohlenwagen und die Begleitmannschaften angegriffen. Am 24. bekam ich Nachricht von ersten Ausschreitungen. In der Kottbuser Straße wurde ein Kohlenwagen angegriffen und die Geschirre zerhackt. Es gelang, die Leute zurückzudrängen mit blanker Waffe, ohne daß eingeworfen wurde. Nach diesen Vorgängen richtete ich eine Polizeiwache auf dem Kohlenplatz ein, um den Platz zu schützen. Da die Leute nicht nur gegen die Wagen, sondern auch gegen die Beamten vorgingen, sagte ich mir, es wird zu ernstlichen Zusammenstößen kommen. Ich legte Gewicht darauf, daß sich meine Mannschaften durch nichts reißen lassen und nur auf Befehl vorgingen. Den Offizieren gab ich Befehl, nicht eher mit der Waffe vorzugehen, als bis sie die Menge dreimal aufgefordert hatten, auseinanderzugehen. Auch dann sollten sie die Mäntel zunächst in Höhe verziehen. Diesen Weisungen sind die Beamten gefolgt. Wenn in den Zeitungen etwas anderes behauptet wurde, so ist das falsch. Die Beamten haben Schimpfereien und sogar Steinwürfe ruhig ausgehalten. — Vorliegender: Welcher Art waren die Leute, von denen die Angriffe ausgingen? — Zeuge: Es waren meistens Arbeiter, die ihre Beschäftigung hatten. Janbägel war nicht dabei. Am Sonntag, den 25., war es ruhig. Am 26. verließ ich die Mannschaften auf dem Kohlenplatz durch uniformierte und kriminalbeamte. Mittags wollten zwei leere Wagen auf den Kohlenplatz fahren. Zu derselben Zeit standen die Arbeiter der Löschenden Fabrik auf der Straße. Das fiel mir auf. Besonders auffallend fand ich es, daß die Arbeiter sich auf dem Bürgersteig aufgestellt hatten und daß vorn die Frauen und hinten die Männer standen. Ich fragte die Beamten, ob die Arbeiter immer da seien. Mir wurde gesagt, so viele stehen sonst nicht da, es sei merkwürdig, daß sie heute dastehen. Mit einem Male wurde es lebendig. Die Arbeiter stürmten auf die Wagen los, wurden aber zurückgedrängt, und die Wagen konnten auf den Platz fahren. Es blieb, von dem Wagen sei geschossen und die Arbeiter dadurch aufgeregt worden. Die Beamten sagten mir, der Antreiber des Wagens sei geworden worden, und darauf habe er geschossen. Schon vorher sah ich auf dem Kohlenplatz 7 bis 8 Revolver liegen. Ich fragte, warum die Waffen bestimmt seien? Mir wurde gesagt, der Verwalter habe die Revolver angeschafft, um die Arbeiter damit zu bewaffnen. Nachdem ich das erfahren hatte, verbot ich, daß den Revolvern Revolver mitgegeben werden. Der Revolver, mit dem der Antreiber schoss, war sein Privatgut. — Die Löschenden Arbeiter, die den Wagen angegriffen hatten, wurden auf den Hof gedrängt und das Tor von den Beamten geschlossen. Dann wurden vom Hofe aus über die Mauer Steine nach den Schutzeinheiten geworfen. Wir öffneten das Tor und drängten die Leute von dem Vorhof noch weiter zurück. Dabei hatten die Beamten blank gezogen. Die Leute warfen auch bei dieser Gelegenheit Steine auf die Beamten. Ich selbst bin durch einen Steinwurf am Bein verletzt worden. Als die Beamten „Recht“ machten, wurden sie von neuem angegriffen. Wie die Maulwürfe kamen die Arbeiter aus den Gebäuden und wenn wir gegen sie vorgingen, waren sie verschwunden, so daß wir keinen fechten konnten. Dies Spiel wiederholte sich mehrmals. Ich überlegte mir, ob es nicht geboten sei, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen. Da ertönte die

Fabrikseife, die Arbeiter verschwanden und alles war ruhig. Wenn es nicht so gekommen wäre, dann wäre uns nichts anderes übrig geblieben, als mit der Schutzwaffe vorzugehen. Das war ein so schwerer Kampf, daß ich die mir zur Verfügung stehenden Mannschaften nicht für ausreichend hielt. Ich erbat und bekam 180 Mann Verstärkung, die sich auf dem Kohlenplatz sammelten. Um sie unterzubringen, mietete ich in der Gegend eine leerstehende Wohnung. Ehe sie in Gebrauch genommen werden konnte, hat mich der Wirt, die Verabredung rückgängig zu machen, weil seine Mieter ihm gedroht hätten, sie würden ihm die Knochen zerhacken, wenn er die Schutzeinheit aufnehme. Andere Unterkunftsräume konnte ich nicht bekommen. Dann lieferte uns die Militärbehörde Zelte, in denen die Beamten auf dem Kohlenplatz untergebracht wurden. — Nach den Vorgängen mit den Löschenden Arbeitern ließ ich die Sidingenstraße absperren. Abends gegen 7 Uhr sammelte sich vor der Schutzmansschaft an der Wauflstraße eine Menschenmenge an, es wurde auf die Schutzeinheit geschimpft, aber sie blieben ruhig. Ich habe mir die Leute angesehen, es war kein Janbägel, sondern bessere Arbeiter. Auf die Schutzeinheit wurde geworfen, dann wurde die Menge zurückgedrängt, wobei die Schutzeinheit blank gezogen hatten. Zwei Schanklokale, aus denen Steine und Flaschen geworfen wurden, ließ der Polizeileutnant räumen. Auch aus den Häusern wurde mit Steinen und Sand geworfen. Die Situation wurde immer brenzlicher. Später wurden Laternen ausgelöscht und der Feuermelder unbefugt in Tätigkeit gesetzt. Mir wurde gemeldet, daß aus Fenstern eingeworfen würden. Es herrschte die reine Anarchie. Wenn die Beamten vorgingen, wurden sie mit Schimpfworten empfangen. Dann bekam ich Nachricht, daß ein Schutzmann, der von der Menge verfolgt wurde, sich in ein Schanklokal an der Ecke der Grasmustrasse geflüchtet hatte und das Lokal demoliert, sowie der Wirt verletzt worden sei. Polizeileutnant Götz hat den Beamten später befreit. In diesem Abend sind an der Reformationskirche sieben Scheiben eingeworfen worden. Auch an der Woytowitschstraße kamen Unruhen vor.

Am 27. war es während des Tages ruhig. Am 7 Uhr abends mußten die Mannschaften wieder ausrücken. Da wurden sie jedoch von den Leuten beschimpft. Um 8 Uhr wurde an der Informationsstraße mit Steinen geworfen und geschimpft. An der Zwingli- und Woytowitschstraße spielten sich ebensolche Vorgänge ab. Kurz nach 8 Uhr wurde das Kommando an der Informationskirche angegriffen. Jede Aufforderung des Leutnants, auseinander zu gehen, wurde mit Schimpfen und Steinwürfen beantwortet. Als die Sache immer toller wurde, ließ Leutnant Sommer die Menge mit dem Säbel zurücktreiben. — In der Kottbuser Straße wurden die Beamten, die gegen die Menge vorgingen, von allen Seiten beschossen. Die Straße war vollständig dunkel, denn die Laternen waren ausgelöscht. Von allen Seiten knallten Pistolenkugeln. Am gingen wir in breiter Front in der Kottbuser Straße vor. Die Mannschaften bekamen den Befehl, jeden Schuß und jedenwurf mit der Schutzwaffe zu beantworten. Mit Säbeln war nichts zu machen, es wurde von Ballons geschossen und geworfen. Vor dem 27. ist in ganzer Front von uns nicht geschossen worden. Wenn von den Beamten geschossen sein sollte, dann kam es nur vereinzelt geschossen sein. Das Schießen der Beamten in der Kottbuser Straße hatte den Erfolg, daß fast völlige Ruhe eintrat. Nachdem ich die Beamten zurückgezogen hatte, flammte mitten in der Kottbuser Straße ein Hofstall auf, der Brand wurde aber von der Feuerwehre gelöscht. — In der Huttenstraße wurde um 12 Uhr aus einem Hause geschossen. Ein Schutzmann betrat den dunklen Hofstall, um den, der geschossen hatte, festzunehmen. Der Schutzmann wurde mit Schüssen empfangen. Er schob darauf wieder. Der Schutzmann mußte sich zurückziehen, denn aus den Fenstern der Hofgebäude wurde mit allen möglichen Gegenständen geworfen. — In anderen Stellen sind Steine und Blumentöpfe aus den Fenstern geworfen worden.

Wenn keine Polizeiwache auf dem Kohlenplatz gewesen wäre, dann wäre der Platz demoliert und in Brand gesetzt worden. Von Personen, die nicht genannt sein wollten, ist mir öfter gesagt worden, wir sollten acht geben, am Abend werde der Platz in Brand gesetzt. Da die meisten Steinwürfe aus Schanklokalen erfolgten, so wurden am 28. von 8 Uhr ab die Lokale in der Kottbuser und Sidingenstraße sämtlich, in den benachbarten Straßen zum Teil geschlossen. Am 28. fanden noch vereinzelt Ansammlungen statt, die zurückgedrängt wurden. An verschiedenen Stellen wurde aus noch vereinzelt auf Beamte geworfen. Gegen 9 Uhr ging es am kleinen Tiergarten los. Die Leute, welche sich dort angesammelt hatten, wurden zunächst aufgefordert, auseinanderzugehen, und als das keinen Erfolg hatte, wurden sie mit der Waffe zurückgedrängt. Die Unruhen am kleinen Tiergarten dauerten bis 1/2 12 Uhr, dann trat Ruhe ein.

Am 29. erhielt ein Teil der Mannschaft Karabiner und scharfe Patronen, doch sollte von diesen Waffen nur auf ausdrücklichen Befehl des betreffenden Offiziers Gebrauch gemacht werden. Abends hatte sich an der Heilandstraße wieder eine

Menschenmenge eingefunden, es wurde Bluthunde gerufen und dann mit dem Säbel in der Hand die Menge von den Beamten zurückgedrängt. Aus den Fenstern wurden einzelne Schüsse abgegeben. Die Later konnten wir nicht ermitteln. Zeitung und Revolverpatronen wurden aus den Fenstern geworfen. Die Patronen sollten dadurch verlegt werden. — Weiter sagt der Zeuge, an den folgenden Tagen seien noch vereinzelt Ausschreitungen vorgekommen, dann sei Ruhe eingetreten.

Eine Frage des Vorsitzenden, ob Offiziere von Arbeitswilligen auf dem Kohlenplatz systematisch verprügelt worden seien, verneint der Zeuge. Ihm sei nichts davon bekannt, er würde es auch nicht geduldet haben.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Woher kommt es, daß von Anfang an eine solche Erbitterung gegen die Arbeitswilligen und die Schutzeinheit herrschte? — Zeuge: Jedenfalls hat man auf die Arbeitswilligen einen Zwang ausüben wollen, daß sie die Arbeit niederlegen, und weil wir dazwischen kamen und das verhinderten, so hat sich der Haß gegen uns gewandt. Ich erkläre mir das so: Wenn man einem Hunde einen Knochen wegnehmen will, dann beißt er. Leider Gottes tritt der Haß gegen die Polizei bei uns stärker auf wie in anderen Staaten. Das liegt zum Teil an der Erziehung. In anderen Staaten wird der Schutzmann den Kindern als hilfreiche Person bezeichnet. Bei uns droht man unartigen Kindern mit dem Schutzmann. Das muß doch zum Haß gegen die Beamten beitragen. — Staatsanwalt: Wie viele Beamte sind bei den Unruhen verletzt worden? — Zeuge: 80—85, und zwar durch Würfe mit Steinen und Flaschen. — Rechtsanwalt Heine: Also durch Schüsse ist kein Beamter verletzt, trotzdem daß ein Hagel von Schüssen von allen Seiten auf die Polizei abgegeben wurde? — Zeuge: Es war ja dunkel als geschossen wurde. Da kann man natürlich nicht treffen. — Rechtsanwalt Heine: Sind Geschosse gefunden worden? — Zeuge: Nein. Die Straße war ja so mit Scherben und Glasplittern bedeckt, daß ich keine Verletzungen in die Straße schicken konnte. Da hätte man auch keine Geschosse finden können. Rechtsanwalt Heine: Wollen Sie, daß es Stadtfahrer-Revolver gibt, die nur knallen und zum Verschrecken von Hunden dienen? — Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. — Rechtsanwalt Heine: Nachdem bei dem Vorfall in der Sidingenstraße der Kohlenwagen auf den Platz gebracht war, konnte doch die Sache erledigt sein und die Polizei braucht nicht gegen die Löschenden Arbeiter vorgehen. — Zeuge: Nein, nachdem wir die Arbeiter auf den Hof gedrängt und den Torweg geschlossen hatten, hätte für die Arbeiter die Sache erledigt sein müssen. Dann warfen sie aber über die Mauer. — Rechtsanwalt Heine: Wäre es nicht das Beste gewesen, wenn Sie sich nun mit Ihren Beamten auf die andere Seite der Straße begeben hätten, wo niemand von den Steinwürfen getroffen werden konnte. Nach Schluß der Mittagspause hätte doch das Werk von selbst aufgehört. — Zeuge: Es wurde in großen Wagen bis auf die andere Straßenseite geworfen. Uebrigens konnte es uns doch nicht einfallen, uns zurückzuziehen, weil da geworfen wurde. — Rechtsanwalt Heine: Das ist es, was ich wissen wollte. — Auf eine weitere Frage des Rechtsanwalts Heine sagt der Zeuge: Trotz der Abspernung der Sidingenstraße sei jeder, welcher dort wohnte oder geschäftlich zu tun hatte, durchgelassen worden. — Rechtsanwalt Heine: Es wird bewiesen werden, daß das nicht der Fall ist, ja, daß Schutzeinheit an der Sidingenstraße harmlose Passanten, die vom Bahnhof kamen, schlugen, und daß sogar Leute am Villettschalter des Bahnhofes geschlagen worden sind. Es wird bewiesen werden, daß Leute durch die Abspernung der Straße gelassen, dann aber von anderen Schutzeinheiten, die in der abgesperrten Straße waren, geschlagen wurden. — Zeuge: Von alledem weiß ich nichts. Wenn es vorgekommen sein sollte, so war es gegen den Befehl. — Rechtsanw. Heine: Sind an der Heilandstraße und im kleinen Tiergarten Beamte angegriffen worden? — Zeuge: Ich selbst habe es nicht gesehen, es ist mir aber berichtet worden. — Rechtsanw. Heine: Ist Ihnen bekannt, daß in der Turnstraße Beamte ihr Augenmerk besonders auf die Leute richteten, die aus der Straßendamm stiegen und daß solche Leute, auch Damen, von den Beamten geschlagen wurden. — Zeuge: Davon weiß ich nichts. Wenn es geschehen wäre, hätte ich doch Meldung davon bekommen. — Rechtsanw. Heine: O nein, ich glaube nicht, daß ein Schutzmann, der solche Ausschreitungen begeht, es Ihnen melden wird. — Zeuge: Aber es waren doch überall Offiziere, die würden es melden. — Rechtsanw. Heine: Auch das trifft nicht zu. Ich habe Zeugen dafür, daß Straßepassanten unter den Augen von Polizeioffizieren, von Beamten mißhandelt wurden. Halten Sie, Herr Major, es für anständig, daß Frauen als

Huren und Saunenherren

bezeichnet wurden? — Zeuge: Nein. — Rechtsanw. Heine: Haben Sie gesehen, daß ein Mann, der am Boden lag, mit Säbelklingen und Fußtrittn trat?

Kleines feuilleton.

Wilhelm Raabe im eigenen Spiegel. Raabes stilles Leben bietet wenig Bemerkenswertes. Was daraus hervorzuholen wäre, hat er selbst einmal in einem Vortrage für den niedersächsischen Kalender „Heidjeer“ zusammengefaßt.

„Ich bin — schrieb er darin — am 8. September 1831 zu Eschershausen im Herzogtum Braunschweig geboren worden. Mein Vater war der damalige „Aktuar“ am dortigen Amtsgericht. Meine Mutter ist es gewesen, die mir das Lesen aus dem „Robinson Crusoe“ unseres alten Landmanns aus Deensen, Joachim Heinrich Campe, beigebracht hat. Was ich nachher auf den Volksschulen, Gymnasien und auf der Universität an Wissenschaften zuerworben habe, bezieht sich alles an den lieben feinen Fingern, der mir ums Jahr 1850 herum den Punkt über dem i wies.

Im Jahre 1845 starb mein Vater als Justizamtmann zu Stadthagen und zog seine Witwe mit ihren drei Kindern nach Wolfenbüttel, wo ich das Gymnasium bis 1849 besuchte. Wie mich danach unser Herrgotts Kanzlei, die brave Stadt Magdeburg, davor bemährte, ein mittelmäßiger Jurist, Schulmeister, Arzt oder Pastor zu werden, halte ich für eine Fügung, für welche ich nicht dankbar genug sein kann.

Oben 1854 ging ich nach einem Jahr ernstlicher Vorbereitung nach Berlin, um mir „auf Universitäten“ noch etwas mehr Ordnung in der Welt Dinge und Angelegenheiten, soweit sie so ein junger Mensch übersehen kann, zu bringen. Im November desselben Jahres begann ich dort in der Spreegasse die „Chronik der Sperlingsgasse“ zu schreiben und vollendete sie im folgenden Frühling. Ende September 1858 erblühte das Buch den Drud das Tageslicht und hilft mir heute noch neben dem „Hungerpastor“ im Erdenhaushalt am meisten mit zum Leben. Denn nur für die Schriften meiner ersten Schöpfungsperiode, die bis zum lehrerähnlichen Buche reicht, habe ich Leser gefunden, für den Rest nur Liebhaber.

Anno 1863 sah auch ich ein, daß es nicht gut sei, wenn der Mensch allein bleibe, heiratete und zog nach Stutigart, wo uns zwei Mädchen geboren wurden und ich „Die Leute aus dem Walde“, „Den Hungerpastor“, „Abu Telfan“ und „Der Schildekump“ schrieb. Mit Freude, aber auch mit Wehmut, gedenken zwei Kreise noch heute an jene junge, gute, sonnige Zeit unter den Nebeln und den Freunden und Freundinnen des Redaktors!

Seit dem 21. Juli 1870 wohne ich nun in Braunschweig, wo mir noch zwei Töchter geboren wurden. Was ich hier am Orte im Laufe eines Menschenalters weiter zusammengeschrieben habe, überlasse ich auf dem Allerhöchsten Altershaufen als Schriftsteller a. D. der Begutachtung der Nachwelt. Möge sie nach Möglichkeit Nutzen daraus ziehen!

Drei Dinge sind mir persönlich aus meinem Aufenthalt auf der Erde heutzutage, wenn auch nicht die bemerkenswertesten, so doch merkwürdig.

Ich komme noch aus den Tagen, wo in meines Vaters Haus an der Weiser mit Stein, Stahl und dem „Blumenkasten“ Licht angezündet und Feuer gemacht wurde.

Ich habe einen Herrn gekannt, der noch seinen Pops trug.

Ich habe noch einen Mann gesehen, der im siebenjährigen Kriege mit dabei gewesen war.“

Theater.

Kleines Theater: Joachim von Brandt, Komödie von Moriz Heimann. Eine psychopathische Studie, die ihren Gegenstand aber bereits in den charakteristischen Szenen des ersten Aktes der Hauptsache nach erschöpft. Das Bild dieses total gefahrenen, egoistischen Menschen, der im Alkohol Verdrückung sucht, seine Selbstberachtung in wüsten Kratzen ausstößt, sich aber vor einem festen Willen bewundernd beugt, wirkt — erst frapperend — in der breiten Ausmalung nervös ermüdend. Die Gestalt lang nicht zum Träger eines viertaktigen Dramas. Erst der aus dem Rahmen der Charakterkomödie herausfallende dritte Akt, der mit seiner famosen Verpöpfung preussisch-bureaucratischer Schiebungslinien, belebt wiederum das Interesse.

Im Nebenrollen des Apothekers unterhalten sich die Honoratioren über die neuesten Streiche des verrückten Brandt. Der ängstliche Bürgermeister meint, daß dieses Junkerexemplar es allen arg treibe. Die Behörden mühten einmal Ernst machen. Kühnheiten, die er damit bekräftigt, daß er, als der Pistolen abknallende Unhold draußen noch im Verlangt, gehörigst dieser Ordnung folgt. Der hünenhafte Baumkeller ist von anderem Schlage. Als Joachim im Zimmer einen Streit vom Zaune bricht, befördert er den dünnen Cholericer die Stiege hinunter. Doch Brandt kommt wieder. Die Aktion hat ihn etwas ermüdet, ja er empfindet aneinander Sympathien für den Sieger. Markleute, mit denen er Unfug getrieben, bringen ihn von neuem in dramatisierendes Gut, die endlich im Gespräch mit dem Hauslehrer des Apothekers in melancholischer Beschämung weicht. Der junge, besonnen-klare

Mensch, der den wunderlichen Freundschaftsüberbungen Brandts eine kühle Juridikalität entgegensetzt, erscheint ihm als ein höheres Wesen, aus dessen Kraft er Linderung schöpfen könnte. Dem Augenblicksimpulse blind gehorchend, drängt er ihm seine Herzergeliebtheiten auf. Er habe mit namenloser Leidenschaft ein Mädchen geliebt und dennoch in willensloser Schwäche die Schwester geheiratet. Nun sei sie zum ersten Male in sein Haus gekommen. Ihn ängstigte der Jauher. Der Jüngling spricht sehr edel von einer idealen Liebe, und Brandt flammte im Moment zu enthusiastischer Begeisterung auf. Der Hauslehrer verliebt sich gleichfalls in die gerade Schönheit der Schwägerin. Sie weiß das Werden beider Männer ab, und der Junker vollends verzeffelt, überbietet in selbstüberheblichem Verhörungsdrange all seine früheren Tollheiten. Er verhöhnt Polizei und Gerichte und verabschiedet sich schließlich auf seinem Gutshof. Die Einsamkeit einer ausgiebigen Gefährtin schneidet ihm als Ziel der Sehnsucht vor.

Doch einem Junker werden solche Wünsche nicht so leicht erfüllt. Eine brillant pointierte Satire, schiebt sich die Unterhandlung des aus Berlin gesandten Regierungsrates mit dem freiberlich gelehrigen kleinen Bürgermeister ein. In einer Viertelstunde sind alle „unkleibaren Mißverständnisse“ aufgeklärt, hat sich der „Aufschr“ in einen kleinen Scherz verwandelt.

Der Schluß fällt ab. Brandt, der die Verunsicherungshelden mit gebührender Verachtung heimlich, gerät bei der Nachricht, daß seine Frau ihm ein Kind geboren, in eine Art von Hoffnungsparoxismus.

Bel brachte die Mischung alkoholischer Brutalität und verfliegener Donquixotterie in der Hauptfigur mit verblüffender naturalistischer Schärfe heraus. Auch die meisten Nebenrollen waren gut, der überlegen lächelnde Regierungsrat und das devote Bürgermeisterlein durch die Herren Mar Landa und Heinrich ausgezeichnet besetzt. Der demonstrative Beifall galt sicher mehr dem Autor als seinem Stück.

Notizen.

Theatertopik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus werden jetzt Abonnementshefte zum II. Quartal, gültig für sechs verschiedene Stücke an beliebig zu wählenden Wochentagen (in 14 tägigen Abständen), ausgegeben.

Erlich. Hata 608 wird, wie Professor Ehrlich mitteilt, Anfang Dezember in den Handel kommen und somit allen Ärzten zur Verfügung stehen.

wurde? — Zeuge: Nein. — Rechtsanw. Heine: Sie sagten, der Fall gegen die Schutzleute sei eine Folge der Erziehung. Ist Ihnen nicht bekannt, daß in anderen Ländern auch die Schutzleute besser erzogen werden, wie bei uns? — Zeuge: Ich glaube, in der Erziehung der Schutzleute sind uns andere Länder nicht über. Bei uns werden die Beamten zu ruhigen Verhalten und höchstem Verstand mit dem Publikum erzogen. Wenn mal eine Unvorsichtigkeit vorkommt, dann sind die Vorgesetzten nicht schuld daran. — Rechtsanw. Heine: Im Berliner Publikum herrscht das Gefühl, daß sich der Schutzmann nicht als Schützer und Freund, sondern als Gegner des Publikums benimmt, namentlich wenn es sich um Arbeiter handelt. — Zeuge: Da machen wir keinen Unterschied. Die Arbeiter sind ja manchmal hilfloser wie die Gebildeten. — Rechtsanw. Heine: Ja, das weiß ich. Aber die Schutzleute sind nicht immer hilflos. Die Beamten halten also nicht Fesseln, Leute, die wie Arbeiter aussehen, zurückzuweisen, andere aber durch die Absperrungslinie zu lassen? — Zeuge: Nein, es wurde in dieser Hinsicht kein Unterschied gemacht. — Erster Staatsanw. Steinbrecht: Warum ist von den Unvorsichtigen Arbeitern keiner verhaftet? — Zeuge: Es war niemand zu kriegen. Sie warfen nach uns aus 50-60 Schritte Entfernung und wenn wir heranliefen, verschmolzen sie sich in den Fabrikgebäuden.

Vorsitzender: Was das Zusammenhalten der Leute ein betriebs- und planmäßiges oder vielmehr nur aus Solidarität zusammen? — Zeuge: Das läßt sich schwer sagen. Meistens war es wohl Solidarität. In der Reiterstraße aber schien das Vorgehen der Anmütigen planmäßig zu sein. Ebenso bei Löwe, denn die Leute standen in Reihen auf dem Bürgersteig und in der vordersten Reihe waren Frauen aufgestellt. Die Steine, mit denen bei Löwe geworfen wurde, mußten die Leute mitgebracht haben, denn dort konnten sie sie nicht gefunden haben. Es ist uns mitgeteilt worden, daß ein Knabe mit einem Feuerhaken das Fenster des Bürgersteigs aufgerissen habe. Es soll auch ein Radfahrer in den Straßen gesehen worden sein, der an verschiedenen Stellen das Fenster mit einem Spitzhammer aufhakte. Besonders vor den Schaufenstern war das Fenster aufgerissen. Es wurde aber gleich nachher durch die Kommissarien wieder hergestellt. — Rechtsanw. Heine: Wissen Sie, wie die Nachricht, daß die Reformationskirche ganz zerstört sei, in die Zeitungen gekommen ist? — Zeuge: Das weiß ich nicht.

Rechtsanw. Cohn: Wenn bei Paraden Absperrungen vorgenommen werden, wird es an den Anschlagplätzen bekannt gemacht. Warum haben Sie die Absperrungen in Moabit nicht ebenfalls bekannt gemacht, damit die Tausende von Passanten, welche dort namentlich gegen Abend verkehren, sich danach richten konnten. — Zeuge: Das war nicht nötig, die Reiterstraße war ja für den Verkehr frei, nur die Sidingenstraße war gesperrt. — Rechtsanw. Rosenfeld: Haben Sie den Knaben ermittelt, der mit einem Feuerhaken das Straßenschild aufgerissen haben soll? — Zeuge: Nein, ich bin bei der Sache nicht nachgegangen. Ich habe sie für eine Kinderei oder für eine Tattavennacht gehalten. — Rechtsanw. Rosenfeld: Ist der Radfahrer mit dem Spitzhammer ermittelt? — Zeuge: Auch dieser Sache bin ich nicht nachgegangen. — Auf weitere Fragen des Rechtsanwalts Rosenfeld antwortet der Zeuge: Das Fortschaffen der Revolver, die er bei Kupfer fand, habe er nicht angeordnet, denn sie lagen ja im Kontor und seien nicht für jedermann zugänglich gewesen. Leute aus dem Publikum, die durch Schüsse oder Scherben verletzt waren, hat der Zeuge nicht gesehen. Doch sah er einen Mann, der Blutüberströmt am Boden lag, er wisse aber nicht, wie viele von der Verletzung gekommen sei. — Rechtsanw. Cohn: Erklärt sich der Haß gegen die Schutzleute vielleicht dadurch, daß sich Polizeibeamte unter falschen

Namen als Mitglieder sozialdemokratischer Wahlvereine aufnehmen ließen, um den Verein zu vergrößern? — Zeuge: Davon weiß ich nichts. — Rechtsanw. Cohn: Kennen Sie die Ursache der Verletzungen des Arbeiters Herrmann, der an der Verletzung gestorben ist? — Zeuge: Nein, diese Ermittlungen sind nicht meine Sache. — Rechtsanw. Cohn: Der Mann kann doch nur durch einen ihrer Beamten verletzt sein. — Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. — Eine Frage des Verteidigers nach der Tätigkeit der Kriminalbeamten in Moabit beantwortet Polizeimajor Klein dahin: Die 180 Kriminalbeamten habe ich nicht verlangt. Sie wurden mir von dem Leiter der vierten Abteilung des Polizeipräsidiums geschickt. Da sie einmal da waren, wurden sie in den Revieren verteilt. Sie unterstanden nicht mir, sondern dem Kriminalkommissar Kühn, der auch für ihre Verteilung gesorgt hat. Welchen dienstlichen Auftrag die Kriminalbeamten hatten, weiß ich nicht.

Der zweite Zeuge, Polizeileutnant Foltz, ist von einem benachbarten Revier zur Unterstützung der Beamten herangezogen worden und hat namentlich das Kommando in der Sidingenstraße gehabt. Er schildert die Vorgänge vom 24. September an übereinstimmend mit den Angaben des Majors Klein.

Ueber die Episode am 26. in der Sidingenstraße, die mit dem von einem Arbeitervilligen abgegebenen Schuß anfangt, sagt der Zeuge: Die Menge drängte an mich heran und verlor sich, ich sollte den Mann feststellen, der geschossen hat. Ich fragte: Wer hat geschossen? Man sagte mir: Der auf dem Wagen. Da sagte ich: Wenn es einer von denen ist, dann ist er festgesetzt, beruhigen Sie sich nur und gehen Sie fort. Man antwortete mir mit Johlen. Ich gab Befehl, die Straße gewaltsam zu räumen. Die Menge stürzte sich auf den Hof der Löwenischen Fabrik. Ich rief den Portier an, den Torweg zu schließen. Er sagte — vielleicht stand er unter dem Druck der Arbeiter — dazu bedürfte er einer Anweisung der Direktion. Die Menge stand hinter dem Torweg und schrie mit zu: „Ginans, du Bluthund, du hast hier nichts zu suchen.“ Jetzt verlangte ich energisch vom dem Portier, daß er den Torweg schließe. Er tat es. Nun ging der Steinhagel über die Mauer los. Hinter der Mauer standen eine Menge Leute, auch Frauenzimmer. Es ist auch aus dem zweiten Stock der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und aus dem Handelslaboratorium von Löwe geworfen worden. Nach weiteren Schilderungen, die der Zeuge von den Vorgängen der folgenden Tage ebenso wie Polizeimajor Klein machte, fragt Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Was war es für ein Publikum, das sich an den Unruhen beteiligte? — Zeuge: Es waren Arbeiter. Soviel Janhagel gibt es in ganz Berlin nicht. Eine Frage des Ersten Staatsanwalts nach der Ursache der Wut auf die Schutzleute und Arbeitervilligen beantwortet der Zeuge so: Am 23. fand ein Artikel im „Vorwärts“, der dem Sinne nach sagte: Wenn auch die Firma Arbeitervilligen gefunden hat, so werden die Streikenden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auszuhalten und die Genossen aller Branchen werden gebeten, sie in diesem Streben zu unterstützen. Ich habe — sagt der Zeuge — vor zwei Jahren eine Erfahrung gemacht. Damals fanden aus Anlaß eines Streiks in der Fabrik von Hartung aus Ansammlungen und Ausschreitungen auf der Straße statt. Dann schrieb der „Vorwärts“: „Wir halten es für selbstverständlich, daß sich kein organisiert Genosse an den Ansammlungen beteiligt.“ Sofort nach dieser Veröffentlichung im „Vorwärts“ trat Ruhe ein. Derselbe Erfahrung habe ich auch jetzt in Moabit gemacht. Am 23. oder 29. September schrieb der „Vorwärts“: Wir bestreiten, daß sich organisierte Genossen an den Ausschreitungen beteiligt haben. Es ist deshalb überflüssig, eine Warnung an unsere Parteigenossen zu richten. — An demselben Tage wo das im „Vorwärts“ stand, waren die Unruhen zu Ende.

Der vom Zeugen zuerst angeführte Artikel, der zum Ausschalten im Streit auffordert, wird verlesen. Er steht im gewerkschaftlichen Teil und ist dem Transportarbeiterverband unterzeichnet.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann hält dem Zeugen vor, daß darin nur gefordert wird, die Streikenden sollten ausbleiben, auch wenn sie auf die schwarze Liste kommen, und weiter werden sie aufgefordert, die Arbeitswilligen fernzuhalten, selbstverständlich nur mit erlaubten Mitteln. — Wie kann dieser Artikel den Haß gegen die Polizei erklären? fragt der Verteidiger. — Zeuge: Den Unterschied zwischen legalen und unlegalen Mitteln kennen die Arbeiter nicht. — Der Zeuge sprach es nicht klar aus, aber es scheint seine Ansicht zu sein, daß die Aufforderung, die Streikenden in ihrem Bestreben zu schätzen, von den Arbeitern so aufgefaßt worden sei, als sollten sie auch mit Gewalt gegen die Arbeitswilligen und die sie beschützende Polizei vorgehen.

Auf eine Frage des Ersten Staatsanwalts folgt der Zeuge: Der Ruf „Bluthund“ sei gewissermaßen die Parole zum Vorgehen gegen die Beamten gewesen. Sobald dieser Ruf ertönte, hätten sich die Massen gesammelt. Das Wort „Bluthund“ deute auf sozialdemokratische Bezüge, denn es werde seit dem ersten sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen im Januar 1908 von den Massen gebraucht. — Rechtsanw. Rosenfeld: Der Zeuge sagt, er habe bei den Wahlrechtsdemonstrationen 1908 an der Volkshalle das Wort „Bluthund“ zum erstenmal von den Massen gehört. Damals befand sich in der Menge ein Mann, der die Leute anforderte, einen Postwagen ins Wasser zu werfen. Es ist festgestellt worden, daß dieser Mann ein Hochhülser war.

Rechtsanw. Dr. Cohn: Weist der Zeuge nicht, daß zwei preussische Regimenter, die Achter in Frankfurt und die Franzer wegen ihres Vorgehens in den Märztagen 1848 bis in die neueste Zeit hinein von den Berlinern als Bluthund bezeichnet wurden? — Vorsitzender: Nun gehen wir bei den Erörterungen über Moabit schon bis 1848 zurück. — Rechtsanw. Cohn: Wir werden vielleicht noch weiter zurückgehen und sprachwissenschaftliche Studien treiben müssen, um den Ursprung des Wortes „Bluthund“ aufzuklären, welches von der Staatsanwaltschaft als ein Ergebnis der sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen hingestellt wird.

Damit war die Vernehmung des zweiten Zeugen beendet, die Sitzung wurde auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

*) Ein M. Wenn die Staatsanwaltschaft den Ursprung des Wortes „Bluthund“ auf die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen zurückführt, so bringt sie die Wahlrechtsdemonstrationen in einen eigenartigen Zusammenhang mit der — Bibel. Die Lutherische Bibelübersetzung hat den Ausdruck Bluthund zuerst angewendet. So steht 2. Samuel 10, Vers 7: Simiel dem König David: „Heraus, heraus Du Bluthund, Du heilloser Mann“ und ruft im nächsten Vers ihm zu: „Nun hat der Herr das Reich gegeben in die Hand Deines Sohnes Absalon, und siehe, nun siehst Du in Deinem Unglück, denn Du bist ein Bluthund.“ In Jesai 64, Kap. 24, Vers 27 ferner läßt Luther sagen: „Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.“ Bluthund ist der Lutherische Ausdruck für das tödlich mit Blutmenschen zu überlebende Viehwort im 2. Buch Samuelis. Die Stelle aus Jesai 64, Kap. 24, Vers 27 ferner (nicht Lutherischer) Uebersetzung: „Nun vergiß, wer den Lohnarbeiter um den Lohn bringt.“ In den Berliner Volksschulen lernen die Kinder aus dieser Lutherischen Uebersetzung in der Religionsstunde. Der Staatsanwalt scheidet also mit Unrecht der Wahlrechtsdemonstration oder der Sozialdemokratie in die Schuhe, was Luther und der Religionsstunde zukommt.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 19. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Fidelio.
Neues Opernhaus. Opern-Theater.
Königl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Piccolomini.
Deutsches. Faust.
Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Die Komödie der Irrungen. Die Hexen wider Willen.
Zeffireo. Wenn der junge Wein blüht.
Neues Schauspielhaus. Wann kommt Du wieder?
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Wenn dem der läßt.
Kleines. Die verfluchten Frauenzimmer. Erster Klasse.
Berliner. Der neue Kompagnon.
Neues. Kean.
Trianon. Der heilige Hain.
Kamische Oper. Lucia.
Welfen. Noblesse oblige.
Zirkus. Kolnische Wirtshaus.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Die Welt, in der man sich langweilt.
Schiller Charlottenburg. Prinz Friedrich von Homburg.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Krieg im Frieden.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Die Hermannschlacht.
Welfen. Die schönste Frau.
Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.
Nachmittags 3 Uhr: Die goldene Märchenwelt.
Schauspielhaus. Der Feldherrnjugel.
Luisen. Durchgegangene Weiber.
Nachmittags 3 Uhr: Hänsel und Gretel.
Modernes. Der Doppelmensch.
Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Derbyhüter.
Wolfsoper. Rigoletto. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Noie. Sein Prinzgehen.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Gottes Caprice. Der Feldweibel.
Metropol. Lura — Wir leben noch!
Kasino. Der schneidige Rudolf.
Apollo. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Welschhausen. Stimmten Sönger.
Walhalla. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Zanzouel. Ach, die Kerls!
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Karl Oberland. Spezialitäten.
Urania. Tanzrevue 18/19.
Nachmittags 4 Uhr: In den Dolomiten.
Abends 8 Uhr: Der Wetmahlhüter See und der Gotthard.
Görsel 8 Uhr: Prof. Dr. Donath: Die elektrischen Kraftzentralen und das Leistungsnetz.
Kaiser-Panorama.
Real! Ein Besuch von Paris.
IV. Reize in Palästina, Jaffa, Nazareth, Jerusalem usw.
Eine Reize 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnent 12 Pf. laufende Abonnenten.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Sonnabend 8 Uhr: Das zweite Leben.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Der neue Kompagnon.
Wagner: Der schneidige Janker.
Neues Theater.
Schauspiel Ferdinand Bonn.
8 Uhr: Kean.
Sonnabend: Schauspiel des Kaisers.
Welfen v. Regiment. B. vom a. G.
Montag: Kean.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: Die schönste Frau.
Sonnabend 8 Uhr: Der fidele Bauer.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Der Feldherrnhügel.
Modernes Theater
(früher Hobeltheater).
Abends 8 Uhr: Doppelmeaseh.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Sonnabend, den 20. November, 8 Uhr: Die Kameliendame.
Schauspiel in 5 Akte v. A. Dumas Sohn.
Montag, den 21. November, 8 Uhr: Noblesse oblige.
Dienstag und folgende Tage: Der Unterdräcker.
Berliner Volksoper
Welfen-Wallacestr. 7/8.
1/2 Uhr: Rigoletto.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, 19. Nov., abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.
Nachm. 3 1/2 Uhr: Die Hermannschlacht.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Arzneybilds Rede. Abends 8 Uhr: Faust.
Montag: Die Hermannschlacht.
B. A. M. Bosphorus
am Moritzplatz.
Täglich: Varietè. Konzert.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.
Lustspiel in 3 Akte v. G. Waller.
Deutsch v. A. Zucht u. S. Wilmann.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Sodoms Ende.
Montag, abends 8 Uhr: Die Liebe wacht.
Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: In den Dolomiten.
Abends 8 Uhr: Der Vierwaldstätter See und der Gotthard.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath: Die elektrischen Kraftzentralen und das Leistungsnetz.
Kaiser-Panorama.
Real! Ein Besuch von Paris.
IV. Reize in Palästina, Jaffa, Nazareth, Jerusalem usw.
Eine Reize 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnent 12 Pf. laufende Abonnenten.
Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr: Durchgegangene Weiber.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Geschlossen.
Abends 8 Uhr: Dedaroh.
Montag: Am grünen Weg.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Wagner-Spiel in 5 Akten v. E. Lang.
Abends 8 Uhr: Sein Prinzgehen.
Lebensbild in 3 Akten von Schäffer-Versand.
Sonnabend: Die Räuber.
Montag: Das vierte Gebot.
Trianon-Theater.
„Der heilige Hain.“
Anfang 8 Uhr.
Kolonienmontag: Monsieur Alphonse.
Kino-Theater Brusck
nur
64 Badstr. 64

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Ende 6 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.
Schauspiel in 5 Akten v. G. v. Kleist. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Kabale und Liebe.
Montag, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.
Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Kadestaltungsdarb in 7 Bildern v. A. Freund, Rastl u. B. Delländer.
In Szene gesetzt von Dir. R. Schuch.
Sonnabend, 20. Nov., abends 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.
Herrnsfeld Theater
Der größte Schlagert
der Theater-Zalton 1910.
Eine verlorene Nacht
mit Anton und Donat Herrnsfeld.
Sänger: Der Derby-Sieger.
Sonnabend, 20. Nov. (Kolonienmontag): Neuerhain. Eine aus der Bar.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater.
Barland
Negeroperette
16 Solokräfte
Jean Moreau
Käm. Nadège
Glima-Kämpfe
der Isländer-Truppe
und das
große Programm.
Königstadt-Kasino.
Fogymarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Das erfolgreichste November-Programm mit
Franz Sobanski.
Reu! Molly Verch, Franz Rodoff, Father and Son, Little Pix usw.
Kleiner Orchest.
Ein alter Jüdischer.
Sonnabend m. Gef. l. 1 Uhr v. O. Richter.

Casino-Theater
Lottminger Straße 27. Täglich 8 Uhr.
Die Donnerstag, 24. Nov.:
Der schneidige Rudolf.
Ab Freitag, den 25. November:
Julie Wippchen.
Sonnabend 8 Uhr: Ackermann.
Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
John Davidson
das
kanadische Wunder
um 5.30 u. 9.30 abends.
Die Bahn ist geöffnet 11—12 Uhr.
3.30—12 Uhr. (Konzert 3.30—12)

Staat-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Sonnabend, den 20. November:
Die Hanbenlerche.
Schauspiel in 4 Akte v. E. v. Wildenbruch.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20. (Kolonienmontag).
Bravo! — Da capo!
Sonnabend, 20. Novbr. (Kolonienmontag).
abends 8 1/2 Uhr:
Preciosa.
Theater Sanssouci.
Hochbahnstation Köpenicker Tor.
8 1/2 Uhr:
Die
hervorragenden
Spezialitäten.
9 1/2 Uhr:
Ach die Kerls!!
Berliner Post, Rastl v. Gindshofer.
Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Sonnabend, den 20. November, nachm. 1
Keine Vorstellung.
Abends 8 Uhr:
Der Wissenschaftswurm.
Caucasuskomödie mit Gesang in 3 Akten
von L. Angenbräuer.
Die Theaterkasse ist von 10 Uhr
vormittags ab geöffnet.
Theater „Groß-Berlin“.
Sonnabend, den 20. Nov. (Kolonienmontag):
Wagner in Nieder-Schönhausen.
Tanzhölle Sanssouci: 1/2 Uhr:
Schlimme Saat.
Soziales Schauspiel in 4 Akten.
Ab 6 Uhr: Frelkonzert.
Dienstag Weihen: Maria
Stuart.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Castans Panoptikum Friedrichstraße 165
(Pechorpalast).
Größtes Schau-Etablissement Berlins.
Großes Künstler-Konzert
und Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.

THEATER-AUSSTELLUNG

AUSSTELLUNGSHALLEN AM ZOO

Sonntag Eintritt 50 Pfennig

Montag und Donnerstag

Elite-Tage

Führung mit Vorträgen durch die historische Abstellung
im Theatersaal Rezitationen erster Künstler, 3-5 Kinematograph
Eintritt Mk. 1,00 ohne Extra-Entree

Marionetten-Theater

Münchener Künstler

Nachm. und abends: Kleine Opern und Puppenspiele
Eintritt 1, 2, 3 und 4 Mark

Dienstag und Freitag

Schauspieler-Tage

Mittwoch und Sonnabend

Schüler-Nachmittage

Führung mit Vorträgen, Rezitationen,
Kinematograph, Marionettentheater usw.
Eintritt Mk. 1,00 ohne Extra-Entree

Eisbahn

20 000 qm groß, im kgl. alten Botanischen Garten, an der Potsdamer
und Grunewaldstraße, Eingang nur Ecke Grunewaldstraße.

Täglich: **Militär-Konzert.**

Vorverkauf von Saison-Blockbilletts, 50 Eintrittskarten ent-

haltend: Für Erwachsene M. 7,50

Kinder bis 14 Jahren " 5,- bis 1. Dez.

Dauerkarten: M. 9,- Tel. 66 19873.

Für Erwachsene 6,50

Kinder bis 14 Jahren

Vereine erhalten bei größerer Abnahme Ermäßigung.

Sportplatz Botanischer Garten. **Gustav Meyer.**

Mozartsaal - Lichtspiele.

Tolstoi

auf Sasnaja Poljana.

Authentische Aufnahme
aus dem Archiv der Lichtspiele.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstagswahlkreises

Sonnabend, den 19. November 1910

im Lokale der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10:

Liliencron-Abend

unter gütiger Mitwirkung
des Schauspielers Herrn Robert Koppel.

Tanz für Herren 50 Pf.

Einlaßkarte 50 Pf. — Anfang 8 Uhr.

Das Komitee.

Sonntag, den 27. November 1910,
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Volkstümlicher Kunstabend

veranstaltet von Margarete Walkotte.

Mitwirkende: Frau Ackermann-Manecke, Konzertsäng.,
Walter Riley, Violine, Ernst Himmel, Harmonium,
Margarete Walkotte.

Karten im Vorverkauf a 50 Pf. bei Herrn Paul
Horsch, Engelufer 15. Abendkasse 00 Pf.
Beginn 7 1/2 Uhr. 1879b



CLOU

Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91

Berliner Konzerthaus

Täglich 8 Uhr:

Gastspiel des Mailänder Scala-Orchesters
66 Künstler. Dirig.: Egipto Tango. 10 Sollen.
An allen Wochentagen nachm.: Großes Promenaden-Frei-Konzert.

Karl Haverland-

Dirig. Theater. Kommandanten-
stra. 7 1/2, U. Straße 77/79.

Ein wunderbares

November-Programm.

Candianys Sketsch

Italienische Nacht

Karl Groth m. neuen Schlegeln.

Folies Caprice.

Abends 8 Uhr:

Der Feldweibelhügel

Ein Akt in Schürchen

von Hengeller und Soda Soda.

Bunter Tell.

Hotel zur Jungfrau.

Leuchtpasse von Satyr.

Zirkus A. Schumann.

Sonnabend, den 19. November,
abends 7 1/2 Uhr:

Grand Soiree high Life.

Auftreten d. Dir. Alb. Schumann.

Mirza Golem

berühmte Truppe, 12 Personen.

Spanen zu Pferde, ger. von

Hil. Dora Schumann und Herrn

Karl Geh.

Die berühmte Neiterfam. Clarke

(sowie die übrigen Attraktionen.

9 1/2 Uhr:

Der große Coup

der

Schmuggler

Große romantische Vantomime

in 4 Akten.

Morgen, Sonntag 7 1/2 Uhr:

Große Gala-Vorstellung.

Passage-Panoptikum.

Prinz Atom,

der kleinste Mensch aller Zeiten

lebend!

Buddhas dunkles

Geheimnis.

Der Mann mit dem

eisernen Schlund!

Alles ohne Extra-Entree!

Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Zirkus Busch.

Sonnabend, 19. Nov., ab. 7 1/2 Uhr:

Gala-Sport-Abend.

Gastspiel d. Herrn Dir. Pierre

Althoff mit seinen ca. 90 dress.

Pferden.

Außerdem: Frau Adele Althoff

mit ihren wunderbaren Frei-

heitsdressuren.

Familie Klein,

die besten Radfahrkünstler.

Herr Alfr. Ott, Schulreiter.

Tollkühne Produktionen am

70 Fuß hohen freistehenden

Maß der Adones Brothers.

Um 9 1/2 Uhr zum 70. Male:

„VENEZIA“

ab 8 Uhr: ab 8 Uhr:

10 neue Attraktionen 10

Der berühmte Kunstschütze der Welt

Colonel Gaston Bordeverry,

Quadrif Walter Steiner.

10 Uhr:

Mizzi Wirth

in ihrer Oper-Reinheit: Frauenrätsel.

Ein großer Erfolg!

Brémonval

Etoile Parisienne

Lafory Herlein

v. d. gr. Op. Paris. amerik. Säng.

„General“ Edward La Vine

der tapfere Haudogen

sowie die

11 November-Attraktionen 11

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Gum Schluß:

Im Mauseloch.

Mitt. Humor. v. Weffel.

Kaffee

montags

8 Uhr

Sonntags

7 Uhr.

Sport=Palast

Potsdamer Straße 72-72a

Grösster Eis-Palast der Welt

Beleuchtung durch 500 000 Normalkerzen

Feerie „Am Nordpol“

200 Eislauf-Künstler

Restaurant für 6000 Personen x Drei Militär- und Zivil-Kapellen

Entree: Bis 7 Uhr 75 Pf., nach 7 Uhr 1 Mark.

A. Jandorf & Co.

Belle-Allianzstrasse

Grosse-Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Soweit Vorrat

Lebensmittel

Zucker ^{II gemahlen} 5 Pfund 98 Pf. | Kakao Pfund 68 Pf.
 Kaffee ^{Mischung II} Pfund 1.00 ^{Mischung III} Pfund 1.15 ^{Mischung IV} Pfund 1.35

Gervelatwurst Pfund 1.25
 Salamiwurst Pfund 1.25
 Thüringer Knoblauchwurst Pfund 1.25
 Teewurst Pfund 1.25
 ff. Leberwurst Pfund 1.05
 Landleberwurst Pfund 95 Pf.
 Rotwurst I Pfund 75 Pf.
 Rotwurst II Pfund 48 Pf.
 Zwiebelleberwurst Pfund 48 Pf.
 Schinkenspeck Pfund 1.10
 Nusschinken Pfund 1.25
 Fetten Speck Pfund 78 Pf.
 Gänsebrust Pfund 1.45
 Brat-Heringe 4 Liter-Dose 98 Pf.
 Brat- oder Bismarckheringe Dose 48 Pf.
 Delikatess-Heringe ^{in verschieden. Saucen...Dose} 55 Pf.
 Sardinen oder Anchovis Glas 24 Pf.

Schweizer Käse Pfund 78 Pf.
 Edamer Käse Pfund 78 Pf.
 Tilsiter Käse vollfett Pfund 68 Pf.

Brie-Käse Pfund 45 Pf.
 Camembert Stück 19 Pf.
 Neuchateller Stück 19 Pf.

Erbsen (Victoria) Pfund 17 Pf.
 Erbsen (kleine) Pfund 15 Pf.
 Erbsen (geschält) Pfund 23 Pf.
 Linsen Pfund 11, 14, 17 Pf.
 Bohnen Pfund 17, 22 Pf.
 Reis Pfund 16, 19, 23 Pf.
 Brech- o. Schnittbohnen ^{1/2 Dose} 28 Pf.
 Kohlrabi ^{1/2 Dose} 28 Pf.
 Gemischtes Gemüse ^{1/2 Dose} 45 Pf.
 Suppenschoten ^{1/2 Dose} 38 Pf.
 Stangenspargel ^{1/2 Dose} 1.10 Pf.
 Bruchspargel ohne Kopf ^{1/2 Dose} 65 Pf.
 Bruchspargel mit Kopf ^{1/2 Dose} 95 Pf.

Gänse Pfund 60, 63, 68 Pf.
 Hasen (gestreift) Stck. 1.85, 2.75, 3.30
 Kasseler Rippespeer .. Pfund 78 Pf.

Kochäpfel 5 Pfund 35 Pf.
 Essäpfel Pfund 10 Pf.
 Äpfel (Amerikaner) Pfund 19 Pf.
 Almeria-Weintrauben Pfund 30 Pf.
 Traubenrosinen Pfund 68 Pf.

Schalmandeln Pfund 85 Pf.
 Zitronen Dutzend 15 Pf.
 Apfelsinen Dutzend 75 Pf.
 Bouillon Würfel (Krone) 6 St. 25 Pf.
 Bouillon Würfel (Hanamarke) 4 St. 10 Pf.

Essbutter Pfund 1.10
 Tafelbutter Pfund 1.20

10.000
 Schürzen

Schürzen-Tage ganz besonders preiswert
 6000 Kinderschürzen ^{weiss Batist od. farbig gemusterte Stoffe, verschiedenste Ausführungen, ca. 45-70 cm lang, durchweg jedes Stück} 95 Pf.
 2500 Tändelschürzen ^{mit oder ohne Träger, weiss oder modern gemusterte Stoffe, durchweg jedes Stück} 95, 1.25
 1500 Wirtschaftsschürzen ^{Mieder-, Halbreform od. Empire-Fasson, solide Stoffe, in viel. Must., durchweg jed. Stück} 1.25

Dandy La Fleur
 Deutschlands führende Marken
 überall erhältlich
 MANOLI Cigaretten - Fabrik
 Gibson Girl Abbas

ULSTER Die Mode dieses Winters
 Neueste Formen nach eigenen Modellen hergestellt aus modernsten englischen und deutschen Stoffen
 Dunkel meliert, Cheviot, Fischgrät-Muster 20 M.
 Dunkelgrauer und bräunlicher Cheviot, gestreift und kariert 26 M.
 Grauer, brauner, grünlich. Cheviot mit angewebtem Futter 34 M.
 Hell- u dunkelgrauer Cheviot mit farbigen Effekten in vielen Mustern 40 M.
 Mittelgrauer Cheviot mit angewebtem Futter, Diagonal- u Fischgrät-Muster .. 45 M.
 Moderne Cheviots. Neueste Musterung Ersatz für Mass .. 50 M.
 Elegante Passform Beste Verarbeitung
 Leske & Lehrer
 78 Kottbuser Damm 78
 Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Mass.
 Lieferanten der Berliner Konsum-Genossenschaft



Kaufet nichts anderes gegen Husten
 Kaiser's Brust-Caramellen mit den „Drei Tannen“
 5900 not. begl. Reigen u. Herzen u. Bräuten überhagen den sicheren Erfolg. Paket 30 Pfennig. Zu haben in Apotheken, Drogerien, Kolonialwarenhandlg. Vertreter für Berlin: H. Thiele, Bärgstr. 8.
 Pelz-Stola-Verkauf zu hervorragend billigen Preisen!
 Eigene Kürschnerei.
 en gros Riesenhafte Auswahl detail
 über 1000 Stolas von 3 Mark an
 Colliers von 1,50 M. an
 Echte Skunks-Stolas von 35 M. an
 Eile zu Weile
 Dresdener Str. 119, Eckhaus Oranien-Platz.
 Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.



Soziales.

Durchbrechung der Sonntagsruhe durch den Gewerbeinspektor.

In der Metallwarenfabrik von Goldheim u. Feder in der Mitterstr. 71 befinden sich die Arbeiter seit etwa fünf Wochen im Streik. Die paar Arbeitswilligen, die sich angefinden haben, reichen wohl zur Herstellung bestellter Waren nicht aus. Daraufhin ist von der Gewerbeinspektion (beziehnlich der untern Verwaltungsbehörde) der Firma die Erlaubnis erteilt, am Sonntag 18 Arbeiter arbeiten zu lassen. Soviel wir feststellen konnten, arbeiteten tatsächlich 18 Arbeiter am Sonntag dort. Eine solche Erlaubnis widerspricht dem Gesetz. Ein dringendes Bedürfnis für Streikarbeit erkennt das Gesetz nicht an. Ueberdies zieht solche Genehmigung den Gewerbeinspektor, der außerhalb der Lohnstreitigkeiten stehen soll, in den Streit der Parteien. Eine wunderliche Frömmigkeit ist es, Flugblattverteiler wegen vermeintlicher Sonntagsentheiligung zu verfolgen und die Durchbrechung der Sonntagsruhe in einer Metallwarenfabrik zu gestatten, in der Arbeitswillige beschäftigt werden. Soll der Streikbruch hinreichende Entschädigung für Kirchenbesuch und Sonntagsruhe sein?

Die Gültigkeit der Grundsteuerordnung der Stadt Frankfurt a. M. unterlag am Dienstag der Nachprüfung des Oberverwaltungsgerichts in der letzten Sitzung des 8. Senats. Wegen seiner 18 bebauten Grundstücke in Frankfurt a. M. war der Architekt Junior auf Grund der Haus- und Landsteuerordnung vom 10. Februar 1904 für das Jahr 1908 zu Haussteuer mit 18 768 M. herangezogen worden. Er erhob Einspruch und wollte freigestellt sein. Während des Verfahrens trat an Stelle der vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärten Steuerordnung von 1904 eine neue Steuerordnung vom 23. Oktober 1908. Der Magistrat hob nun die erste Heranziehung auf und ersetzte sie durch eine neue Heranziehung in der gleichen Höhe für dasselbe Jahr (1908), wovon er am 18. Januar 1909 benachrichtigt wurde. In gleicher Weise wurde hinsichtlich der sogenannten Landsteuer (der Steuer für unbebaute Grundstücke)

verfahren, zu der er in Höhe von etwa 1200 Mark herangezogen worden war. Auch diese Heranziehung hatte er angefochten. Jetzt sucht Junior auch die neue Heranziehung sowohl zur Haussteuer als auch zur Landsteuer an. Er machte geltend, daß die neue Steuerordnung vom 23. Oktober 1908 ebenfalls ungültig sei. Der Bezirksauschuss wies seine Klage aber ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dies Urteil mit folgender Begründung: Die Heranziehung zur Haussteuer und zur Landsteuer sei mit Recht erfolgt. Die Steuerordnung sei gültig. Der Wortlaut des Absatz 3 des § 7 der Steuerordnung in der neuen Fassung vom Oktober 1908 stehe nicht mehr im Widerspruch mit dem Kommunalabgabengesetz. Den Bauherren mit Wohnungen und sonstigen Bauherren, die jenen in der Besteuerung gleichgestellt würden, stelle die Steuerordnung in ihrer neuen Fassung gegenüber Bauherren, die ausschließlich für gewerbliche Zwecke bebaut werden. Hier seien in gesetzlich zulässiger Weise verschiedene Grundstücksarten bei der Heranziehung verschieden behandelt worden. In Betracht komme die Novelle zum Kommunalabgabengesetz vom 24. Juli 1906. Dieses Dekretationsgesetz wolle bei der Erhebung von selbständigen Steuern vom Grundbesitz die Möglichkeit schaffen, diese Steuer je nach der verschiedenen Beschaffenheit der Grundstücke oder des Grundstücks verschieden zu gestalten und gewerbliche Grundstücke, wie bei der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, zu einem geringeren Steuerfuß heranzuziehen, als Grundstücke im allgemeinen. Auch der § 13 der Steuerordnung, der von der Landsteuer handle, sei rechtmäßig. Die vom Kläger hiergegen geltend gemachten Einwände seien ebenfalls verfehlt. Zulässig sei auch die Veranlagung zur Steuer für das ganze Jahr. Sei es aber eine Jahressteuer, so könne sie auch im Laufe des Steuerjahres gefordert werden, wenn die Steuerordnung im Laufe des Jahres zustande komme. In Betracht habe noch Anlaß gegeben, ob für 1908 eine nochmalige Veranlagung erfolgen konnte, nachdem die erste Veranlagung für das Jahr durch den Magistrat rückgängig gemacht worden war. Das sei aber an sich zulässig, wenn ein neues Steuerrecht im Laufe desselben Jahres geschaffen werde. Die Steuer sei dann aber in keinem höheren Betrage zu fordern, wie unter der früheren Steuerordnung. Das sei auch nicht geschehen. Somit sei die gültige Steuerordnung auch richtig angewendet worden.

Witterungsbericht vom 18. November 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wetter. Rows include stations like Bremen, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, and weather conditions like 1 heiter, 2 Nebel, 3 wolbig, 4 bewölkt, 5 bedeckt.

Wetterprognose für Sonnabend, den 19. November 1910. Nacht, zunächst vorwiegend trübe mit Schneefällen und mäßigen westlichen Winden; später wieder zeitweise aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 17.11., seit 16.11., am 17.11., seit 16.11. Lists various locations like Remel, Egel, Weichsel, etc. with water level changes.

Die Oder erreichte bei Ratibor am 16. um 5 Uhr nachmittags den höchsten Wasserstand mit 862 cm, ist aber nach telegraphischer Meldung bis heute morgen auf 852 cm gefallen und fällt weiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin. Achtung! Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagvormittag von 3-8 Uhr abends in der Arbeitslosenanstalt im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge zum Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Tisch-Branchen-Versammlung für Berlin und Vororte. Sonntag, den 20. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

1. Bericht der Branchenkommission. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Versammlung der Jugendlichen u. Lehrlinge am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.

1. Vortrag des Kollegen Tarnow über „Aus der Geschichte des Deutschen Holzarbeiterverbandes“. 2. Diskussion.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Allgemeine Mitglieder-Versammlung Sonnabend, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Frau Rosenthaler Str. 57, bei Frau.

1. Wahl von 22 Delegierten pro 1911. 2. Verschiedenes. In dieser Versammlung sind die wahlberechtigten Mitglieder und deren Angehörige hierdurch eingeladen.

Ordnentliche General-Versammlung der Delegierten.

1. Wahl eines Arbeitgebers zum Vorstand. 2. Wahl zweier Arbeitnehmer zum Vorstand. 3. Wahl von drei Revisoren für das Rechnungsjahr 1910. 4. Festlegung des Gehalts des Kassierers. 5. Verschiedenes.

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.

In unserer Bekanntmachung betr. Wahlversammlung in Nr. 253 des „Vorwärts“ muß es heißen: Die Wahl der Arbeitgeber beginnt um 8 1/2 Uhr und endet pünktlich um 9 Uhr. Zu wählen sind 95 Vertreter (nicht 93 Vertreter).

Orts-Krankenkasse der Lackierer.

Sonntag, den 27. November etc., vormittags 10 Uhr: General-Versammlung im Restaurant Schuhmacher, Staliner Straße 128.

1. Wahl des Vorstandes (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1910 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 3. Verschiedene Anträge und Beschlüsse.

Der Vorstand, Robert Zindler, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der Buchbinder.

am Dienstag, den 29. November 1910, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.

1. Protokollprüfung. 2. Wahl von zwei Bureauangehörigen. 3. Ergänzungswahlen des Vorstandes (3 Arbeitgeber, 3 Arbeitnehmer). 4. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1910. 5. Verschiedenes.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Freiheit. Sitz Berlin. - Geschäftsstelle: Köpcke Straße 47.

Achtung! Arbeiter-Achtung! Radfahrer u. Radfahrerinnen

Sonntag, den 20. November 1910, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4: Öffentl. Radfahrer-Versammlung.

1. Die Demokratie im Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Referent: Kreisleiter Genosse Franz Preuß-Rigdorf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Alle Arbeiter-Radfahrer Berlins und Umgegend, und ganz besonders die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität, sind zu dieser Versammlung hiermit freundlichst eingeladen.

Linben Pflanzener! Eine wirkungsvolle Agitationschrift. Preis 5 Pfg. - Bei Parteibezug erheblicher Rabatt.

Verlag W. Pflanzner & Co., Magdeburg, Große Mühlstr. 3.

Wenn der Siegelauf der Sozialdemokratie beachtet werden soll, wenn die nächsten Reichstagswahlen eine vernünftige Niederlage der Junker und anderer Reaktionskräfte bringen soll, muß das große Heer der Arbeiter und der Landarbeiterinnen und auch die Masse der Frauen in den Städten für die Arbeiterbewegung gewonnen werden.

Hut-Salinger Engros-Haus für Neuheiten in Filz- u. Seidenhüten. Einzelverkauf zu sehr billigen u. festen Preisen.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir laden hiermit die Delegierten der Kasse zu einer ordentlichen General-Versammlung

am Montag, den 28. November, abends 9 Uhr, nach dem Volkshaus in Charlottenburg, Rosinenstraße 8, ein mit der Tages-Ordnung:

1. Wahl einer Prüfungskommission für die Jahresrechnung pro 1910. 2. Beschlußfassung über einen neuen Verträgevertrag. 3. Bericht des Vorstandes über den Stand des Bauprojekts.

Vor Beginn der Generalversammlung und zwar von 8 bis 9 Uhr abends finden ebenfalls getrennte Wahlversammlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Delegierten zur Vornahme der Revisionen von zwei Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmer-Vorstandsmitgliedern an Stelle der turnusmäßig aus dem Vorstande abgehenden Herren statt.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Hgs. = Wusterhausen und Umgegend.

Am Sonntag, den 27. November, nachmittags 4 Uhr, findet im Pfälzischen Hotel am Bahnhof die statutenmäßige General-Versammlung statt.

1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 2. Wahl von einem Vorstandsmitglied der Arbeitgeber und zwei der Arbeitnehmer.

Hierzu werden die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergebens eingeladen. Hgs.-Wusterhausen, 17. Nov. 1910. Der Vorstand, G. Schmidt, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.

Am Sonnabend, d. 26. November etc., abends 8 Uhr, findet im Restaurant des Herrn Schulz, Mühlstr. 17, Ring Königsgraben, die General-Versammlung sämtlicher Arbeitervertreter statt.

1. Vorstandsmissionen. 2. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1910. 3. Wahl des Revidenten. 4. Verschiedenes.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.



Sehr starkes Leder in grauer u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besonders Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark. Ganzschwers Leder-Pilot-Taschen.

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN Spezial-Haus größten Maßstabes

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Am Sonntag, den 27. November etc., vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I, die Ordentliche Generalversammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Revisorinnen unserer Kasse statt.

Einzelverkauf Stolas und Muffen von emdachten bis elegantesten von 4 M. an bis 500 M.

Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Zeitzahlung ohne Anzahlung.

Todesanzeige.
 Durch allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter, unvergeßlicher Mann, der **Schloffer**
Robert Palm
 am 16. d. Mts. im 40. Lebensjahr nach langem, qualvollem Leiden mit durch den Tod erlitten wurde. 1887b
 Um stille Teilnahme bittend, zeigt dies an
 Martha Palm geb. Handke, Müllerstr. 118.
 Die Beerdigung und Feier findet am Montag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Philippus-Apostel-Friedhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer **Karl Fischer**
 am 15. November im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 19. d. Mts., nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des Niddorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 52/7
 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer **Robert Palm**
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Montag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Friedhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.
 Ferner starb am 17. d. Mts. unser Mitglied, der Klempner **Emanuel Tellenborn**
 an Herzleiden.
 Die Beerdigung findet am Montag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Nieder-Schöneweide, Haselweberstraße 12, aus auf dem Gemeinde-Friedhof in Ober-Schöneweide statt.
Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 125/13 Die Ortsverwaltung.

Am 16. November, abends 10 Uhr, entließ sich nach langem, schwerem Krankenlager mein lieber guter Mann, unser guter Vater und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der **Bauer**
Ludwig Simanowski
 im 60. Lebensjahre.
 Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen
 Witwe Emma Simanowski
 nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. November, nachmittags 12 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes u. treuherzigen Vaters sage allen Bekannten, insbesondere dem Zentralverband der Schmieße sowie dem 1. Berliner Reichstagswahlkreis meinen herzlichsten Dank.
 18262 Frau Wiede u. Kinder.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Verwandten, Bekannten, dem Bahndverein und dem Sparverein „Weibtreu“ meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Luise Wachsmuth.
 1888b

Dankfagung.
 Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Henry Kroneberg
 sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Verbands der Sattler und Portseiler, den Kollegen der Anstaltler, den Teppichmännern, den Genossen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises (Hörl. Viertel), insbesondere den Genossen der 5. Abteilung des 219. Bezirks meinen herzlichsten Dank.
 Witwe Marie Kroneberg geb. Schramm.

Dankfagung.
 Für die übergroße Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Oskar Bauernfeind
 sage ich im Namen aller Familienmitglieder besonders Herrn Balder Ransse für die tröstlichen Worte, sowie auch dem Gesangsverein „Frohinn“, Ufershof, meinen herzlichsten Dank.
 Witwe Lisbeth Bauernfeind geb. Rüntzel.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Am 16. d. Mts. verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Buchbinder
Wilhelm Degen.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 19. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Niddorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 25/11 Die Ortsverwaltung

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
 und verwandter Berufsgenossen.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Den Mitgliefern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 16. November, der Flaschenarbeiter **Eduard Schikor**
 (Soruffa-Brauerei) nach schwerer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung erfolgt heute, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Auferstehungs-Gemeinde in Pflanzensee, Nützenberger Straße 110-113.
 Rege Beteiligung erwartet
 43/17 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
 Filiale Berlin II.
 Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Eduard Schikor**
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Auferstehungs-Kirchhof in Weihenker Hall.
 257/155 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Krankenkasse der Tapezierer.
 Filiale I Berlin.
 Nachruf.
 Am 5. November starb in Sing (Ostpreußen) nach langem Leiden unser Mitglied 1897b
Josef Poisl.
Ehre seinem Andenken!
 Am 9. November schied freiwillig aus dem Leben wegen unheilbaren Leidens unser Mitglied **Karl Affolter.**
Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Für nur 1 Mk.
 wöchentliche Teilzahlung
Herren-Damen- u. Kinder-Garderoben
 nur Neuheiten in Riesenauswahl
Teppiche, Portieren Wäsche
 für Herren und Damen
 Manufaktur-, Leinen- und Baumwollwaren.
Betten
 nur federdichte Inletts und staubfreie Füllung
Gaskronen etc.
 In getrennten Räumen:
MÖBEL
 Stube und Küche
 Anzahlg. 15 Mark von an
Einzelne Möbelstücke
 Anzahlg. 3 Mk. wöchentl. von an 1 Mk.
M. Beiser
 Lothringer Strasse 67
 I. u. II. Etage
 zwisch. Schönhauser u. Rosenthaler Tor, Ecke Gormannstr.
 Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

1 Mark
 wöchentlich Teilzahlung
 elegante, fertige
Herren-Garderoben
 Ersatz für Mass
 Garantie für tadellos. Sitz
 Anfertigung nach Mass
Julius Fabian
 Schneidemeister.
 L.Gesch. Gr. Frankfurter Str. 37
 II. Gesch. Turm-Strasse 48
 kein Laden.



Partei-genosse mit besten Empfehlung sucht in lebhafter Gegend Lokal mit Saal zu mieten oder zu kaufen, um beides Partei u. Gewerkschaften unumschränkt zur Verfügung zu stellen. Am liebsten eventuell in Ortschaft, wo unsere Organisationen unter Lokalangel leben. 218/5*
 Angebote und Anregungen aus interessierenden Kreisen unter R. G. 895 an Haasenstein & Vogler A.-G., Köln.

Für ein Beihpfennigstück
 erhält man ein Paket
Kathreiners Malzkaffee.
 Das sollte jede Hausfrau bedenken, die gern einmal einen Versuch mit Kathreiners Malzkaffee machen möchte. Diese kleine Ausgabe macht sich hundertfach belohnt, weil Kathreiners Malzkaffee das gefundeste und wohlgeschmeckteste Hausgetränk ist, das es gibt. Dabei ist Kathreiners Malzkaffee außerordentlich billig und das ist bei den jetzt so teuren Zeiten sehr wichtig. — Das praktische Beihpfennig-Paket von Kathreiners Malzkaffee ist in jedem Kolonialwarengeschäft zu haben. Sie können 10 Pfennig nicht nutzbringender anlegen, als wenn Sie gleich ein Paket holen.
Der Gehalt macht's!



Die dunkelste Ecke
 wird taghell,
 wenn Sie auf Ihrer Lampe
Urania-Salonoel
 brennen.
 Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte
Urania-Salonoel
 (der Name ist gesetzlich geschützt)
 zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.
 Nur der volle Name
Urania-Salonoel
 bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische
Sicherheits-Petroleum
 zu erhalten. 215/5*
Urania-Salonoel
 bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichisch. (galizischem) Petroleum.
 Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.
Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.



JMMALIN
 Anerkannt bestes Lederputzmittel
 mit dem Auftrager
 Höchst prämiert
Schuhputz-Metallputz
 Vor dem Gebrauch
Jmmalin
 Metallputz
 bestes Putz- u. Polier-Mittel für alle Metalle
 W. Z. 109984
 Vertreter: Ferdinand Lüttgen, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.



Zum Tolensonntag
 empfehle allen Vorwärtslesern mein
Weiß- u. Bayerischer Lokal.
August Fehlbeg,
 Mariendorf,
 gegenüber dem Kreuzfischhof.

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?
 So kaufen Sie
 la. Briketts nach Gewicht!
A. B. KOCH
 Kohlen- und Briketts-Großhandlung
 gegründet 1893.
 Hauptkontor:
 Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
 Telefon Amt 7, 3040 u. 3099.
 Lagerplätze:
 I. Rüdorsdorfer Str. 71 — Ostbahn, Küstriner Platz.
 II. Fruchtstr. 13 — Ostbahn, Güterbahnhof.
 III. Behmstr. 28-34 — Ecke Schivelbeiner Straße.

Preise für 100 Markon ab meinen Lagerplätzen von 10 Ztr. an:
 la. Halsteine Hansa p. Ztr. 80 Pl.
 la. Marienglock Salon p. Ztr. 82 Pl.
 la. Gotthold Salon . . . p. Ztr. 82 Pl.
 la. Diamant Salon . . . p. Ztr. 1.— M.
 (ges. geschüttet p. Ztr. 115-120 St.)
 la. Ilse Salon p. Ztr. 1.— M.
 la. Anthracit Cailé . p. Ztr. 2,90 M.

Transport bis in den Keller oder 4. Etage, je nach Quantum, 10-18 Pfennige mehr.
Bruchbriketts guter Qualität und Steinkohlen billigst. — Koks zu Anstaltspreisen. Holz, nach Wunsch zerkleinert, per Ztr. 2,00 M.
 Bei größeren Abschüssen und Original-Waggons sämtlicher Brennmaterialien verlangen Sie meine Spezial-Offerte.
 Versand nach allen Bahnhöfen

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung
 elegante
Herren-Moden
 fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
 Frankfurter Allee 75, I
 Eingang Tilsiter Strasse.



Arbeiter-
 Berufs- 127/2*
Kleidung
 jeder Art
Militär-
Stiefel
Schnürschuhe
 Nur jahrelang erprobte Qualitäten kaufen Sie am besten u. billigsten im Spezialgeschäft von
Wilhelm Scholem
 Kottbuserdamm Nr. 94.

Abrechnungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk!

Bäckerei, Konditor

Feronia

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Bäckerei „Nordstern“

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's-Großbäckerei

Schüt, G.

Ulbrich

Heinrich Witter

Badeanstalten

Berliner Bock-Brauerei

Patzenhofer Brauerei

Ulbrich

Heinrich Witter

Ercheint 2 mal wöchentlich

Wisteisky'sche

Passage-Bad

Römer-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummw.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Becker, Reinh.

Bunzel, R.

Büttner, A.

Kronen-Grossmann

Preibisch & Schneider

Schrammar, H.

Berufsbekleidung

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeling & A. Hoffmann

Patzenhofer Flaschenbier

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Ulbrich

Heinrich Witter

Badeanstalten

Berliner Bock-Brauerei

Patzenhofer Brauerei

Ulbrich

Heinrich Witter

Bezugsquellen-Verzeichnis

C. Habels Brauerei

Kaiser-Brauerei A.G.

Goldbier

Phönix-Brauerei

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus Berlin

Norddeutsches Brauhaus A.G.

Wende, A.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Becker, Reinh.

Bunzel, R.

Büttner, A.

Kronen-Grossmann

Preibisch & Schneider

Schrammar, H.

Berufsbekleidung

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeling & A. Hoffmann

Patzenhofer Flaschenbier

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Ulbrich

Heinrich Witter

Badeanstalten

Berliner Bock-Brauerei

Patzenhofer Brauerei

Ulbrich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Cigarrenhandlungen

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Damenkonfektion

Hugo Kronfeld

Max Arnsdorff

Carl Brunitzer

Dombrowsky

Hirschowitz

Holz & Ascher

König

Prager, Ludw.

Wagner, P.

Westmann

Wolff

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie

Adler-Drogerie

Angermann

Becker, C.

J. Beetz, Petersburger Straße 72

O. Beng.

Hch. Bocatius

Sömmer, Fr.

Donna, W.

Edert, Max

Edison-Drogerie

Fortuna-Drogerie

Föhse, O.

Friedrich, Paul

Gottschalk, Otto

Alfr. Götz

Greiner, H.

Guäther, J.

Hausch, Rob.

Klähn, H.

Knebeck-Drog.

Krone-Drogerie

Lemcke

Leuch, Ph.

Michaels, Sch.

Piper, R.

Ramann, O.

Ratze, H.

Recollin, P.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Röhm, P.

J.C. Schütz Nachf.

Helm, Schupke

Georg Stasinowski

Rob. Stindt Nachf.

E. Teesch, R.

Paul Tieg, Chaussee 42

Weich, Charitg.

Fahrräd., Nähmasch.

M. Abels, Brunnenstr. 70

Carl Alm, Eichenstr. 1

Brennabor

Boiling, E.

Alex. Bam

Fahrrad-Leihhaus Lohmann

Fahrradhaus Sport

Bissack, G.

Fiedler, G.

Heinrich Habes

G. Haller, Charl.

Klinik d. Westens

Krüger, Rich.

Leopold & Schutz

Ernst Machnow

Größtes Fahrradhaus

W. Malloshy, Schles.-Str. 45

Carl Müller

G. Pluge, Birkenstr. 77

Röper, Carl

Röpke, G.

Rummel, H.

Rund um Berlin

Welmeierstr. 5

Dähnert, O.

Ferdinand Gotskowski

Ramnick, E.

Küchen-Schreiber

B.Laukisch, Wilmersd.

Lindner, Nachf.

Measow, M.

M. Müller, Dresdenstr. 41

Palme, H.

Rockstroh, Karl

Sandow, Rud.

R. Wangerin

Herren-Artikel

Bezugsquellen-Verzeichnis

Fr. Thiel

Wilh. Vogel

Wo

Floeder & Kroll

Grammoph., Sprechm.

Hoyer, A.

Look's Rollschuh

Phonographen-Ratz

Ernst Machnow

Schallplatten

Wandell, Teilzahl-gestattet

Haus- u. Küchengeräte

Beuster, Rixd.

Dähnert, O.

Ferdinand Gotskowski

Ramnick, E.

Küchen-Schreiber

B.Laukisch, Wilmersd.

Lindner, Nachf.

Measow, M.

M. Müller, Dresdenstr. 41

Palme, H.

Rockstroh, Karl

Sandow, Rud.

R. Wangerin

Herren-Artikel

Antoni, Schönhauser Allee 116

Berth. Axt, Fennstr. 60

Felix Brühw, Köpenick

Die berühmte Feilenwasche, Beist. 44

Magazin England

Martin Gräsel, Alt-Moabit 115

Körning, Otto

Krause, Wilh., Rixd., Herm.-Str. 148

R. Lehmann, Hl. Wälder, Köpenick

Meusel, P., Köpenick, Schloßstr.

Sprenge, A.

Steinhard, O.

Emil Zallo, Gr. Frankf.-Str. 80

Herren- u. Knabengard.

Amerikan. Verkaufshallen

R. Bänsch, Bellealliancestr. 4

J. Baer

Behrens, Rl. Kals.-Friedr.-Str. 226

Besser, Friedrichstr. 100

Bessner, Julius, Rixd., Bergstr. 19

Bezugsquellen-Verzeichnis

Cohn, Simon, Goltstr. 28

Hansen, Rixd., Berliner Str. 11

Huf-Centrale

Kehr-Hüte

LOBER-NUTE

Mandel's Hutfabrik

Peters, A.

Rieck, Em.

Vester, E.

Zur Flora

Kaffee-Spezialgesch.

A. Kobbelt

Oskar Krösche

M. Bathke

Kartoffeln, Gemüse

R. Greulich, Groß-Handlung

Adolf Wirsich, Ober-Schöneweide

Holz & Ascher

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55

Adolf Wirsich, Ober-Schöneweide

Holz & Ascher

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55

Adolf Wirsich, Ober-Schöneweide

Holz & Ascher

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55

Adolf Wirsich, Ober-Schöneweide

Holz & Ascher

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55

Adolf Wirsich, Ober-Schöneweide

Holz & Ascher

Kaufhäuser

Partei-Angelegenheiten.

Waldsiedlung (Dsbahn). Die Parteigenossen und Genossinnen werden auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Linte, Grünowstraße, stattfindende Frauenversammlung aufmerksam gemacht.

Neuenhagen, Bruchmühle, Eggersdorf, Frederdsdorf, Petershagen. Am Sonntag findet im ganzen Bezirk eine Flugblattverteilung statt. Das Material ist bei den Bezirksführern heute abend in Empfang zu nehmen.

Weißensee. Am Sonntag, den 20. d. M., morgens von 8 Uhr ab, findet von den bekannten Stellen die Flugblattverteilung für die am Montag nach dem Vereinsausflug einberufene Frauenversammlung statt.

Schöneberg (Bezirk Pantow). Am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale des Genossen Karl Szyberli in 811 eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Kaiserreden und Vorkantat. Referent: Redakteur Hans Weber. Genossen! Agitiert für guten Besuch zu dieser Versammlung.

Dranienburg. Am Sonntag, den 20. d. M. (Totensonntag) findet die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Was auf den Berliner Rennplätzen verwettet wird, beweist ein Bericht über den Umsatz am Totalisator, jener vom Staate offiziell genehmigten Wettmaschine. In diesem Bericht heißt es u. a.:

Der anhaltende Aufschwung im deutschen Rennbetrieb tritt auch in den Werten am Totalisator deutlich zutage. Während im Vorjahre rund 21 172 000 M. auf den sechs Berliner Rennbahnen an der Wettmaschine umgesetzt wurden, hat die Summe in der letzten beendeten Saison 1910 eine Steigerung auf 28 405 000 M. erfahren. So anscheinlich diese Summe, die in insgesamt 123 Renntagen erreicht wurde, an und für sich erscheint, so bescheiden nimmt sie sich französischen Verhältnissen gegenüber aus. Auf einer einzigen Pariser Rennbahn, und zwar Maisons-Laffitte, wurden in dieser Saison bei 36 Renntagen mit nur sechs Konkurrenzrennen pro Tag nicht weniger als 38 196 665 Franc gewettet, also selbst unter Berücksichtigung des Währungsunterschiedes noch mehr wie auf allen Berliner Bahnen zusammen bei der mehr als dreifachen Zahl von Renntagen mit je sieben bis acht Konkurrenzrennen. Am bedeutendsten ist der Umsatz in Grunewald gestiegen, und zwar von 4 930 000 M. auf 7 565 000 M., und ziemlich das gleiche gilt von Hoppegarten. In der deutschen Trainingszentrale liegt der Wettumsatz von 3 900 000 M. auf 5 755 000 M., während Karlsruhe nur von 4 545 000 M. auf 5 560 000 M. und Straßburg von 1 713 000 M. auf 2 315 000 M. gestiegen ist. Hiemlich unverändert geblieben sind die Verhältnisse im Trabrennsport, da in Kehlheim rund 3 600 000 M. und in Weißensee circa 3 610 000 M. bei je 20 Renntagen umgesetzt wurden. Die geringe Erhöhung der Werten in Kehlheim ist zum Teil auf die im Sommer durch die Preissteigerung hervorgerufenen schwachen Felder zurückzuführen. Ein gutes Geschäft macht bei der Erhöhung der Wettumsätze auch der Staat, da er davon 10% Proz. Steuer, also die anscheinliche Summe von 4 735 000 M. eingenommen hat. Allerdings sind die Hälfte dieser Summe den Vereinen für Rennpreise wieder zur Verfügung gestellt.

Mit diesen 28 Millionen Mark Umsatz am Totalisator ist die Wettsumme keineswegs erschöpft. Außer am Totalisator werden bei privaten Wettbüros, bei Buchmachern, große Summen verwettet, für die keine Schätzungen vorliegen, weil dieser Wettbetrieb sich hinter den Kulissen abspielt. Und diese Wettleidenschaft, die schon viele Existenzen ins Verderben gestürzt hat, wird vom Staate begünstigt, angeblich „im Interesse der Züchtung der Pferdezucht“.

Ueber den Stand der Arbeiten am Märschenbrunnen hat kürzlich der Stadtverordnete Galland in einem Grundbesitzerverein eine anschauliche Schilderung entworfen, der wir folgendes entnehmen: Mit den Steinmetzarbeiten soll in der nächsten Woche begonnen werden. Die Ausführung dieser Arbeiten soll ununterbrochen gefördert, aber wegen des Umfangs der Brunnenanlage, der Säulengänge und Postamente längere Zeit in Anspruch nehmen. Nach der Fertigstellung dieser ausgedehnten Anlagen wird die Aufstellung der einzelnen Märschengruppen aus deutschen Sagen beginnen. Groß waren die Schwierigkeiten, die schon mit dem Entwurf des Planes verbunden waren, und nicht gering einzuschätzen waren die übrigen. Anfanglich war die Errichtung von feineren Wänsen mit darüber befindlichen Reliefformstellungen beabsichtigt gewesen. Die Bedenken des Kaisers über die geringe Anschaulichkeit der Darstellung in Relief, die durch das farblose Material des Sandsteins und des Marmors noch erhöht wurde, veranlaßte den Stadtverord. Geh. Rat Ludwig Hoffmann, der kaiserlichen Anregung folgend, baltische Märschenfiguren, die am Rande des großen Bassins oder in Nischen und an den Seitenwänden aufgestellt werden sollen, zu wählen. Je eingehender sich unser gentiler Stadtverord mit dem Plane beschäftigte, desto mehr und intimer wuchs die Eigenart und künstlerische Gestalt der großen Anlage, der einzelnen Gruppen und Figuren zu einem harmonischen Ganzen und gestaltete sich zu einer Aufgabe, die für einen Bildhauer zu groß wurde. Es wurden deshalb mehrere der hervorragenden Plastiker Deutschlands mit Aufträgen beauftragt, denn es handelt sich nicht etwa um einen einzelnen Brunnen, sondern um eine große, sich in den Friedrichshain erstreckende Anlage einer größeren Zahl von Kunstwerken, die teils einzeln, teils zu Gruppen vereinigt zur Darstellung kommen und selbst auf das Gemüt des Kindes wirken sollen. Das umfangreiche Werk, wohl einer der schönsten in Berlin, dessen Kosten auf mindestens 700 000 M. veranschlagt worden sind, dürfte, wie aus einem Oben entfallenden, seine Wirkung nicht verfehlen und den Meister loben. Die Erreichung des vorgesehnen Zieles war bei der Verschiedenartigkeit der künstlerischen Mitarbeiter mit großen Hindernissen für unseren leitenden Bauart verknüpft, deren Verrichtung viel Zeit und Mühe gekostet hat. Nur eine rein persönliche Leistung, die die Eigenart ihres Schöpfers erkennen läßt, kann als Kunstwerk bezeichnet werden. Schematisch entstandene Werke, die schnell entworfen und bald auszuführen sind, werden selten Anspruch auf eine höhere Bewertung erlangen, auch kaum auf die Dauer Freude bereiten. Große künstlerische Werke von bleibendem Wert brauchen Zeit, um auszuführen zu können. Der Märschenbrunnen hat weit über Deutschlands Grenzen hinaus die Aufmerksamkeit der kunstliebenden Kreise erweckt. Er wird nach seiner Vollendung einer strengen Kritik unterworfen sein und sie sicher vertragen können. Wenn die endgültige Aufstellung des Brunnen auch noch von verschiedenen Umständen abhängt, so werden die Berliner als Entschädigung für ihre Geduld durch den Besitz eines Kunstwerkes belohnt werden, das den herrlichen, an Schönheit reichen, wenig gewürdigten Friedrichshain noch mehr schmücken und zu einem großen Anziehungspunkt für ganz Berlin und seine Besucher machen wird.

Aus der Magistratsführung. Der Magistrat genehmigte einige neue Positionen des Entwurfes zum Etat für 1911. Ferner wurde vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung

die Einrichtung einer neuen Revisionsinspektion der städtischen Gaswerke für das Gebiet Reinickendorf-Ost beschloffen. Schließlich genehmigte noch der Magistrat den Entwurf für den an der Anton- und Ede Plantagenstraße geplanten Bau einer Gemeinde-Doppelschule mit 12 Nebenklassen, nebst Wohngebäude für die Direktoren und ein Ständesamt, sowie den Vorentwurf für eine Feuerwache in der Strohholzer Straße.

Die Gründung einer Anodenverwertungsgenossenschaft mit einem Kapital von einer Million Mark ist, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mitteilt, in einer Donnerstagabend stattgefundenen von 700 Berliner Fleischermeistern und Gastwirten besuchten Versammlung beschloffen worden. Es soll dadurch eine bessere Verwertung der in den Fleischer- und Gastwirtbetrieben entfallenden Anoden, für welche bisher ein über ganz Deutschland sich erstreckendes Anoden-Syndikat die Preise willkürlich und weit unter dem Wert festsetzte, erzielt werden. Die Gesellschaft ist als eine G. m. b. H. gedacht, für welche Anteilscheine in Höhe von 500 M. ausgegeben werden sollen.

Ueber die Aufbewahrung der Garberbe in der Pflichtfortbildungsschule in der Görlitzer Straße gehen uns Klagen zu, deren Abstellung uns dringend geboten erscheint. Es wird uns berichtet, daß den Fortbildungsschülern von Lehrern gesagt worden sei, die Schulverwaltung übernehme keine Verantwortung dafür, wenn Ueberkleider abhanden kämen, die auf dem Korridor aufgehängt würden. Die Folge davon ist, daß zahlreiche Schüler ihre Ueberzieher in die Klasse mitnehmen und dieselben vielfach an den Fensterriegeln aufhängen. Da die Zahl dieser Fensterriegel naturgemäß sehr gering ist, werden eine Anzahl Ueberzieher übereinandergehängt, was zur Folge hat, daß die Ueberkleider oft an die Erde fallen. Wenn schon die Schule keine Aufsicht und keine Garantie für die auf den Korridoren aufbewahrten Kleidungsstücke geben kann und die Kleider im Klassenraum abgelegt werden müssen, sollte dafür gesorgt werden, daß dann in den Klassenzimmern Kleiderhaken zum Aufhängen der Ueberkleider angebracht werden. Allerdings halten wir einen solchen Zustand für einen sehr unangenehmen, da durch das Ausdünsten der Kleider die Luft in der Klasse sehr verschlechtert wird. Verlangt muß schon werden, daß durch Stellung von Aufsicht Diebstählen auf den Korridoren nach Möglichkeit vorgebeugt wird.

Zentralbahnhof Groß-Lichterfelde-Ost. Die seit langem projektierte Verlegung des Fernverkehrs vom Potsdamer nach dem Anhalter Bahnhof scheint durch den nunmehr erfolgenden Umbau des Bahnhofes Groß-Lichterfelde-Ost endlich zur Tatsache zu werden. Schon seit Jahren hat die Gemeinde Groß-Lichterfelde bei der Eisenbahndirektion Berlin eine Befreiung des Bahnüberganges in der Wilhelmstraße, der schon viele Opfer gefordert hat, beantragt. Durch die ganz exorbitante Forderung des Fiskus aber wurden die Verhandlungen stets verzögert. Die Verhandlungen hätten auch jetzt wohl noch nicht zu einem Resultat geführt, wenn nicht durch die zahlreichen Unglücksfälle in letzter Zeit veranlaßt, der Fiskus seine Forderung von einer Million Mark auf 100 000 M. zurück auf seitens der Gemeinde herabgemindert hätte. Jetzt hat jedoch die Eisenbahndirektion Berlin der Gemeinde Groß-Lichterfelde einen Plan vorgelegt, der von einschneidender Bedeutung für die Entwicklung dieses Vorortes ist. Danach soll die ganze bestehende Bahnstrecke veräußert werden. Vom Bahnhof Anhalter bis zu der Stelle, wo die Vogenstraße den Bahndamm berührt, wird derselbe um 4,40 Meter erhöht. Ferner soll die Anlage mit vier Bahnsteigen versehen werden, von denen allerdings zunächst erst zwei zur Ausführung gelangen. Es wird ein Bahnsteig für den Verkehr von und nach Potsdam, ein solcher für den Verkehr nach und von Halle, ein dritter für den Vorortverkehr und ein vierter, der den Fernverkehr aufnehmen soll, errichtet. Diese tolle Anlage ist verständlich, wenn man bedenkt, daß der Fiskus den gesamten Fernverkehr von dem Potsdamer nach dem Anhalter Bahnhof überleiten will. Es ist zweifellos, daß hierdurch die Station Groß-Lichterfelde-Ost zur Hauptstation, zu einem Ausfallort für den Fernverkehr des Anhalter Bahnhofs avanciert. Weiter ist eine Umwandlung der Bahnhofszugänge, der Schuppenanlagen sowie eine Erweiterung des Güterbahnhofs geplant.

Ein neuer großer Sportplatz hat sich in der Potsdamer Straße angebahnt. Wie im „Eispolst“ ist auch hier eine gewaltige Halle mit einer veränderlichen Lichtfülle ausgestattet. Auf einer großen Eisfläche zeigen Kunstläufer ihre Kunst auf dem Schlittschuh. Das neue Etablissement dürfte sich zu einem Rendezvousplatz der besseren Gesellschaft auswachsen, ist auch dafür berechnet.

Zum Fall Rektor Voh. In Anbetracht der schweren Erkrankung des im Lazarettgefängnis befindlichen Rektors Voh ist, wie berichtet wird, gestern durch die Verteidigung mit Unterstützung der Ärzte ein abermaliges Haftentlassungsgesuch mit dem Angebot einer Kaution in Höhe von 60 000 M. an die Oberstaatsanwaltschaft eingereicht worden mit der Bitte, in Anbetracht des schwerkranken Zustandes des Rektors Voh das Gesuch zu beschleunigen.

Eine schwere Missetat wurde gestern mittag auf dem Bahnhof Jungfernheide verübt. Dort erschah der Magistratssekretär Bohmann aus Spandau seine Frau und versuchte sich dann selbst zu entleiben, wurde aber daran gehindert und festgenommen.

Bohrmann ist seit einigen Jahren mit der Tochter eines Wagenfabrikanten aus Potsdam verheiratet. Seit Monaten lebten die Eheleute voneinander getrennt, und die Frau hatte auch bereits die Scheidung eingeleitet. In dieser Angelegenheit sollte gestern vormittag vor dem Amtsgericht III in Charlottenburg verhandelt werden. Frau Bohrmann erschien mit ihrem Vater und ihrem Bruder, ihr Mann dagegen blieb aus. Deshalb konnte nicht verhandelt werden. Als die Frau nun mit Vater und Bruder nach dem Bahnhof Jungfernheide ging, um von dort aus nach Hause zu fahren, lauwerte ihr Bohrmann auf, wechselte einige Worte mit ihr, zog dann plötzlich eine Browningpistole aus der Tasche und streckte sie, ohne daß ihre Angehörigen es verhindern konnten, mit drei Schüssen nieder. Die Unglückliche brach lautlos zusammen und verschied auf der Stelle. Bohrmann richtete jetzt die Waffe gegen seinen eigenen Kopf. Publikum und Beamte sprangen jedoch zu und hinderten ihn, sich selbst zu erschießen. Bohrmann schlug dann wie wild um sich, wurde jedoch überwunden und nach dem 1. Polizeirevier in Charlottenburg gebracht. Auch hier tobte er wieder und beschuldigte mehrere Sachen. In der kurzen Vernehmung erklärte er, daß er nicht wisse, was mit ihm geschehen sei. Kriminalkommissar Gerike verschob deshalb die eingehendere Vernehmung. Er stellte aber durch andere Ermittlungen bereits fest, daß Bohrmann zu verschiedenen Leuten gedeutet hat, er werde seine Frau erschießen. Der Verhaftete, der sich vor dem Termin betrunken zu haben scheint, wird wegen Vorredes dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Die Leiche der Frau wurde nach dem Charlottenburger Schauhaus gebracht.

Einige Wärrer der Räd. Anstalt Wuhlgarten sollen sich homosexuelle Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen. Der Magistrat hat sofort, nachdem er hiervon Kenntnis erhalten hatte, einen Beamten mit der Untersuchung dieser Angaben beauftragt. Die Angelegenheit wird der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Wer ist der Berührungspunkt? Ein junger Radfahrer wurde gestern abend vor dem Hause Adersstraße 23 überfahren und so

schwer verletzt, daß er bewußlos nach dem Lazaruskrankenhause gebracht werden mußte. Der Unbekannte ist 15 bis 16 Jahre alt und trug eine Schirmmütze, eine graugrüne Jacke, eine gestreifte Weste, einen hellblauen Sweater und gestreifte Beinkleider. Er soll Wendler oder so ähnlich heißen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Polizei gegen das Turnen. Als am Donnerstagabend die Mädchenabteilung des hiesigen Arbeiterturnvereins bei Felsch in der Anejebedstraße zum Turnen antrat, erschienen sieben Kriminalbeamte nebst zwei uniformierten Schulheuten und forderten die Mädchen auf, den Saal zu verlassen. Als die Zweckmäßigkeit dieser Polizeimahregel von den Kleinen nicht begriffen wurde, kam der Kommandierende „im Namen der königlichen Regierung zu Potsdam“ und drohte mit Gewaltmaßnahmen, worauf die Turnerinnen der „Gewalt“ wichen.

Freitag abend ging es den jugendlichen Turnerinnen der Abteilung in Hoppes Festsälen noch schlimmer. Wiederum erschienen 7 Kriminal- und 2 uniformierte Beamte; sie stürzten förmlich auf die Mädchen zu und schrien: „Aus! Ja, man ließ den Kleinen nicht einmal Zeit, sich anzukleiden. Die Mädchen mußten sich auf der Straße anziehen. Ein erwachsener Turner, der Genosse Wöhrling, hielt sich über die Rücksichtslosigkeit der Polizei auf. Er mußte dieserhalb mit nach der Wache, wo seine Personafoten festgestellt wurden. Inzwischen sorgte die Polizei für den üblichen Menschenauflauf auf der Straße, die bekanntlich dem Verkehr dient. Einige Personen sollen noch verhaftet worden sein.

Es ist unerhört, wie die Polizei hier in die Rechte der Staatsbürger eingreift. Selbst die Eltern, die mit ihren Mädchen im Turnsaal anwesend waren, bedrohten die Polizeier. Die Erklärung der Turnerleiter, daß die Polizei in dem vom Turnverein gemieteten Lokal gar nichts zu befehlen habe, wurde einfach ignoriert.

Die Turner werden nichts unversucht lassen, sich ihr Recht zu erkämpfen.

Wider die freie Turnerschaft. Die freie Turnerschaft Rixdorf-Reich hat eine Eingabe an die Schuldeputation gemacht, ihr zur Abhaltung des Turnunterrichts Schulturnhallen zur Verfügung zu stellen. Was in einer Reihe von Groß-Berliner Gemeinden sich sehr gut ermöglichen läßt, geht in Rixdorf noch lange nicht. Auf die Eingabe antwortete der Deputern für das Schulwesen, Herr Bürgermeister Dr. Weinreich, folgendermaßen: „Zu unserem Bedauern sind wir aus schultechnischen (!) Gründen nicht in der Lage, dem Verein zur Abhaltung von Turnabenden die von den Gemeindefürsorge der Stadt voll in Anspruch genommenen Schulturnhallen überlassen zu können.“ Welcher Art diese schultechnischen Gründe sind, ist aus dem Was nicht ersichtlich, vielleicht ist sich der Deputern auch nicht ganz klar darüber. Sicher ist, daß die Schulturnhallen des Abends nicht in Benutzung sind. Über befürchtet etwa der Herr Bürgermeister, daß die freie Turnerschaft die Turnhallen mit ihrem Geiste infizieren könnte? Die Gemeinde Reich lehnte ein ebensolches Gesuch ab mit dem Hinweis, daß der größte Teil der Mitglieder Angehörige der Gemeinde Rixdorf seien, und hier sind es wieder „schultechnische“ Gründe, die zur Ablehnung des Gesuches dienen müssen. Wenn es sich um die Arbeitererschaft handelt, ist die Bureaukratie um „Gründe“ noch nie in Verlegenheit gekommen.

Karl Rahmig wegen Hausfriedensbruch verurteilt. In der „R. P.“ lesen wir: Wegen Hausfriedensbruch und Verleumdung hat sich der Betriebsleiter Karl Rahmig zu verantworten. Er ist am 22. August dieses Jahres infolge Familienzwistigkeiten in die Wohnung des Bahnhofsvorstehers a. M. Brauer widerrechtlich eingedrungen und hat dieselbe trotz mehrfacher Aufforderung des Herrn B. nicht wieder verlassen. Außerdem hat der Angeklagte beleidigende Äußerungen gegen B. und dessen Ehefrau ausgesprochen. Rahmig wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu einer Geldstrafe von 60 M. verurteilt.

Wilmersdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Eine Magistratsvorlage betreffend die Einrichtung eines provisorischen Armenhauses im Hause Wilhelmstraße 21 lag vor. Es wurden etwa 4000 Mark für Ausbesserungsarbeiten in diesem der Stadt gehörenden Hause gefordert. Zunächst tabelte der Stadtverordnete Rosenbaum vom Vorstandliche aus die Ungünstigkeit der jetzt benutzten Räume und forderte, daß die Stadt baldigst ein Definitivum einrichte. Auf seine Anfrage, ob es sich um die Unterbringung von Familien bedürftiger Arbeiter oder um Mänslichkeiten für obdachlose Familien handle, erwiderte Stadtrat Prohm, daß der Magistrat einzig die Unterbringung von zeitweilig und dauernd obdachlos gewordenen Personen ins Auge fasse. Ein Unternehmen wie das Berliner Asyl für Obdachlose käme keineswegs in Frage. Während in den unteren Räumen des erwähnten Hauses die zeitweilig Obdachlosen Quartier finden sollten, würde der Magistrat in den oberen Etagen Hospitalbetten und dauernd der Stadt zur Last liegende Einwohner beherbergen. Für die Unterbringung ganzer Familien besitze Wilmersdorf hier keine Räume; eine Trennung der Geschlechter, also ein Auseinanderreißen obdachlos gewordener Familien, sei unerlässlich. In den Räumen des Aufseheres und unter dessen Wartung würden vorläufig obdachlos gewordene Kinder untergebracht werden. Ueber die Herstellung eines definitiven Armenhauses wachte der Stadtrat noch nichts Näheres zu sagen; doch versprach er, daß der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über die Unterbringung starrer und arbeitsunfähiger Personen zugehen werde. Von dem gegenwärtigen Provisorium müsse man leider sagen, daß es selbst für die dringendsten Bedürfnisse nicht ausreichte.

Während Stadtverordneter Hesse die Magistratsvorlage kämpfte und sich für den Abbruch des alten Bauwerkes erklärte, setzte Stadtverordneter Koll auseinander, daß im Interesse der Armen die Magistratsvorlage bewilligt werden müsse, wenn auch zuzugeben sei, daß einem privaten Hausbesitzer kaum gestattet werde, Wohnungen wie die im Armenhause zu vermieten. Nachdem man vom Stadtverordneten Lehmann noch erfahren hatte, daß die jetzigen Zustände im Armenhause „einschneidend“ sind, weil der Schwamm in allen Räumen haust, wurde die Magistratsvorlage mit allen gegen die zwei Stimmen der Stadtverordneten Hesse und Michael Müller angenommen. Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Vorlagen beantragte Stadtkämmerer Rohde eine Anfrage des Stadts. Heiniß über die Sicherung dauernd ausreichender Spielplätze dahin, daß der Magistrat in dieser Hinsicht sein möglichstes tun werde. Eine längere überzeugungskräftige Rede des Fragestellers über den Nutzen öffentlicher Spielgelände bildete den Schluß der Sitzung. Bemerkte sei noch, daß auf Antrag des Stadts. Kette ohne Debatte geschlossen wurde, eine gemischte Deputation einzusetzen, die über die Grundstücke für die in Wilmersdorf zu besorgende Wohnungs-politik beraten soll. Was mag dabei herauskommen? Bekanntlich haben Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit sich bis-

ber etwas darauf zugute getan, daß sie durch das Verbot des Bauens von kleinen Wohnungen die Arbeiterschaft systematisch aus Wilmersdorf fernzuhalten suchten.

Jugendveranstaltungen.

Groß-Lichterfeld. Am Sonntag, den 20. November, nachmittags 2 Uhr, hält Landtagsabgeordneter Strödel im Restaurant von F. Wahrensdorf, Bültestr. 22, einen Vortrag über „Die Geschichte des Altertums“ (Hörmisches Reich). Um rege Beteiligung bittet Der Jugendauschuh.

Aus aller Welt.

Ein sozialistischer Erblaffer.

Paris, 18. November. (Fig. Ver.)

Ein reicher Tuchhändler in Roubaix hat ein ansehnliches Legat — etwa 300 000 Franc — für einen Zweck errichtet, der dem Sozialismus dienen soll. Jaurès gibt darüber in der „Humanité“ folgendes bekannt: Der Erblaffer Peucelle hatte sich aus kleinen Anfängen emporgearbeitet. Als er reich geworden war, entschloß er sich, im Bewußtsein, daß er sein Vermögen nicht sich allein verdanke, fürderhin auf jeden Gewinn aus seinem Geschäft zu verzichten und ihn seinen Angestellten zu überlassen. Er selbst aber blieb bis zu seinem Tode als Reisender für das Unternehmen tätig. In seinem Testament spricht er den Glauben an den Sieg des arbeitenden Volkes aus. Die Hauptmasse seines Vermögens hat er dem Departement Pas-de-Calais hinterlassen, eine Jahresrente von 10 000 Fr. aber einer Dame zugewiesen. Nach ihrem Tode soll ihre Schwester, falls sie sie überlebt, 7000 Fr. davon beziehen. Das Kapital aber soll, sobald es frei wird, Jaurès oder einem anderen unbestrittenen Führer des Sozialismus zur Errichtung sozialistischer Schöpfungen in der unmittelbaren Umgebung von Neuve-Chapelle zufallen, wozüglich einer nach den Grundrissen der Glasfabrik von Albi errichteten Weberei. Der Erblaffer hofft von diesen Schöpfungen, daß sie „die armen Leibeigenen dieser Gegend aus ihrer Ersparung und Furcht emporrütteln werden“.

Das Kapital, das der Rente entspricht, beträgt etwa 300 000 Fr. Jaurès sagt über seine Verwendung folgendes: Ich kann mir nicht Hoffnung machen, die Ausführung des Testaments selbst überwachen zu können. Die zwei mit der Rente bedachten Personen sind kaum älter als ich und zweifellos ist ihre Existenz in einer friedlichen Gemeinde des Pas-de-Calais weniger erschöpfend als die des sozialistischen Agitators. Jaurès ist der Überzeugung, daß nicht die Errichtung eines Unternehmens, sondern die Sicherung eines Absatzgebietes die größte Schwierigkeit darstellt. Die Glasfabrik von Albi hat einen Teil ihrer Kundenchaft bei den Genossenschaften gefunden. Jaurès hat sich nun entschlossen, die 300 000 Fr., die ihm einst zufallen sollen, der Großeinkaufsgenossenschaft zu vermachen, die — wenn nicht eine Weberei, für die das Kapital vielleicht nicht hinreicht — so doch am Wohnort Peucelles eine Industrie ins Leben rufen soll, die möglichst viel Arbeitsträfte unter würdigen Bedingungen beschäftigt. Die Werkstatt soll den Namen Peucelles tragen.

Tolstois Kampf gegen den Tod.

Die Nachrichten vom Krankenlager Leo Tolstois lassen ein baldiges Hinscheiden des greisen Dichters befürchten. Wie ein Telegramm aus Astopomo meldet, ist Tolstoi während der Nacht häufig in Bewußtlosigkeit verfallen. Der Puls des Kranken ist sehr unregelmäßig und sehr öfter aus. Tolstoi zeigt große Schwäche, die Ärzte haben ihm mehrere Kampferinjektionen gegeben.

— Das Ringen des großen Russen mit dem Tode bemüht die „heilige russische Kirche“, um für sich Reklame zu machen. Der Metropolit Antonius hat an Leo Tolstoi ein Telegramm gerichtet, in dem er erklärt, daß er seit dem Tode des Abtrünnigen zur Kirche zurückzuführen möge. Wirklich heißt es in dem Telegramm: „Es mag sein, daß er Sie bald vor sein Gericht ruft. Ich siehe Sie, den Kranken, an, verzeihen Sie sich mit der Kirche und dem rechtgläubigen russischen Volke.“

Nachdem man den lebenden Tolstoi mit all den niedrigen Mitteln pfäffischer Unduldsamkeit verfolgt hat — sind doch die meisten gegen den greisen Dichter geführten schurkischen Streiche auf pfäffische Einflüsterungen zurückzuführen —, möchten die „Rechtgläubigen“ den toten Tolstoi für sich reklamieren, um so die große moralische Autorität des Dichters in den Dienst ihrer eigensüchtigen Zwecke zu stellen. Wahrscheinlich ein recht durchsichtiges Spiel!

Todessturz eines Aviatikers.

Der amerikanische Aviatiker Ralph Johnstone, der vor einiger Zeit den Welt Höhenrekord mit etwa 3200 Meter aufstellte, ist am Donnerstag in Denver (Verein. Staaten) aus 150 Meter Höhe abgestürzt und war sofort tot. Von den 2000 Zuschauern, die sich auf dem Flugfelde befanden, eilten sofort Dutzende zur Unfallstelle, wo sich wüste Szenen abspielten. Viele rissen Teile des Apparates ab, um ein Andenken zu haben. Wegen der „Andenken“ kam es mehrfach zu schweren Kämpfen zwischen den Zuschauern und es gab zahlreiche Verwundungen.

Ein Dampfer auf offener See verbrannt.

Am Donnerstagabend ist in der Nähe von Dover der französische Dampfer „St. Louis“ vollständig verbrannt. Das Meer war sehr bewegt; einem Logger aus Flossen gelang es erst nach fünfständiger angestrengter Tätigkeit, so lange in der Nähe des brennenden Schiffes zu bleiben, bis die aus fünf Personen bestehende Besatzung gerettet werden konnte.

Kleine Notizen.

Du sollst nicht töten! Der mehrfache Raubmörder und Erpresser Karl Koppius wurde gestern morgen in Leipzig auf dem Hofe des Landgerichts hingerichtet.

Ein deutscher Frachtdampfer gesunken. In den chinesischen Gewässern ist der der Hamburg-Amerika-Linie gehörige Frachtdampfer „Lydia“ gesunken, das Schiff ist vollständig verloren.

Eisenbahnunfälle. In der Nähe von Petersburg wurden durch einen Zugzusammenstoß auf der Worichauer Bahn dreizehn Personen verletzt. Der Materialschaden ist sehr beträchtlich.

In dem spanischen Orte Valencia ist ein Schmelzwerk infolge Verfallens der Bremsen über das Blocksignal hinausgefahren und entgleist. Zwei Reisende wurden dabei getötet, drei erlitten schwere Verletzungen und mehrere Personen wurden leichter verletzt.

Opfer ihres Berufes. In dem französischen Orte Lond-Ie-Saunier sind bei einem Wühlbrand drei an den Löscharbeiten beteiligte Feuerwehrleute durch teilweisen Einsturz des Gebäudes getötet worden.

Das Hochwasser der Seine. Nach einer Meldung aus Paris ist die Seine in den letzten 24 Stunden um 60 Zentimeter gestiegen. Der Fluß hat in verschiedenen Vororten von Paris die niedrig gelegenen Strohen überschwemmt. Es wird weiteres Steigen des Wassers befürchtet.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 20. November, vormittags 9 Uhr, Pappe-Allee 15—17 und Rixdorf, Idealpassage: Freireisende Vorlesung; vormittags 11 Uhr Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Tod und Leben.“ — Nachmittags 7 1/2 Uhr Doppel-Allee 15—17, Vortrag von Herrn Walde Manasse: „Unser Toten.“ Damen und Herren als Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. D. 29, Hamburg). Mitgliederversammlungen finden in folgenden Lokalen statt: Berlin 2. Sonntag den 20. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18a. — Berlin 3. Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, bei J. Rauer, Reichenberger Str. 184. — Berlin 4. Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr (Vortrag mit Damen) bei Kertowski, Andreasstr. 24. — Berlin 6. Sonnabend, den 19. November, abends 9 Uhr, bei Karlowitz, Bernauer Str. 82. — Berlin 9. Sonnabend, den 19. November, abends 9 Uhr, bei Gundlach, Waldenstr. 19. — Berlin 10. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, bei M. Haber, Stephanstr. 11. — Fegell. Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Kallies, Berliner Str. 92. — Kummelsburg. Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Oskar Blume, Alt-Borghagen 56. — Rixdorf. Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Taddert, Steinwegstr. 114. — Charlottenburg. Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus. — Schöneberg. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, bei Oßf., Rixdorf-Lutherstr. 51.

Briefkasten der Redaktion.

D. 2. 99. Ja. — **Vignis 30.** Ist das Geld in Güte nicht zu erreichen, so bleibt nur ein Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls oder Klage beim Amtsgericht Hamburg übrig. — **E. 2. 99.** Der von der Gesellschaft angegebene Ablehnungsgrund greift nicht durch. Sie können klagen. — **Schiff. Sorauer Straße.** Ihr Schreiben ist unleserlich. — **B. 2. 85.** Eine solche Vollmacht ist und nicht bekannt. Vielleicht befragen Sie den Genossen Dr. Silberstein, Rixdorf, Berliner Str. 92. — **B. 2. 1.** Monatlich 11,10 M. Annullendzente. 2. Auf Antrag erfolgt Besetzung. — **G. 2. 21.** Auf hoher See verliert. In der Nähe des Landes berechtigt. — **G. 2. 21.** Die Briefe sollen gleich sein. — **B. 2. 111.** Wir empfehlen grundsätzlich keine Klage. Damit Sie nicht einem Wucherer in die Hände fallen, raten wir, eine Anfrage an Prof. Dr. Blachsch, Potsdamer Str. 105, zu richten. — **B. 2. 25.** Die Zentrale für deutsche Fürsorge, Unter den Linden 16, wird Ihnen auf Anfrage die gewünschte Auskunft erteilen. — **G. 2. 41.** 1889/90 gegründet, 1895 aufgelöst, nach etwa 1 1/2 Jahren neu ins Leben getreten. — **H. 2.** Steier Tropfen löst den Stein. — **W. 2. 21.** Befragen Sie einen Arzt. — **G. 2. 15.** 1. Ja. 2. Ragergeld etwa 50 M. monatlich. Zunächst einige Monate warten, dann können Sie einen Gerichtsbescheid mit der Verleugung beantragen, falls trotz Nachforschungen die Adresse der Eigentümerin nicht zu ermitteln ist. Aus dem Erlös können Sie sich beziehen, der Rest ist zu hinterlegen. 3. Auch dann können Sie unterer Traktanten die Herausgabe von der Bezahlung ihrer Forderung abhängig machen. — **Streit 82.** Fragen der Frauenemancipation lassen sich nicht im Briefkasten behandeln. — **A. 2. 15.** Das Mittel können wir nicht empfehlen. Wenden Sie sich an einen Spezialarzt. — **H. 2. 100.** Ihre Frage ist nicht verständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Z. 100.** 1. Ja. 2. und 3. Sie dürfen den Namen nicht selber ändern, müssen vielmehr bei der Behörde, die die Bezeichnung ausgefertigt hat, Verichtigung beantragen. Kosten entstehen nicht. — **Treppe 1.** 1. Ja. 1. und 2. Wir raten in beiden Fällen zu einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten. — **H. 2. 12.** Nein. Es empfiehlt sich, denselben als selbständigen Mieter anzumelden. — **H. 2. 173 Köpenick.** Sie können die Anlage herausnehmen, müssen aber den ursprünglichen Zustand wieder herstellen. — **H. 2. 175 Köpenick.** Nein. — **H. 2. 2.** Nein. — **Schulden.** 1. Nur dann, wenn er ohne Verleugung seines und seiner etwaigen Familie standesgemäßen Unterhalt und unter Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen dazu imstande ist. 2. Das Alter spielt keine Rolle. 3. In vier Jahren. — **B. 2. 27.** Nein, wenn der Betreffende Kenntnis von der Bestimmung hatte und gestanden ist. — **M. 17.** Nein.

Amlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft etwas reger, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fast unverändert. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft mäßig, Preise etwas niedriger. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft anfangs still, später lebhafter, Preise fest.

GEGRÜNDET 1867

Stille



Jerusalemstr. 38-39
Friedrich-Straße 75
Potsdamer Straße 2
Tauentzien-Straße 19a
König-Straße 25-26
Schöneberg, Haupt-Str. 146
Rixdorf, Berg Str. 25-26

Januar 1911:
Rosenthaler Str. 5

Zentrale und Versand:
Jerusalemstr. 38-39

Orthopädische Abteilung
für Fussleidende jeder Art
Kostenlose ärztl. Sprechstunde
Jerusalemstr. 38-39
wochentags von 5 bis 7 Uhr
Herstellung von Maß-Schuhwerk
und individuellen Einlagen für Senk-
und Hohlfüße, passend für jederlei
Schuhwerk

Elegante Abendschuhe

für Theater, Ball und Gesellschaft

Pariser Originale sowie deutsche und Wiener Modelle
in französischem und amerikanischem Geschmack

Feine Herren-Lackstiefel in ganz neuen Fassons

Frack-Stiefel □ Einsatz-Stiefel □ Uniform-Stiefel
Neuheiten in Pariser Strümpfen u. Gamaschen

Haupt-Preislagen für Damen- und Herren-Stiefel

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 18⁰⁰

Stiefel mit Doppelsohlen	Stiefel mit Plüschfutter
Stiefel mit Korkböden	Stiefel mit Katzenfell
Stiefel mit Wollfutter	Stiefel mit Lammfell

Preiswerte dauerhafte Kinder-Stiefel

Prima Boxcalf, zum Schnüren, in breiten naturgemäßen Sohlenformen

No. 25-27	No. 28-30	No. 31-35
4 ⁵⁰ 5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰	5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 7 ⁵⁰	6 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 9 ⁵⁰

Der reichillustrierte Hauptkatalog wird kostenlos zugesandt

Aus der Frauenbewegung.

Zur Erziehung der Mütter. Wie häufig hört man gerade in den Kreisen der modernen Arbeiterschaft besonders von Müttern die Klage: „Ich möchte das meinem Jungen doch so gerne erklären, ich kann es aber doch nicht“. Der gute Wille ist meistens da, und das ist der beste Anfang. Nützlich kamen mir zwei Bücher in die Hand, die recht geeignet scheinen, den Müttern bei ihrem schweren Erziehungswerke hilfreich die Hand zu bieten. Das eine ist ein „Leitfaden für freidenkende Eltern und Lehrer“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Leser in die Probleme der modernen Weltanschauung einzuführen. Interessant ist schon das kurze Wortwort des Verfassers Alois Langer, der die etwaigen Mängel des Buches damit entschuldigt haben möchte, weil er „vormals römisch-katholischer Theologe gewesen ist und erst als Freisinniger angefangen hat, den Spuren echter Wissenschaft nachzugehen“. Die Entschuldigung war überflüssig, denn nirgends lasten dem Wähelein Spuren theologischer Geistes an. Dagegen finden wir darin die Entwicklungstheorie ganz vortrefflich dargestellt. Der Verfasser hat es besonders verstanden, die an sich recht schwierigen Probleme allgemeinverständlich und gut darzustellen. Der Preis des Wäheleins beträgt 75 Pfennige.

Ganz anderer Art ist das soeben im Darrschen Verlage erschienene Buch von Schulrat Kzesznicz: „Schulpfychologie, Unterrichts- und Erziehungslehre.“ (Preis 3 M.) Der Verfasser dachte sich das Buch als Grundlage für den Unterricht in Lehrerseminaren; doch bietet es nicht nur Lehrern, sondern auch Vätern, besonders den Müttern, eine vorzügliche Einführung in die moderne Seelenkunde und Erziehungslehre. Die Zweiteilung des Buches in die soeben genannten Bücher gibt dem Verfasser Gelegenheit, außerordentlich wichtig für das ungewohnte Eindringen in diese für Väter noch fast fremden Gebiete ist die Anordnung, die der Verfasser seinem Buche gegeben hat. So finden wir in dem ganzen Buche nur kleine Abschnitte, Abschnitte von 8-15 Zeilen gehören nicht zu den Seltenheiten, die ganz für sich bestehen und ganz für sich betrachtet werden könnten. Die Abbildungen über Zellen, Nerven, Gehirne usw. sind recht anschaulich. So viel über das Neutere. Was den Inhalt betrifft, so bietet er eine vorzügliche Einführung und Grundlage für alle das Schulkind und den Lehrer berührende Fragen. Die verschiedenen Richtungen in der Psychologie und Pädagogik werden in knapper Form charakterisiert, und jedem Gebiete ist ein umfangreiches gutes Literaturverzeichnis angegliedert. Der Verfasser dieses Buches ist aber ein Schulrat, und daher kommt es wohl, daß an einigen Stellen den herrschenden Anschauungen über Religion und Liebe zum Herrscherhause Konzessionen gemacht werden. Von diesen wenigen Stellen abgesehen, vertritt der Verfasser die modernen pädagogischen Richtungen, und wir können uns mit ihm einverstanden erklären, wenn er über die Volksschule sagt, daß sie: „eine Erziehung zur Arbeit als notwendige Voraussetzung der Arbeitsfähigkeit, nicht alleinige Massenerziehung, sondern auch Persönlichkeitsbildung geben soll“. „Die Volksschule darf nie einseitig werden, sondern muß zu jeder Zeit eine Lebensschule sein.“

Toni Saffmann.

Veranstaltungen - Veranstaltungen.

Die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kinderrecht veranstaltet Sonnabend, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Kaiserin-Friedrich-Haus, NW., Luisenplatz 2 (Platz am Reuen Tor), einen Vortrag über: „Der Schutz von Mutter und Kind durch reichsgesetzliche Mutterschafts- und Familienversicherung.“ Referent ist Geh. Regierungsrat Prof. Paul Mayer.

Der Deutsche Bund für Mutterschutz veranstaltet am 3. und 4. Dezember d. J. im Chorallonsaal, Bellevuestr. 4, eine außerordentliche Tagung über das Thema: „Die Mutter in der deutschen Reichsversicherungsordnung.“ - Es sprechen als Referenten: am ersten Tage Frau Marie Stritt über: „Bedeutung der Mutterschaftsversicherung“, Herr Albert Kohn über: „Schwangerschafts- und Wochenbettversicherung“; am zweiten Tage Reichstagsabgeordneter Dr. Eduard David über: „Mutterschaftsversicherung und Volkshygiene“ und Reichstagsabgeordneter Dr. Franz Potthoff über: „Witwen- und Waisenversicherung.“ Alle diejenigen, welche zur Tagung eine Einladung zu erhalten wünschen und an der Abhaltung teilnehmen wollen, erhalten zur Abtunung berechtigte Karten in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe Berlin, Wilmersdorf, Trautenaufstr. 29.

Gerichts-Zeitung.

Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg wurde gestern wieder, wie schon in der vorigen Woche, eine Sache verhandelt, die der Vertreter der Anklagebehörde gern mit den „Roabit-Strafenunruhen“ in Verbindung gebracht hätte. Wieder hatte sich ein Arbeiter zu verantworten, der in der Vorstraße, wo die Kohlenfirma Karstadt ihren Sitz hat, als Streikposten auf und ab gegangen war und dem Schutzmännchenbesehl, weiterzugehen, nicht Folge geleistet haben sollte. Die Vorstraße liegt weit ab von Roabit, und der fragliche Vorfall hatte sich schon am 23. September, noch vor Beginn der „Roabit-Strafenunruhen“ abgespielt, aber das Geschäft der Firma Karstadt ist ein Tochtergeschäft der Kohlenfirma Kupfer u. Co.

Diesmal war es ein Arbeiter Maschke, der gegen einen ihm aufgepöbelten polizeilichen Strafbefehl von 1 Woche Haft Widerspruch erhoben hatte und richterliche Entscheidung forderte. Der Vorgang war wieder der übliche gewesen: M. hatte zwar keinen Menschen belästigt, aber ein Schutzmännchen, der ihn sah, kriegte es mit der Angst, daß der auf und ab wandelnde Streikposten einen Arbeitswilligen belästigen könnte, und das genügte, den Mann wegzuschicken. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, er sei zunächst weggegangen, später aber wiedergekommen. „Eventuell mit Gewalt“ ergänzte der Vorsitzende, Amtsrichter Dr. Alcemann, doch der Angeklagte verneinte. Zeuge Saffmann begann seine Aussage so: „Es war am 23. September, wie bei der Firma Kupfer u. Co. gestreift wurde.“ Er befand sich dann über den Vorgang bei Karstadt: „Ich war beordert, Streikende zurückzuweisen - im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Maschke beobachtete ich etwa eine halbe Stunde lang, wie er fortwährend auf und ab ging. Ich ging ran und forderte ihn im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit auf, weiter zu gehen.“ M. sei gegangen, aber wiedergekommen. Daß M. die öffentliche Ruhe und Sicherheit schon irgendwie gefährdet hätte, sagte der Zeuge nicht. Zeuge habe aber den Streikenden befürchtet, weil schon zwei Tage vorher nach Karstadt Arbeitswilligen mit Steinen geworfen worden sei. Der Vorsitzende erläuterte: „Das war zu der Zeit, wo auch in Roabit die großen Unruhen waren.“ Da stellte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld sofort fest, daß zu dieser Zeit von „Unruhen“ in Roabit noch keine Rede sein konnte. Der Amtsanwalt gab zu, daß Streikposten erlaubt sind. Es sei aber „bekannt“, daß sie Arbeitswilligen nicht nur zureden,

sondern sie eventuell beschimpfen und mißhandeln. Mit Recht habe die Polizei die Streikposten aus der Vorstraße weggewiesen, nachdem es dort schon Störungen gegeben habe. „Bekannt“ sei ja, daß es in Roabit zu ersten Ausschreitungen gekommen sei. Werden vorbeugende Anordnungen der Polizei nicht befolgt, so habe das Gericht das nachdrücklich zu ahnden. Geldstrafe treffe den Angeklagten nicht, die werde bekanntlich aus der Streikklasse bezahlt. Eine Woche Haft sei das Richtige. Dem Vorsitzenden fiel hier ein, daß acht Tage vorher in der oben erwähnten Sache unter seinem Vorsitz nicht nach Antrag des Amtsanwalts die eine Woche Haft bestätigt, sondern 10 M. Geldstrafe festgesetzt worden war. Dem Amtsanwalt bemerkte er daher: „Soweit in der letzten Urtheilung eine Kritik des vor acht Tagen gefällten Urteils liegt, weise ich sie zurück.“ Kritik habe er nicht beabsichtigt, antwortete der Amtsanwalt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, beantragte Freisprechung. M. sei weitergegangen; das Wiederkommen habe der Schutzmännchen nicht unterlag und gar nicht unterlegen dürfen. Es stehe auch nicht fest, daß die Wegweisung zur Erhaltung der Ruhe usw. nötig gewesen sei. An jenem Tage seien ja gar keine Störungen vorgekommen. Der Verteidiger zeigte sodann, daß alles, was dem Amtsanwalt als „bekannt“ galt, falsch ist. Keineswegs gehöre es zum Wesen eines Streikpostens, Arbeitswillige zu belästigen. Er habe sie anzuführen, weil sie oft selber nicht wissen, daß sie Streikarbeit übernehmen und ihren Kollegen in den Rücken fallen. Er habe auch zu ermitteln, wie viele Arbeitswillige eingestellt sind, denn danach richte sich die Taktik der Streikleitung. Zusammenstöße seien oft von Arbeitswilligen herbeigeführt worden. Eben erst habe in dem großen Prozeß wegen der Roabit-Vorgänge, die der Amtsanwalt hier als straffschärfendes Moment herangezogen, Polizeimajor Klein bekundet, daß er die Bewaffnung der kuppferischen Arbeitswilligen untersucht habe und hinterher doch ein Arbeitswilliger den ersten Schuß abgefeuert habe. Unrichtig sei schließlich auch, daß die Streikklasse Geldstrafen bezahle. Keinesfalls dürfe gegen den noch unbestraften Angeklagten wegen so geringer Uebertretung auf Freiheitsstrafe erkannt werden.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß M. unbedingt Folge leisten mußte, das aber habe er nicht getan, da er wiederkam. Die Wegweisung sei nötig gewesen wegen der Störungen, die es schon einige Tage vorher gegeben habe. Die Anordnung des Schutzmännchens müsse als zweckdienlich gelten, solange nicht nachgewiesen sei, daß sie es nicht war. Die Polizei habe nicht auf Unruhen zu warten, sondern vorbeugen. M. sei strafbar, doch könne, da er keine Ausschreitung begangen habe und noch unbestraft sei, statt der beantragten Haftstrafe eine Geldstrafe von 10 M. genügen.

Die Frage der religiösen Erziehung des Kindes bei Gemischtehen wurde in einem Strafverfahren gegen Herrn Schneider aus Tempelhof (Regierungsbezirk Potsdam) berührt. Herr Schneider ist katholisch, seine Ehefrau evangelisch. Beide einigten sich dahin, ihren 1903 geborenen Sohn evangelisch erziehen zu lassen. Das Kind wurde auch evangelisch getauft. Als es schulpflichtig wurde, brachte es der Vater in die 2. Gemeindefschule in Tempelhof und hielt es zum evangelischen Religionsunterricht an. Der Rektor schloß es davon aus und sagte dem Vater, das Kind dürfe an dem evangelischen Unterricht nur teilnehmen, wenn er beim Amtsvorsteher ausdrücklich erkläre, daß das Kind evangelisch erzogen werden solle. Schneider lehnte das ab, weil nach § 78 II 12 des Allgemeinen Landrechts kein Dritter das Recht hat, zu widersprechen, solange die Eltern über den ihren Kindern zu erteilenden Religionsunterricht einig sind. Der Rektor schloß das Kind aber vom evangelischen Religionsunterricht weiter aus, indem er sich stützte auf eine Anordnung des Regierungspräsidenten zu Potsdam vom 17. Oktober 1902, wonach eine Willensklärung darüber, daß Kinder in einer anderen Konfession unterrichtet werden sollen, als es nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen geschehen müßte, von den Eltern vor dem Landrat, Amtsvorsteher oder Notar abzugeben sei. Da nun Schneider seinen Sohn auch nicht in den katholischen Religionsunterricht schickte, so wurde er wegen unzureichender Schulverpflichtung des Sohnes angeklagt. Das Landgericht sprach aber den Angeklagten frei und das Kammergericht verwies am Dienstag die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Wenn die Verordnung des Regierungspräsidenten zu Potsdam die Bestimmungen des Landrechts einschränken wollte, dann wäre sie unzulässig. Das sei aber ihr Zweck nicht. Sie gehe nur darauf aus, möglichst Klarheit zu schaffen in den Fällen, wo Eltern verschiedener Religion von dem Recht aus § 78 II 12 des Allgemeinen Landrechts Gebrauch machten und sich über die religiöse Erziehung der Kinder abweichend von § 78 II 12 des Allgemeinen Landrechts einigten, wie im vorliegenden Falle. Der Angeklagte könne aber nicht bestraft werden, wenn er, der mit seiner Frau schon lange einig war, eine solche Erklärung vor dem Landrat, Amtsvorsteher oder Notar nicht abgab und sein Sohn gegen seinen und seiner Frau Willen zum evangelischen Religionsunterricht nicht zugelassen wurde. Die Wirksamkeit einer Einigung nach § 78 II 12 des Allgemeinen Landrechts könne eben durch unzureichende Verlangen der Regierung zu Potsdam in ihrer Verordnung von 1902 nicht beeinträchtigt werden. Mit S. h. t. sei S. freigesprochen worden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Erweiterungsbau des Charlottenburger Rathauses. Der nächsten Stadtvorordnetenversammlung wird ein Antrag des Magistrats vorliegen, der die Bewilligung von drei Millionen Mark aus Anleihemitteln für einen Erweiterungsbau des Rathauses nach Osten hin fordert. Diese Erweiterung ist nötig geworden, obwohl das neue Rathaus erst vor fünf Jahren fertiggestellt wurde, da die Bevölkerungszahl in diesen fünf Jahren und schon vorher während des Rathausbaues sich erheblich vergrößert hat - vom Jahre 1900, wo Charlottenburg 189 000 Einwohner zählte, bis auf rund 298 000 im Jahre 1910 - und da dementsprechend die Zahl der Verwaltungsstellen und vor allem die der städtischen Beamten vermehrt werden mußte, um so mehr, als völlig neue Aufgaben der städtischen Verwaltung entstanden, wie Elektrizitätswerk, Wasserwerk, Wohnungsbau usw. Im Jahre 1906 stand in dem fertiggestellten Rathaus eine Zimmerfläche von 6400 Quadratmetern für 588 Beamten zur Verfügung, heute braucht der Magistrat fast die doppelte Grundfläche für ungefähr 660 Beamte. Außerdem sind für einige Geschäftsstellen, so für die Sparkasse, die Steuerverwaltung und die Hoch- und Tiefbauverwaltung, größere Räumlichkeiten notwendig und verschiedene Abteilungen, so das Statistische Amt, der städtische Pflanzendienst, das Wohnungsamt u. a., die jetzt außerhalb des Rathauses untergebracht sind, sollen im Rathaus selbst Platz finden. Für den Erweiterungsbau werden bis der Stadt gehörigen Häuser in der Berliner Straße 71 und 70 niedergehauen werden, in dem neuen Baueckel wird an der Berliner Straße vor allem die erweiterte Sparkasse ihre Heim aufschlagen. Die Pläne des Erweiterungsbau, der sich architektonisch dem Gesamtbau des Rathauses anschließen wird, sind von dem Stadtbaurat Seeling entworfen.

Schöneberg.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich vorgestern Abend in der Lutherstraße. Als dort vor dem Hause Nr. 18 die 21jährige Reinerin Selma Roth aus der Kurfürststr. 147 den Jagdramm

überfuhr, um sich nach einem Restaurant zu begeben, wo sie tätig war, beachtete das junge Mädchen nicht das Herannahen einer Automobildroschke. Obwohl der Lenker der Kraftdroschke noch im letzten Augenblick auszuweichen versuchte, konnte er das Unglück nicht mehr verhindern. Fräulein R. wurde ungerissen und überfahren. Die Verunglückte erlitt eine starke Verstauchung, schwere innere Verletzungen und mußte in bestimmungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Westend übergeführt werden.

Groß-Lichterfelde.

Im Bette erstickt ist das 2 1/2-jährige Söhnchen des in der Sternstraße wohnhaften Arbeiters C. Die Ehefrau desselben hatte das Kind in sein Bettchen gelegt und zugedeckt. Als die Mutter nach etwa einer Stunde nach dem Kleinen sah, fand sie zu ihrem Entsetzen das Kind tot vor. Der Knabe hatte sich im Schlafe umhergeworfen, war mit dem Gesicht unter das Deckbett geraten und erstickt.

In dem Bericht „Aus der Gemeindeverwaltung“ in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ hat ein Druckfehler den Bewilligungsbescheid der Gemeindeverwaltung für Kulturzwecke insofern in irreführendem Lichte erscheinen lassen, als er für die Errichtung einer einfachen Bedürfnisanstalt die nette Summe von 57 000 Mark nachbewilligt in ließ. Allen Lesern, besonders jenen in Groß-Lichterfelde werden die Augen übergegangen sein über die Höhe der ausgemessenen Summe, mit der ein so profanes und an Umfang verhältnismäßig bescheidenes Hauschen mit aller Pracht und höchster Eleganz ausgestattet werden könnte. Da es sich um eine gemeine Tauschung der Gemeindeangehörigen durch den Druckfehler handelt, wird gebeten, von der Kulturbearbeitung unserer Gemeindeverwaltung einen sehr großen Teil und von der Summe eine Null abzustreichen.

Lautzow.

In der am Dienstag bei Schulz, Mühlentstraße, stattgefundenen öffentlichen Versammlung sprach Genosse Schütte über „Portugal und Deutschland“. Redner zog einen Vergleich zwischen den letzten Vorparlamenten in beiden Ländern. Eingehend schilderte er den Werdegang Portugals in den letzten Jahrhunderten. Die Versammlung war mächtig belücht. Die Parteigenossen werden erlucht, in Zukunft für besseren Besuch der Versammlungen zu sorgen.

Röpenitz.

Ueber das Thema: „Aus den schwersten Tagen der Partei“ referierte Genosse Ullrich-Behrendorf in der letzten Wahlvereinsversammlung. Nach dem heftigsten aufgenommenen Vortrage widmete Genosse Böhler dem verstorbenen Genossen Engler einen kurzen Nachruf; die Versammlung ehrte das Ableben des Verstorbenen in üblicher Weise. Aufgenommen wurden acht neue Mitglieder. Genosse Weid gab alsdann einen Bericht über den Verlauf der Stadtverordnetenwahlen; Redner forderte die Anwesenden auf, bei der Stichwahl in der zweiten Abteilung am 20. November ihre Pflicht zu erfüllen. Genosse Schaubert brachte das Verhalten des Stadtverordneten Genossen Jendler zur Sprache. Derselbe hatte bei der Wahl in der ersten Abteilung sein Wahlrecht nicht ausgeübt. Ein Antrag des Bezirks der Dammvorstadt, der Vorstand möge Schritte unternehmen zur Einrichtung eines Gemeindefriedhofes, wurde nach reger Diskussion dem Vorstand überwiesen. Zum Schluß wurde noch auf den vom Bildungsanschuß veranstalteten Theaterabend (am Totensonntag) und auf die im Dezember stattfindende Jugendausstellung hingewiesen.

Diensdorf (Kreis Beeskow).

Die Gründung eines Wahlvereins für Diensdorf und Umgegend zeitigte eine Zusammenkunft einer Anzahl Parteigenossen aus Diensdorf und Beeskow am Sonntag im Gasthof des Herrn Lutzus. Sämtliche anwesenden Genossen sowie eine Genossin traten dem Verein bei. In den Vorstand wurden gewählt als erster Vorsitzender Friedrich Rübiger, als zweiter Louis Böbbide aus Beeskow, als Kassierer Gemeindevertreter Emil Graefe und als Schriftführer Richard Wehling aus Diensdorf. Wenn irgend möglich, soll zur Förderung des jüngsten Gliedes unserer Kreisorganisation am Sonntag, den 27. November, im Gasthof des Herrn Lutzus eine Volksversammlung stattfinden, zu welcher dem Genossen Jubeil das Referat übertragen werden soll. Durch diese Neugründung des Wahlvereins in Diensdorf dürfte die Entwicklung unserer Organisation auch in den benachbarten größeren Dörfern Herzberg und Kienitz ermöglicht werden.

Kotzow.

Ueber „historische Erinnerungen aus der Zeit des Sozialkämpfers“ referierte Genosse Schmidt-Karlshorst in der letzten Wahlvereinsversammlung. Redner erwähnte die Genossen am Schlusse seines Vortrages, mit der Aufklärungsarbeit nicht zu ruhen, da jetzt wieder von den Scharmachern aller Grade aus Gefahr vor weiteren Erfolgen nach Ausnahmegerichten gegen und geschrien wird. - In den Wahlverein aufgenommen wurden 18 Genossen. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab eine Einnahme von 996,20 Mark, eine Ausgabe von 800,02 M. An die Zentralkasse sind 196,80 M. abgeliefert. Der Mitgliedsbestand betrug am Schlusse des dritten Quartals 834 männliche und 64 weibliche. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Seidenberg, Engel, Krohnberg, Schmeling und Oldenburg gewählt.

Sein Amt als Gemeindefürsorge hat der Hofschlächtermeister Langer wegen andauernder Krankheit niedergelegt. Bei der in der letzten Gemeindevertreterversammlung stattgefundenen Erziehungswahl wurde einstimmig Gemeindevorordneter Oßl in den Gemeindevorstand gewählt.

Der Antrag der Armendeputation auf Verstärkung der Armenkommissionen durch Hinzunahme je einer Armenpflegerin brachte ein recht erheiterndes Moment in die sonst sehr ernste Angelegenheit. Die Deputation hatte beantragt, zu diesem Zwecke die Instruktion für die Armenvorsteher und -Pfleger durch einen Zusatz zu ergänzen, laut welchem die Armenpflege durch die Armenpfleger und eine verheiratete Armenpflegerin ausgeübt wird, welche von dem Armenvorsteher in besonderen Fällen sowie auch zu den Sitzungen der Bezirkskommissionen hinzugezogen werden kann. Hierzu beantragte Genosse Wagner, das Wort „verheiratete“ zu streichen und für die Worte „hinzugezogen werden kann“ „hinzugezogen wird“ zu setzen. Dadurch schloß sich nun der Deputierten für das Armenwesen, Schöffe Steiner, in seinen heiligen Gefühlen verletzt, und er beschwor die Vertretung, doch um alles in der Welt den Antrag Wagner abzulehnen, denn - man denke! - es könnte doch einmal vorkommen, daß die Armenpflegerin zu einer - Wädmerin gehen müßte, und da könne man doch auf keinen Fall eine unbeherrschte Pflegerin hinschicken. Trotz dieser doch gewiß „durchschlagenden“ Begründung, welche wohl den Kulminationspunkt der Prädikate darstellte, konnte sich die Vertretung nicht entschließen, dem Antrage des Herrn Steiner zu folgen, sondern nahm einstimmig den Antrag des Genossen Wagner an, so daß in Zukunft zum Besuch armer Wädmerinnen auch unbeherrschte Pflegerinnen herangezogen werden können.

Einem Antrage auf Erhöhung der Unterhaltungsätze für die Ortsarmen gab die Vertretung ebenfalls ihre Zustimmung. Danach sollen in Zukunft für eine einzelne Person monatlich 6-15 M. (bisher 3-9 M.), für zwei erwachsene Personen 10-20 M. (statt 6-15 M.) und für jedes bei den Eltern befindliche Kind 3-8 M. (bisher 1-3 M.) Unterstutzung gezahlt werden. Hierzu bemerkte Herr Woback, daß man die Armenkommissionen in ihren Mitteln nicht zu sehr beschränken solle; es erscheine ihm zweifelhaft, ob die vorgeschlagenen Sätze in allen Fällen ausreichen würden. Herr Steiner erklärte, daß die Armen-

Kommissionen nur in den Fällen an die beantragten Sätze gebunden sein, in denen es sich um Arme handelt, die zwar in Nowawes wohnen, aber in anderen Gemeinden unterstützungsberechtigt sind. Diese Armen können nur dann eine höhere Unterstützung erhalten, wenn sich die verpflichtete Gemeinde zur Rückzahlung derselben bereit erklärt.

Eine wesentliche Erhöhung der Mietschuldigkeiten ist sämtlichen an den hiesigen Schulen beschäftigten Lehrpersonen durch die neuen Vorschriften über die Wohnungsgeldzuschüsse zuteil geworden, da Nowawes durch die neue Ortsklasseneinteilung in die Bezirksklasse C gehört. Die hierdurch herbeigeführte Mehrbelastung des gegenwärtigen Etats beträgt circa 10 300 M. Für die Mittel, welche von der Vertretung bewilligt werden, ist aus Binsersparnissen Deckung vorhanden.

Nieder-Schöneweide.

Der Turnverein „Oberspre“ (M. d. L. T. V.) eröffnet am Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Wald-

haus“, Berliner Straße, eine Männer- und Jugendabteilung. Nach dem Turnen Aufnahme von Mitgliedern und Wahl des Vorstandes. Die Turnstunden für die Männer- und Jugendabteilung finden Montags und Donnerstags, abends von 8-10 Uhr im „Waldhaus“ statt. Die Frauen- und Mädchenabteilung turnt Mittwochs, abends von 8-10 Uhr, in der Schulturnhalle, Friesenstraße zu Ober-Schöneweide. Die Parteigenossen werden gebeten, ihre erwachsenen Söhne und Töchter auf diese Übungsabende aufmerksam zu machen.

Potsdam.

Eingemeindungsfragen beschäftigen jetzt die Stadtverwaltung. Die Kolonie Säcilienhöhe des christlich-patriotischen Arbeitervereins hat ihre Kinder nach Potsdam zur Schule geschickt. Nachdem das Schulgeld aber der Stadt in Höhe der Selbstkosten von der Kolonie erstattet werden sollte, haben sich einflussreiche Gönner dafür verwandt, daß diese Kolonie, sowie Teile des Gutsbezirks Tornow und Hermannswerder nach Potsdam eingemeindet werden. Den für

die städtische Politik maßgebenden Bezirksvereinen ist dies aber nicht recht. Sie wollen diese Bezirke nicht allein, mit Rücksicht auf die zu erwartenden Lasten, sondern große Teile der h. l. Potsdamer Forst, ungefähr von Tempeln nach Kehlbrücke und die jetzt schon dort befindliche Kriegsschule, sowie die großen geodätischen und astrophysikalischen Institute usw. Der Wald soll später der Bebauung erschlossen werden. Das mehrfache Millionenprojekt soll die Stadt ausführen. Es ist natürlich sehr fraglich, ob die Regierung auf diesen Vorschlag eingehen wird, da sie bisher der Stadt noch nicht einen kleinen Pfand dieser Forste zur Errichtung einer Walderschulungsstätte auch nur mietsweise überlassen wollte. Auf der anderen Seite sind aber die Ansichten für den kleineren Bezirk, der allerdings für die Stadt nur sehr wenig neues Bauland schafft, für die Eingemeindung sehr günstig. Hofmarschallamt und Regierung, die in der Residenzstadt Potsdam fast mehr zu bestimmen haben als die Stadtverwaltung, sollen für eine Vergrößerung der Stadt wenig Sympathie haben. Sie wollen sie in ihrem bisherigen „traditionellen“ Zustand erhalten.

**Plüsch-Mäntel
Jackette u. Paletots**

In unerreichter Auswahl, auch für
stärkste Damen passend

aus prima Velours du Nord und feinstem,
echt englischem Seal, glatt — mit reicher
Stickerei — und mit Pelz-Garnierung
M. 24, 33, 42, 58 bis 175

Besonders preiswert:

110 cm langer Paletot aus prima
Velours du Nord, auf seidenem Futter
2 eleg. Passomentrieschlösser M. **59**

110 cm langer Paletot aus prima
Velours du Nord auf seid. Damast-
futter mit reich. eleg. Stickerei M. **72**

Eskimo-Paletots — Beste —
Schneiderarbeit

aus eleganten, tuchartigen Qualitäten
auf prima Cloth und Seide gefüttert
M. 19.50, 27, 36, 45

Vornehme Frauen-Mäntel

einfach. Genres bis zur eleg.
Ausführ. mit gedieg. reicher
Soutachestickerel... von M **22.50** an



Paletot „Nanon“, 120 cm
lang, aus prima Velours du Nord,
aus seidnem Duchesse gefüttert
M. 82.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse
12 Schanzenster 2 Häuser vom Dönhofsplatz
Sonntags geöffnet

Der extra billige Verkauf
für
Paletots und Ulster

Dauert fort.

Infolge der andauernd milden Witterung bin ich gezwungen, meine noch grossen Vorräte
in **Herren- u. Knaben-Paletots u. -Ulster** rechtzeitig zu verkleinern.
Ich habe deshalb die Preise dafür teilweise
ganz bedeutend reduziert.



Ausdrücklich bemerke ich, dass es sich dabei
nur um selbstangefertigte, frische, tadellose
Konfektion, nicht um sogenannte Partie- oder
unter Preis gekaufte Ware handelt. Dieses Ange-
bot sollte von niemandem versäumt werden, da zu
den billigen Extra-Preisen selten etwas derart
Hervorragendes in Qualität geboten wird.

Mit Recht

werden denn auch meine Angebote bevorzugt,
denn ich inseriere nicht nur schwarz auf weiss,
sondern biete das, was ich anzeige.

Paletots und Ulster

in modernen 1- u. 2-reih. Formen, durchaus dauer-
hafte Qualitäten in prachtvollen Ausmusterungen.
Preislagen: 56, 50, 45, 42, 38 **15.00**
35, 32, 28, 25, 22, 18 **15.00**

Loden-Joppen | Loden-Capes

ein- u. zweireih.
mit u. ohne Falt,
warm gefüttert
24, 21, 18, 15, **6.00**
12, 10, 8, 7, 6, 5
wasserdicht,
prakt. u. billig,
in jeder Länge
22, 18, 16, 12,
9, 7, 6, 5, **4.75**

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

Empfehle meinen altbekannten
Mittagstisch
zu kleinen Preisen; außerdem bei
Versammlungen 1/2 Bier 10 Pf.
Thüringer Würststube
89B* Hindenburgstr. 64.
Wilhelm Jurrán.

Zigarren-Import
en gros — en detail
Gustav Adler
O., Insterburger Str. 1.
Konnberichte, Starterlisten
liegen aus.

Toupets, Locken,
Zöpfe
billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.
O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Charlottenburg
F. Künsmann, Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren

**Jugend-
Liederbuch**

Preis: kartoniert 20 Pfennig
zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstraße 69 (Laden).

Neu eröffnet! **H. L. T.** Neu eröffnet!
Halenseer Lichtbild-Theater
im Konzertsaal des Johann-Georg-Hauses,
Johann-Georg-Strasse 19.
Täglich: Erstklassiges Programm und Konzert der
Wiener Salon-Kapelle.
Anfang Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Im weissen Saale **Ball.**
jeden Sonntag und Mittwoch:

Teilzahlung 50 Pf. Leser 5% Rabatt.
Herren-Paletots, -Anzüge, Damen-Jacketts,
Röcke, Blusen, Pelzstolas, Betten, Tisch-
decken, Wäsche, Portieren, Gardinen, Stepp-
decken, Teppiche, Spiegel, Bilder, Uhren,
Zithern, Mandolinen, Grammophone.
F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23,
nur 1. Etage.

**Herren-
Paletots**

in solider Verarbeitung, 12-, 15-, 18-, 21-, 24-, 28-, 32- usw. Ulster,
sehr praktisch, 12-, 15-, 18-, 21-, 24-, 28-, usw. Joppen in sehr
großer Auswahl, 4-, 6.50, 8.50, 11-, 13.50, 16- usw. Fertige, sehr
elegante Herrenanzüge 8.25, 9.50, 12-, 15-, 18-, 21-, 24-, 28-45-
Burschenanzüge 6.50. Knabenanzüge 1.25 an. Maßanzüge, vornehmster
Sitz wird garantiert, von 32-35 M. Hosen 2-, 2.75, 3-, 3.75-4.50,
elegante Sonntags hose 6-. Phantasiewesten 2.20. Stoff zum Anzug
5- M. Lodenpelerinen 8.50 an. — Besichtigung ohne Kaufzwang
erbeten. Gern schicken wir unseren Vertreter mit Muster ohne Kauf-
verpflichtung. Original englische Stoffe billig.

Tuchgesellschaft, Kottbuser Damm 16/17.
Vorzeigern dieses Inserates 5 Prozent Rabatt.

Nur eigene **Pelzwaren** Billiger wie
Fabrikation im Laden
Verkauf zu Fabrikpreisen.
Größte Auswahl des Ostens.
Beste und reellste Bezugsquelle.
R. Rohlik, Kürschner, Liebigstr. 19 I.
Kein Laden — Verkauf auch Sonntags.

Spezial-Geschäft
Wäsche-Golde
119 Große Frankfurter Str. 119.
Bekannt gute Waren. Prima Näherei. Bettfedern.
Billigste Preise.
Eigene Fabrikate.

Größtes
Kindergarderoben-Spezialhaus
des Ostens.
Enorme Auswahl in
Mädchenmänteln und Jacketts,
Knabnpaletots und Pyjacks,
Eisbärmänteln und Saccos,
Samt- und Manchester-Mänteln
Mäntel und
Jacketts zu
konkurrenzlos billigen Preisen
Pelzgarnituren, Hüthen, Kappen, Mützen
C. & A. Wendt,
BERLIN NO., 118. Große Frankfurter Str. 118.

Wäsche, eigenes Fabrikat
Trikotagen
Schneiderartikel
Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25
Ecke Samariterstraße.

Ofen 2,60 M.
Dauerbrandöfen von 5,75 M. an,
Kochmaschinen, Gasöfen politibil.
Maybach-Ufer 17/19
Wolff, (Kottbuser Brücke)
und Charlottenburg,
Knebeckstr. 6/7 (a. Ecke).

Reste
Damentuche, schwarz und farbig,
Kostumstoffe, neuere Muster,
Samt, Seide, Plüsch, Astrachan,
Krimmer, Kammgarn - Cheviot
und sämtliche Futterstoffe.
J. Pfister, Waldemarstr. 13.
Vorzeigern d. Annonce 5 Proz.

Hüte In allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, Dresdener Str.
Hutgeld wird vergütet.

**Arbeiter- und
Berufskleidung,**
Unterjacken, Hemden,
Winterjoppen
gefüttert, tauchen Sie reell
und billig im
**Roten Laden,
Schöneberg,
Hauptstraße 108.**